

DAS PARLAMENT

Nr. 4-5 | Berlin, 18. Januar 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Am Montag übernimmt der Republikaner das Weiße Haus. Er kann vorerst durchregieren. SEITE 13

»Fake News«

Politik zwischen Fakt und Fake

Wahrhaftigkeit ist keine politische Tugend, wusste Hannah Arendt. Doch Fake News, Desinformation und der Wandel der politischen Öffentlichkeit stellen Demokratien vor eine Herausforderung

Wenige Menschen haben den Begriff „Fake News“ so geprägt wie der ehemalige und erneut gewählte US-Präsident Donald Trump. Als „Fake News“ bezeichnete der 78-Jährige unliebsame Berichte über seine zahlreichen Skandale. Oder er benutzte den Begriff, um ganzen Medienhäusern wie der „New York Times“ die Glaubwürdigkeit abzuspüren. Tatsächlich zieht mit dem Republikaner die personifizierte „Fake News“-Schleuder erneut ins Weiße Haus ein.

Trumps Lügen sind Legion. Die Mutter aller Trumpschen „Fake News“ ist die Behauptung, dass er 2020 um den Wahlsieg betrogen worden sei. Immer und immer wieder wiederholten Trump und seine Getreuen in Medien und sozialen Netzwerken diese Unwahrheit und führten fadenscheinigste Belege an; immer und immer wieder wurde sie widerlegt.

Die Lüge wirkte trotzdem: So versuchten seine Anhänger im Januar 2021, das US-Kapitol zu stürmen und den demokratischen Machtwechsel zu verhindern. Und noch Jahre später gab die Mehrheit der Republikaner in Umfragen an, dass es bei der Wahl 2020 nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. „Fake News“, das ist die bewusste Verbreitung falscher oder irreführender Nachrichten. Mal geht es dabei um Klickzahlen und Geld. Das Geschäftsmodell eines Teils der Klatschpresse funktioniert so.

Politisch relevant wird es, wenn versucht wird, vorsätzlich das politische

Klima zu beeinflussen. Größere Aufmerksamkeit erlangte dieser Aspekt rund um den Brexit, Trumps erste Präsidentschaft und die Corona-Pandemie. Insbesondere die sozialen Netzwerke gerieten in den Fokus, wurden sie doch für die Verbreitung gefälschter Meldungen, gefälschter Nachrichtenportale, Bilder und Videos verantwortlich gemacht.

Aktuell richten sich in Europa die Augen indessen nach Moskau. In seinem imperialistischen Feldzug gegen den Westen setzt der russische Machthaber Wladimir Putin auf mal mehr, mal minder verdeckte Einflussoperationen – und findet und fördert damit ein paneuropäisches Netzwerk von Populisten. Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz warnen, dass Russland versuchen werde, auch Einfluss auf die Meinungsbildung vor der Bundestagswahl zu nehmen. Ein Bund-Länder-Papier zur Bekämpfung von Desinformation, das Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor geraumer Zeit angekündigt hatte, wird aber nicht mehr vor der Wahl fertig, wie die „Süddeutsche Zeitung“ Mitte Januar berichtete.

Politik und Wahrheit passen nicht immer zusammen

Nun sind „Fake News“ und Desinformation aber nicht erst seit Trump, Brexit und Corona ein Thema. Dort, wo es politisch wird, ist die Lüge – oder zumindest die kreative Interpretation von Fakten und Realität – nicht weit. „Wahrhaftigkeit zählte niemals zu den politi-

schen Tugenden, und die Lüge galt immer als ein erlaubtes Mittel in der Politik“, schrieb die Politik-Philosophin Hannah Arendt in den 1960ern. Der Wille zur Macht ist eben manchmal stärker als der Wille zur Wahrheit.

Allerdings basiert die moderne Demokratie auf der Hoffnung, dass sich die Lüge nicht lohnt. Politische Mitbewerber und freie Medien würden schon dafür sorgen, dass die Akteure nicht gänzlich ins Reich der Fantasie abdriften. Das setzt allerdings voraus, dass sich die demokratische Öffentlichkeit noch überwiegend für den Unterschied zwischen wahr und falsch interessiert. Doch diese Öffentlichkeit befindet sich inmitten eines „neuen Strukturwandels“, wie es der Philosoph Jürgen Habermas jüngst beschrieb. Das Internet und die großen Social-Media-Plattformen fordern nicht nur die Gatekeeper-Funktion der klassischen Medien heraus, sie ermöglichen auch neue (digitale) Öffentlichkeiten. Groß war die Hoffnung, als sich die Aktivisten des Arabischen Frühlings im Netz organisierten; ebenso groß war die Enttäuschung, dass auch Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner und Demokratiefeinde diese Möglichkeiten nutzen, um ihre digitalen Parallelwelten zu bauen.

In der öffentlichen Wahrnehmung scheint gerade mit Blick auf die sozialen Medien eher das Dystopische denn das Utopische dieses laufenden Transformationsprozesses gesehen zu werden. Dass nun Mark Zuckerberg dem Vorbild von Elon Musks Plattform X folgt und die Zusammenarbeit mit

professionellen Faktencheckern zumindest in den USA beenden will, scheint dies zu unterstreichen. In den nächsten Jahren wird sich daher zeigen müssen, ob die EU mit ihrer Plattformregulierung im Form des „Digital Services Act“ ein Gegengewicht setzen kann und will.

Indes scheint der politisch-mediale und der wissenschaftliche Diskurs zum Thema „Fake News“ etwas auseinanderzudriften. Wie relevant Desinformation tatsächlich ist, wie sehr davon Wahlen beeinflusst oder Demokratien gefährdet werden, darüber wird in der Forschung wesentlich differenzierter geurteilt. Einflussoperationen, Desinformation und „Fake News“ sind mit Blick auf die im Westen beobachtete Vertrauenskrise eben nur ein kleiner Teil der Antwort auf eine ungleich komplexere Frage.

Für Trump-Freunde wurde die Wahllüge teuer

Zumal man sich gegen „Fake News“ auch wehren kann. Ex-Trump-Anwalt Rudy Giuliani und der konservative TV-Sender Fox News mussten nach Verleumdungsklage wegen der Verbreitung der Wahllüge jeweils Millionen zahlen. Einzig Donald Trump kommt wohl trotz harter Vorwürfe des Sonderermittlers vorerst ungeschoren davon. Einer möglichen Anklage entgeht der bald wieder mächtigste Mann der Welt mit seinem Einzug in Hausnummer 1600 der Pennsylvania Avenue. Und das sind keine Fake News. Sören Christian Reimer

KOPF DER WOCHE

Europäische Ehre

Ursula von der Leyen Es mag naheliegen, dass eine EU-Kommissionspräsidentin den Karlspreis für Verdienste um Europa erhält. Doch mit Ursula von der Leyen geht der Preis erst zum dritten Mal in seiner 75-jährigen Geschichte an die Spitze der Kommission, nach Walter Hallstein 1961 und Jacques Delors 1992. Ausgezeichnet wird von der Leyen als „die starke Stimme Europas in der Welt, die in einer Zeit epochaler Herausforderungen die Interessen Europas und seiner Freunde kraftvoll wahrnimmt“. Europa wurde der Preisträgerin in die Wiege gelegt, wurde sie doch 1958 in Brüssel geboren. Aufgewachsen in Ilten bei Hannover kam die promovierte Ärztin als Seiteneinsteigerin nach der Jahrtausendwende zur Politik, seit 2019 steht sie an der Spitze der EU-Kommission. Der Preis soll Ermutigung sein, die Arbeit für eine starke und friedensstiftende EU fortzusetzen.



ZAHL DER WOCHE

41

Parteien können an der Bundestagswahl teilnehmen. Das hat der Bundeswahl-ausschuss am 14. Januar entschieden.

ZITAT DER WOCHE

»Die Anfeindungen sollen dich mundtot machen.«

Yvonne Magwas (CDU), Bundestagsvizepräsidentin, über digitale Gewalt

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel



INTERVIEW: GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE?

»Das ist besorgniserregend«

Tobias Bacherle ist Obmann der Grünen im Digitalausschuss. Er kritisiert die Entscheidung von Meta-Chef Zuckerberg, auf Faktenprüfer zu verzichten. Angesichts zunehmender Einflussnahme aus dem Ausland fordert er außerdem, soziale Medien als „kritische Infrastruktur“ einzustufen

Herr Bacherle, Sie warnen schon seit langem, dass Desinformation und die Manipulation von Online-Debatten die Demokratie gefährden. Was sind die Bausteine dieser Manipulation?

Dazu gehören zum einen klare Fake News. Dabei werden Politikern Zitate untergeschoben, die sie nie gesagt haben. Hinzu kommt eine Einflussnahme aus dem Ausland und die Manipulation der Distribution, also dass die Verbreitung von Posts beeinflusst wird. Es wird Einfluss auf das genommen, was gesehen wird. Das beginnt damit, dass mit Fake-Accounts oder Bots bestimmte Dinge kommentiert oder öfter geteilt werden. So werden zum einen Kommentarspalten in eine bestimmte Richtung gedreht. Durch das Ankurbeln des Algorithmus wird zudem eine Reichweite geschaffen, die eigentlich nicht erreichbar ist.

Sind die sozialen Medien also ein rechtsfreier Raum?

Nein, es gibt Regulierung und es gilt Recht und Gesetz. Fakt ist aber, dass Meta, Alphabet, genau wie Elon Musk mit X nicht eingestehen wollen, dass man auf ihren Plattformen womöglich zu großen Teilen gar keine echten Menschen erreicht und die Bedingungen nicht fair sind. Hier setzen europäische Regulierungen wie der Digital Services Act an. Mit ihm sollen beispielsweise diskriminierende Algorithmen unterbunden werden. Bei der Erstellung des Digital Services Act gab es ein großes Bewusstsein für Monopole und deren Auswirkungen auf demokratische Diskussionen. Man konnte sich aber nicht dazu durchringen, klar zu sagen: Soziale Medien sind kritische Infrastruktur. Als solche müssten sie aus meiner Sicht aber behandelt werden. Die Algorithmen sollten daher besonderen Transparenzpflichten unterliegen.

Kritische Infrastruktur zu schützen, ist eine staatliche Aufgabe. Gleichzeitig sollen aber die Plattformen selber entscheiden, welche Inhalte diskriminierend sind und diese dann entfernen?

Es geht um diskriminierende Algorithmen, nicht so sehr um Meinungsäußerungen. Hasskriminalität oder Terrorverherrlichung werden von Gerichten festgestellt. Da müssen die Plattformen reagieren. Es geht um die Frage: Was wird wem ausgespielt? Ungleichbe-

handlungen haben Auswirkungen darauf, wie Debatten geführt werden. Bei Bezahlmodellen mag das noch angehen und ja auch transparent sein, dass Reichweite gekauft werden kann. Elon Musk hingegen hat nach allem, was wir wissen, dafür gesorgt, dass er eine besonders hohe Reichweite auf seiner eigenen Plattform X bekommt.

In Deutschland informieren sich Umfragen zufolge nach wie vor die meisten Menschen per TV und Tageszeitung über das politische Geschehen. Wird die Gefahr durch Manipulationen im Netz nicht zu hoch gehängt?

Das Informationsverhalten wandelt sich weiter in Richtung Online. Hinzu kommt, dass es inzwischen auch für Laien möglich ist, mit der richtigen App auf dem eigenen Handy Personen auf Fotos freizustellen und in anderen Hintergrundbildern zu positionieren – also einen ganz anderen Kontext zu schaffen. Das alles führt dazu, dass wir die Quellenkritik neu lernen müssen. Es muss immer gefragt werden: Passt die Aussage zur Quelle? Das ist eine große Herausforderung, gerade, wenn man nicht so stark mit der Materie befasst ist und die technischen Möglichkeiten der Beeinflussung nicht kennt. Dazu kommt, dass Online-Debatten auch überschwapen. Die Diskreditierung der „Trusted Flagger“ begann beispielsweise online – wurde dann aber unter anderem von der Zeitung „Die Welt“ aufgenommen.

Stichwort „Die Welt“: Dort hat mit dem Tesla- und X-Besitzer Elon Musk ein amerikanischer Unternehmer in einem Gastkommentar seine Sicht auf die Lage in Deutschland geschildert und zur Wahl der AfD aufgerufen. Ist der entstandene Aufruhr berechtigt?

Dass in der „Welt“ zur Wahl einer in manchen Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei aufgerufen wird, finde ich mit Blick auf die Springer-Grundsätze zumindest diskussionswürdig – unabhängig vom Autor. Der entscheidende Punkt aber ist, dass Musk auch anders in den Wahlkampf eingreift. Er ist ja auch nicht irgendein amerikanischer Unternehmer. Wenn der Besitzer einer so großen Plattform wie X eine klare Präferenz äußert und dabei seine künstlich vergrößerte Reichweite auf dieser Plattform



© Philipp Sigle

zur Wahlwerbung nutzt, ist das ein Problem für demokratische Diskussionen. Das erinnert an die Situation in Rumänien, wo einige Influencer Zahlungen erhalten haben und mit einer Vielzahl an Bots bestimmte Inhalte gepusht wurden.

In Rumänien ist der erste Wahlgang zur Präsidentschaftswahl annulliert worden, weil laut rumänischem Geheimdienst das Land Ziel eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“ zugunsten eines parteilosen als russlandnah geltenden Kandidaten geworden ist. Ein ungewöhnlicher Vorgang, oder?

Was der Geheimdienst in Rumänien aufgedeckt hat, ist im Grunde eine ille-

gale Finanzierung des Wahlkampfes. Es sind Zahlungen geflossen für das künstliche Boosten und damit die Manipulation des öffentlichen Debattenraums. Das darf man nicht so leicht wegwischen. Inhalte anzukurbeln und damit die öffentliche Debatte komplett zu verzerren ist ein ernstzunehmendes Problem – auch weil es in andere Medien überspringt.

Am 23. Februar wird der Bundestag neu gewählt. Ist für Sie eine Konstellation vorstellbar, dass diese Wahl im Anschluss annulliert wird?

Verstöße gegen das Parteienfinanzierungsgesetz oder auch gegen den Digital Services Act sind auch bei uns durchaus möglich. Diese müssten dann

rechtsstaatlich behandelt werden. Aber in keinem dieser Szenarien sehe ich, dass damit eine Wahl grundsätzlich nicht mehr frei oder gleich wäre. Es müssen ja die Grundsätze der freien, fairen Wahl gravierend verletzt sein, damit es so weit kommt. Solange in Berlin am 23. Februar kein Marathon stattfindet, sehe ich derzeit aber nichts, was die Wahl so beeinflussen könnte, dass sie annulliert werden müsste.

Meta-Chef Mark Zuckerberg hat unlängst einschneidende Änderungen des bisherigen Moderationsmodells bei Facebook und Instagram angekündigt. In den USA stellt der Konzern die Zusammenarbeit mit externen Faktenprüfern ab sofort ein. Wie bewerten Sie das?

Dass die europäische Regulierung im Onlinebereich den Konzernen ein Dorn im Auge ist, war bekannt. Die Intensität mit der Zuckerberg jetzt aber auf die Trump-Linie einschwenkt, ist wirklich besorgniserregend. Er will ja nicht nur die freiwillige Zusammenarbeit mit Faktenprüfern beenden. Er will – gemeinsam mit Trump – gegen EU-Auflagen vorgehen. Das ist eine industriepolitische Kampfansage an den europäischen Regulierungsrahmen.

Zuckerberg wirft der EU vor, die Zensur zu institutionalisieren und Innovationen zu verhindern...

Seine Pläne zeigen, dass Meta ausschließlich auf Gewinnmaximierung ausgerichtet ist. Das war auch schon so, als Meta freiwillig Auflagen erfüllt und sich davon eine höhere Glaubwürdigkeit und mehr Umsatz versprochen hat. Die EU-Auflagen haben nichts mit Zensur oder Willkür zu tun. Im Gegenteil: Sie machen die Prozesse transparenter, ausgewogener und fairer. Werden Beiträge von Usern gesperrt, muss ihnen der Grund dargelegt werden. Zudem gibt es Widerspruchsmöglichkeiten. Trotz der Äußerungen von Zuckerberg bleibt festzuhalten: Will Meta künftig Geschäfte in Europa machen, müssen sich Facebook und Instagram an den Digital Services Act halten.

Das Interview führte Götz Hausding. ▮

Tobias Bacherle ist seit 2021 Mitglied des Bundestages und fungiert als Obmann der Grünen im Ausschuss für Digitale. ▮

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Realist: Axel Voss

Donald Trumps Amtsantritt als US-Präsident bringt den Terminkalender von Axel Voss (CDU) gerade ordentlich durcheinander. Eine kurzfristig anberaumte Sondersitzung im Europäischen Parlament folgt auf die nächste. Die Europaabgeordneten wollen sich positionieren, ehe die USA und ihre Digitalkonzerne wie nie zuvor weltweit ihre Macht ausspielen. Voss, rechtspolitischer Sprecher der christdemokratischen EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, zitiert in diesen Tagen gerne den früheren US-Präsidenten Barack Obama, der sagte, jeder habe ein Recht auf eine eigene Meinung, nicht aber auf eigene Fakten.

Die Ereignisse in den USA findet Voss wie viele Europaabgeordnete beunruhigend. Die Internetplattform Facebook will künftig ohne Faktenchecker auskommen. Der Milliardär Elon Musk, den sich Trump als Entbürokratisierer an die Seite gestellt hat, unterstützt offen die rechtspopulistische Politik der AfD. „Wir bewegen uns in Richtung einer postfaktischen Welt“, befürchtet Voss.

Dabei hatte der Jurist, der 2009 erstmals ins Europäische Parlament einzog, jahrelang daran gearbeitet, genau das zu verhindern. Ab 2019 hat er den Schwerpunkt seiner Arbeit auf Künstliche Intelligenz (KI) verlagert, zunächst als Berichterstatter für die KI-Regulierung, dem weltweit ersten Versuch, einen gesetzlichen Rahmen für KI zu schaffen. Im Sonderausschuss des Europäischen Parlaments für Künstliche Intelligenz (AIDA) war Voss dann Berichterstatter für KI im digitalen Zeitalter.

In der laufenden Legislaturperiode will sich der Jurist vor allem mit der Regulierung von sozialen Medien beschäftigen. Voss, der bisher eher für behutsame Regulierung plädiert hat, sieht angesichts des Paradigmenwechsels in den USA dringenden Handlungsbedarf. Die EU müsse „schnell“ reagieren und sich gegen die Eigentümer von Social Media-



Wir bewegen uns in Richtung einer postfaktischen Welt.

AXEL VOSS (CDU)



© Frank Beer

Plattformen wehren, die sich in Wahlen einmischen: „Wir müssen entschlossen gegen Fake News vorgehen.“ Er macht sich keine Illusion, dass ein Instrument wie der Digital Services Act ausreichen könnte, um die Flut an Falschmeldungen in der EU zu bekämpfen.

Inhaltliche Unterstützung bekommt der 61-jährige Voss von seinem Büroleiter Kai Zenner, einem ausgewiesenen Digitalexperten, der dem OECD-Expertenetzwerk für KI und dem KI-Zusammenschluss des

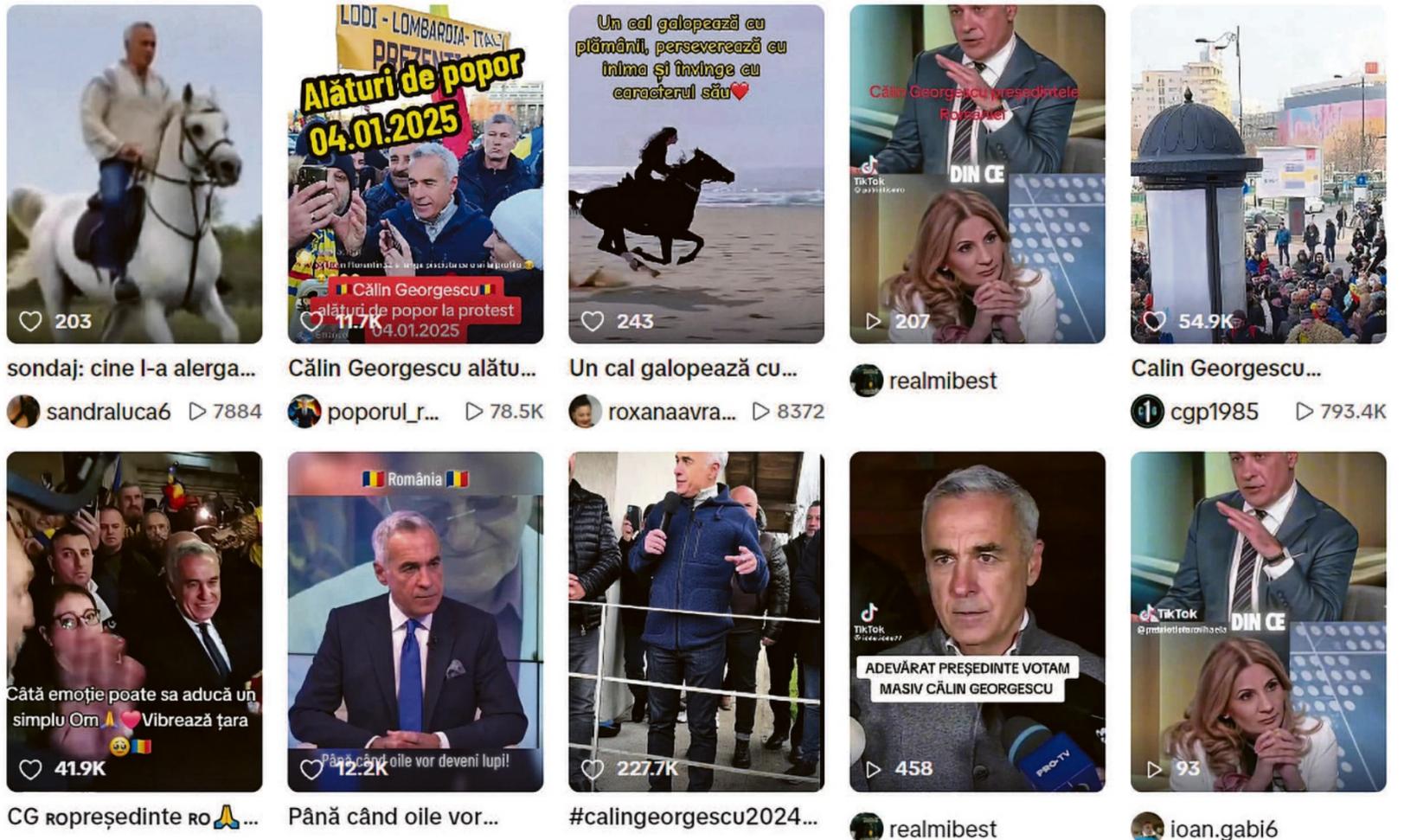
World Economic Forum angehört. Zenner ist in Brüssel eine viel beachtete Stimme für Digitales, so dass dieser mittlerweile scharf trennt, wann er für den Chef und wann er für sich selbst spricht.

Eine sehr persönliche Erfahrung mit der Macht sozialer Medien und Fake News machte Voss, als er 2018 an der Reform des europäischen Urheberrechts arbeitete mit dem Ziel, Rechteinhaber besser zu schützen. Die damalige YouTube-Chefin Susan Wojcicki behauptete, dass die Reform die Lebensgrundlage von Influencern bedrohe und die Meinungsfreiheit einschränke. Der hochemotionale Streit um die sogenannten Upload-Filter wuchs sich zu einem regelrechten Shitstorm aus. Binnen zwei Wochen erhielt Voss 60.000 E-Mails, darunter auch Morddrohungen. Seine Mitarbeiter gingen nur noch ans Telefon, wenn sie die Nummern der Anrufer kannten.

Voss, in Hameln geboren, aber seit rund 35 Jahren in Bonn zu Hause, strahlt eine rheinische Gelassenheit aus. Doch er weiß genau, dass in der Legislaturperiode bis 2029 viel zu tun sein wird. Gerade erst mahnte er an, dass die EU nicht nur Gesetze erlassen müsse, um Fake News zu bekämpfen, sondern diese auch durchsetzen müsse.

So beunruhigt ihn, dass ein Nicht-EU-Land wie Großbritannien bereits fünf Mal so viele Mitarbeiter für die Überwachung von KI eingestellt hat wie die EU. Voss setzt auf den kurzen Draht zu EU-Digitalkommissarin Henna Virkkunen. Ehe die Finfin in die EU-Kommission wechselte, war sie zehn Jahre lang Mitglied des Europäischen Parlaments – in derselben Fraktion wie Voss.

Silke Wettach ▮



Călin Georgescu wird vor- geworfen, mithilfe von TikTok die Präsidentschaftswahl in Rumänien massiv beeinflusst zu haben. © Screenshot TikTok

Befürchtungen vor Wahlmanipulation

Erwartete Störaktionen

Zur Bundestagswahl 2025 sind vor allem Manipulations- und Einflusskampagnen aus Russland zu erwarten, das Land sieht sich im „Informationskrieg“ gegen westliche Demokratien

Im EU-Land Rumänien ist die Präsidentschaftswahl mithilfe von TikTok derart massiv beeinflusst worden, dass sie wiederholt werden muss. Ein Vorgang, der in Europa bisher beispieslos ist. Ende November sollte in Rumänien turnusgemäß ein neuer Präsident gewählt werden. Doch während des Wahlkampfes kam es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten, die auf einen „aggressiven russischen hybriden Angriff“ hindeuten, wie aus Geheimdienst-Dokumenten hervorgeht.

Was war passiert? Der Rechtspopulist Călin Georgescu war in der ersten Runde der Wahl völlig überraschend auf dem ersten Platz gelandet. Zuvor hatte er in Umfragen lediglich einstellige Werte erzielt. Georgescu hatte vor allem auf der Internet-Plattform TikTok Wahlwerbung betrieben. Die dort geposteten Filmchen, in denen er wahlweise in traditioneller Kleidung über Wiesen und Felder reitet oder sich beim Judo-Training ablichten lässt, erinnerten stark an die Auftritte von Russlands Präsident Wladimir Putin. Der Haken an der Social-Media-Kampagne war jedoch die Tatsache, dass Georgescu bei TikTok bis dahin nahezu unbekannt war, seine Wahlkampfvideos kurz vor der Wahl aber über 50 Millionen Mal angesehen wurden.

In kurzer Zeit zig Tausend TikTok-Konten aufgebaut

Nach Auskunfts des rumänischen Geheimdienstes, der Informationen zu Georgescus Wahlkampf veröffentlicht hat, soll Russland den Erfolg gezielt geplant haben. In kürzester Zeit gelang es dem pro-russischen Georgescu, trotz geringer Umfragewerte im ersten Wahlgang 22,9 Prozent der Stimmen zu gewinnen. So sei ein Netzwerk von etwa 25.000 TikTok-Konten aufgebaut worden, die kurz vor dem ersten Wahlgang aktiviert wurden. Dabei wurden nicht nur Bots eingesetzt, sondern auch konkrete Influencer. Vor allem kleinere Influencer, die 1.000 bis 10.000 Follower haben, wurden angeworben und erhielten pro Video-Testimonial eine Vergütung von rund 80 Euro – ein klarer Verstoß gegen das rumänische Wahlgesetz. Auch deswegen wurde die Präsidentschaftswahl für ungültig erklärt. Georgescu indes hatte immer angegeben, keinen Cent für seine TikTok-Kampagne ausgegeben zu haben. TikTok gilt als besonders gut geeignet für solche

Kampagnen und zur Wahlmanipulation, weil Desinformation oder fragwürdige Wahlpropaganda in Videos schwieriger erkennbar sind als in Texten. Das vom chinesischen Unternehmen Byte Dance betriebene Videoportal wurde auch in Australien und in Taiwan eingesetzt, um die dortigen demokratischen Systeme zu untergraben.

Auch die Bundestagswahl 2025 könnte Ziel von Störaktionen ausländischer Akteure werden. Die größte Gefahr geht nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) von russischen Akteuren aus. Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs gegen die Ukraine habe Russland „das wohl größte und naheliegendste Interesse, die Wahl im eigenen Sinne zu beeinflussen“, schreibt die Behörde in einer Analyse von Ende 2024. Russland habe seit Beginn des Krieges im Februar 2022 die Verbreitung prorussischer und anti-westlicher Narrative „offensiv“ ausgebaut und spreche selbst davon, in einem „Informationskrieg“ zu stehen. Bereits die Europawahl im vergangenen Juni war Ziel russischer Einflussnahme. Unter anderem wurde das von Russland betriebene Nachrichtenportal „Voice of Europe“ eingesetzt, um Beiträge zu rechten Kandidaten und gegen eine weitere Unterstützung der Ukraine nach dem Überfall Russlands zu verbreiten.

Es gibt Vorwürfe, wonach den AfD-Kandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron Geld bezahlt wurde, beide Politiker bestreiten das. Jedoch wurde Krah bereits 2021 vom FBI zu möglichen Geldzahlungen kremlnaher Quellen befragt. Finanzier von „Voice of Europe“ ist Wiktor Medwedtschuk, der Oligarch gilt als enger Vertrauter Putins und hat seit Anfang der 2000er Jahre in der Ukraine mehrere prorussische Oppositionsparteien geführt und unterstützt. Die Europäische Union hat die Plattform mitt-

lerweile sanktioniert. Die Versuche Russlands, Wahlen in Deutschland zu beeinflussen, sind nicht neu. Bereits bei der Bundestagswahl 2021 gab es aus Moskau Versuche, indirekt die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Damals kam die „Doppelgänger“-Kampagne zum Einsatz. Dazu wurden die Websites angesehener Publikationen nachgeahmt. Auf täuschend echt aussehenden Kopien der Websites des „Spiegel“, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ oder der Nato wurden Desinformation verbre-

Größte bisher entdeckte Desinformationskampagne

Das Auswärtige Amt beschreibt in seinem Bericht „Deutschland im Fokus der pro-russischen Desinformationskampagne ‚Doppelgänger‘“ detailliert die Vorgehensweise und Weiterentwicklung der Kampagne. So ha-

be – seit dem Überfall auf die Ukraine – „die Kampagne ihre Techniken zur Manipulation des öffentlichen Diskurses kontinuierlich weiterentwickelt und erweitert“. Zum Instrumentarium des Netzwerkes gehörten neben Dutzenden gefälschter Webseiten von Leitmedien nun auch hunderttausende Fake-Accounts in den sozialen Medien, eigene Fake-Nachrichtenportale sowie multimedialer Content, vor allem Kurzvideos. Aufgrund des Umfangs und der Intensität der Kampagne spricht das Auswärtige Amt von der „Doppelgänger“-Kampagne als einer „der größten bisher entdeckten Desinformationskampagnen weltweit, die pro-russische Narrative und Desinformation streut“. Mit Blick auf die Bundestagswahl warnt das BfV vor einer „gezielten Diskreditierung ungewünschter Kandidaten, ein Infragestellen des Wahlprozesses an sich, das Schüren von

Zweifeln an der Rechtmäßigkeit und Durchführung der Wahl sowie, nach der Wahl, die Herabwürdigung des Koalitionsbildungs- und Regierungsbildungsprozesses“. Und tatsächlich haben europäische Sicherheitsdienste bereits festgestellt, dass Kreml-Strategen den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz im Wahlkampf als „Kriegskanzler“ und „eiskalten Manager“ aussehen lassen wollen. Mit diesen Zuschreibungen muss Merz sich nun tatsächlich auseinandersetzen und entsprechende Kritik an ihm kann plötzlich Zweifel an der Urheberschaft aufkommen lassen. Auf einem AfD-Parteitag sagte Fraktionschef Tino Chrupalla (AfD): „Wer Merz wählt, wählt Krieg!“ Auch Sahra Wagenknecht (BSW) stellte in einer Rede, Merz wolle „keinen Waffenstillstand mit der Ukraine“, dafür wisse er „wie man bei einem Finanzhai wie BlackRock richtig viel Geld verdient“. Nina Jęglinski

Russlands Präsident Wladimir Putin und Wiktor Medwedtschuk, Finanzier der in der EU sanktionierten Plattform „Voice of Europe“, bei einem Treffen im Kreml. © picture alliance/dpa/Alexei Nikolosky





Außerirdische landen an der Ostsee? Nein, bloß ein Deepfake. KI macht aus einer Laterne schnell ein Ufo.

© picture-alliance/CHROMORANGE/C. Ohde

So entstehen Falschinformationen

Trolle, Bots, Deepfakes

Fake News sind keine Erfindung der Neuzeit. Im Internet verbreiten sie sich aber schneller und zahlreicher als früher. Wie auch Künstliche Intelligenz dazu beiträgt

Schon in der Antike wusste man um die Macht von Fake News: 335 vor Christus führte die Falschmeldung vom Tod Alexander des Großen zu einem Aufstand in der griechischen Stadt Theben. Ein Rivale des damaligen makedonischen Königs hatte sie bewusst lanciert – allerdings mit unbeabsichtigt verhängnisvollem Ausgang. Die Truppen des keinesfalls toten Alexander des Großen schlugen die Revolte nieder und zerstörten dabei Theben. Desinformation, also die gezielte Verbreitung von falschen oder irreführenden Informationen, konnte schon damals weitreichende Folgen haben.

Soziale Netzwerke funktionieren als Verstärker

Neu im Internetzeitalter ist jedoch, wie oft, schnell und weit sich Falschmeldungen verbreiten. Studien des Massachusetts Institute of Technology zufolge zirkulieren falsche Nachrichten sechsmal so schnell und erreichen hundertmal so viele Menschen wie Fakten.

Nicht aber jede falsche Nachricht in den Medien, sei es im Internet, im Radio oder in der Zeitung, wird mit einer Täuschungsabsicht in die Welt gesetzt. Manchmal ist die Ursache ein Versehen, etwa wenn Journalisten trotz aller Sorgfaltspflicht handwerkliche Fehler unterlaufen.

Mit dem Begriff Fake News sind jedoch weniger diese unbeabsichtigten Falsch- oder Fehlinformationen gemeint, sondern bewusste Fälschungen. Der Duden beschreibt Fake News so auch als „in manipulativer Absicht in Medien und im Internet, besonders in Sozialen Netzwerken, verbreitete Falschmeldungen“.

Motive für Desinformation sind unterschiedlich – ein Scherz oder kommerzielle Interessen: Fake News-Urheber ködern Nutzer, Webseiten zu besuchen mit dem Ziel, Geld durch Werbeeinnahmen zu verdienen. Auch Menschen mit kriminellen Interessen verbreiten Fake News, um etwa mit falschen Versprechen an Informationen wie Bankdaten zu kommen. Als Gefahr für die Demokratie gelten allerdings vor allem politisch motivier-

te Falschinformationen, die auf die Beeinflussung von Meinungen zielen. Manchmal werden zu diesem Zweck auch Verschwörungstheorien mit Fake News verknüpft.

Zu den Urhebern politisch motivierter Desinformation und Manipulation gehören nicht nur Einzelpersonen und extremistische Gruppen, sondern auch Geheimdienste und Organisationen, die im Auftrag von Staaten Gerüchte streuen und Stimmung gegen Politik und Medien machen. Im großen Maßstab übernehmen das für sie vor allem sogenannte Trolle. So werden Menschen genannt, die die Debatten- oder Kommentarfunktion von Sozialen Medien wie Facebook oder X nutzen, um zu provozieren, zu beleidigen oder zu hetzen. Agieren Trolle in Gruppen, ist von „Trollfabriken“ die Rede. Medienrecherchen zufolge nutzt die russische Regierung bereits seit über 20 Jahren eine eigens rekrutierte „Trollarmee“, um die öffentliche Meinung in westlichen Demokratien zu manipulieren. So waren russische Trolle laut US-Geheimdienstinformationen etwa im Vorfeld der US-Wahlen 2016 und 2021 aktiv. Genutzt wurden dabei Zehntausende gefälschte Nutzerkonten sowie Zweit- und Drittaccounts, im Netzjargon auch „Sockenpuppen“ genannt. Im vergangenen Jahr enttarnte das Auswärtige Amt ein russisches Propagandanetzwerk mit etwa 50.000 Fake-Accounts.

Das Auffinden und Löschen von gefälschten Konten ist eine Daueraufgabe für Soziale Netzwerke: 1,1 Milliarden gefälschte Konten löschte Facebook, das mit rund drei Milliarden monatlichen Nutzern größte soziale Netzwerk, nach eigenen Angaben allein zwischen Juli und September des vergangenen Jahres.

Nicht nur der Kreml, sondern auch rechtsextreme Netzwerke nutzen Trolle im großen Stil. Nach Recherchen der Investigativ-Journalistin und Extremismusforscherin Julia Ebner hatte vor der Bundestagswahl 2017 die damals größte deutsche Trollfabrik „Reconquista Germanica“ 7.000 Mitglieder, vor der letzten Serverpersperrung im Juni 2018 sogar mehr als 10.000 Mitglieder. Heute ist das

Netzwerk nach Einschätzung der Bundesregierung nicht mehr aktiv. Geheime Nachfolgeprojekte schließt sie jedoch nicht aus.

Um Fake News massenhaft zu verbreiten, sind auf Social-Media-Plattformen oft auch „Bots“ im Einsatz: „Bot“ ist die Kurzform für Roboter und bezeichnet ein Softwareprogramm, das automatisierte, sich wiederholende und vordefinierte Aufgaben ausführt. Solche Bots sollen das Verhalten menschlicher Nutzer in Netzwerken nachahmen: Sie „likern“ und kommentieren zum Beispiel auf Geheiß bestimmte Begriffe mit dem Ziel, Algorithmen von Social-Media-Plattformen und Suchmaschinen so zu beeinflussen, dass diese mehr Aufmerksamkeit erhalten. So wächst die Reichweite von Fake News.

Deepfakes sind kaum noch als Fälschungen erkennbar

Auch Algorithmen, die bestimmen, welche Inhalte Nutzern in einem Sozialen Netzwerk angezeigt werden, können Desinformation verstärken: TikTok, eine Plattform, die besonders von Jugendlichen genutzt wird, spielt bei der Verbreitung von Fake News eine große Rolle, meinen Social-Media-Experten wie der US-Historiker Jason Steinhauer. Der Algorithmus sei darauf optimiert, Nutzer abhängig zu machen. Zudem habe die App eine Art „Anti-Establishment-Haltung“ unterstützt. Beides schein Fake News und Verschwörungserzählungen zu befördern, sagte Steinhauer im Magazin „Der Spiegel“.

Sorge bereitet auch die Verfügbarkeit generativer Künstlicher Intelligenz (KI), mit der sich Texte, Bilder, aber auch Videos manipulieren oder gänzlich neu generieren lassen – per Mausclick. Sogenannte „Deepfakes“ sind kaum noch als Fälschung zu erkennen. Wahlbeeinflussung, Angriffe auf politische Gegner, Kriegspropaganda – KI ermöglicht sie, wenn unreguliert, in neuer Quantität und Qualität (siehe Seite 5). Das könnte sich für unsere Gesellschaft womöglich ähnlich zerstörerisch auswirken wie die Truppen Alexanders des Großen für Theben. Sandra Schmid

Psychologie

»Haupttreiber ist vor allem Parteilichkeit«

Auch Emotionen befördern die Verbreitung von Fake News

Frau Metzler, warum verfangen Fake News, auch wenn sie noch so abstrus klingen?

Je verrückter eine Nachricht klingt, umso extremere Emotionen löst sie aus und bekommt mehr Aufmerksamkeit. Unser Mediensystem ist schnelllebig und kompetitiv. Um Aufmerksamkeit bekommen, müssen Nachrichten mit Überraschung und negativen Emotionen arbeiten.

Evolutionär gesehen hat es Vorteile, wenn Menschen mit Angst und Wut reagieren...

Genau. Solche Gefühle haben bestimmte Funktionen: Sie sollen unser Überleben sichern. Angst lenkt die Aufmerksamkeit auf Gefahren. Wut setzt Kräfte frei, wenn wir bedroht werden oder uns jemand etwas wegnehmen will. Ein negativer Bias, eine Art Negativitätsverzerrung, die bewirkt, dass sich negative Gefühle stärker auf unseren psychischen Zustand auswirken als positive, ist evolutionär bedingt. Fake News appellieren an diese negativen Gefühle. Angst und Wut sind effektive Treiber.

Welche Motive haben Menschen, sie zu verbreiten?

Es sind vor allem soziale Motive. Menschen sind soziale Wesen und teilen Informationen, wenn sie dafür Aufmerksamkeit und Anerkennung bekommen oder dazugehören. Wenn sie Falschinformationen verbreiten, geht es oft um politische Gruppenzugehörigkeit. Mit dem Teilen von extremen Verschwörungstheorien brechen manche Menschen Brücken zur Allgemeinheit ab, indem sie sich gegen sie positionieren und so einer Randgruppe beweisen, dass sie zu ihr gehören. Auch Status ist ein wichtiges soziales Motiv. Internettrolle, die mit schockierenden Falschnachrichten bewusst stören und Unfrieden stiften, suchen Anerkennung und genießen das Gefühl von Macht.

Aber glauben sie Fake News?

Als Motiv für die Verbreitung von Desinformation ist der Glaube an den Wahrheitsgehalt eher zweitrangig. Es gibt zudem unterschiedliche Arten zu glauben. In der Psychologie sprechen wir von faktischen und symbolischen Glaubenssätzen. Faktisch ist etwa der Glaube daran, dass der Partner am Abend zu Hause ist – weil er das jeden Tag ist. Faktische Glaubensmuster bekommen sozusagen ‚Feedback‘ aus der Realität. Symbolische Glaubenssätze hingegen, zu denen religiöse Annahmen und Verschwörungstheorien gehören, drücken Werte und Überzeugungen aus. Diese lassen sich nicht überprüfen, haben aber eine soziale Funktion – sie beruhigen, schaffen Zugehörigkeit oder verleihen innerhalb einer Gruppe Ansehen. Obwohl Menschen solchen Glaubenssätzen ehrlich Glauben schenken, richten sie nicht ihr Verhalten nach ihnen aus.

Könnten Sie das mit einem Beispiel verdeutlichen?

Nehmen wir ‚Pizzagate‘, ein falsches Gerücht, das im US-Wahlkampf 2016 auf Twitter und in Telegram-Gruppen gestreut wurde: Viele Menschen haben so kommentiert, als würden sie glauben, dass die damalige Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton in einen Kinderpornoring involviert ist, der aus einer Washingtoner Pizzeria heraus betrieben wird. Es gab aber nur einen einzigen Mann, der sich auch so verhalten hat. Er ist mit einem Sturmgewehr bewaffnet in die Pizzeria gegangen, um den Kindern zu helfen. Wenn die anderen faktisch daran geglaubt hätten, hätten sie die Polizei alarmiert.

Trotz evolutionärer Anlagen scheinen aber nicht alle Menschen gleich empfänglich für Desinformation zu sein.

Diese tiefen Instinkte haben wir zwar alle. Aber wie Eigenschaften sind auch sie individuell unterschiedlich stark ausgeprägt. Haupttreiber für Fake News, das zeigt die Forschung, ist vor allem eins: Parteilichkeit. Menschen, die sich gesellschaftlich nicht gut vertreten fühlen und wenig Vertrauen in demokratische Institutionen haben, neigen zu extremen Ein-



Hannah Metzler

© Viviane Ruschak

stellungen. Sie sind auch empfänglicher für Fake News, die ihr Weltbild bestätigen – etwa, dass in der Gesellschaft etwas grundlegend schiefläuft oder Politiker sie nicht repräsentieren.

Wie groß ist die Gruppe der Fake News-Verbreiter?

Studien zufolge handelt es sich um eine sehr kleine Minderheit von unter fünf Prozent der Bevölkerung, die 80 Prozent der Fake News teilen. Daten aus den USA belegen, dass im US-Wahlkampf 2016 lediglich ein Prozent der Twitter-Nutzer Nachrichten aus wenig vertrauenswürdigen Quellen teilten. 2020 waren es nur rund 2.107 solcher ‚Supersharer‘.

Dem Sturm auf das Capitol im Januar 2021 ging eine von Donald Trump befeuerte Social-Media-Kampagne vor der angeblich gestohlenen Wahl voraus. Nur ein Beispiel, warum inzwischen viele die Demokratie durch Fake News gefährdet sehen. Wie lassen sie sich bekämpfen?

Faktenchecken, das Widerlegen von Falschinformationen oder die Sensibilisierung für die Gefahren von Desinformation sind nicht falsch. Doch der Effekt ist nicht allzu groß, da sich politisch motivierte ‚Superspreeder‘ so ohnehin nicht erreichen lassen. Solche psychologischen Methoden haben wahrscheinlich leider auch einen ungewollt gegenteiligen Effekt.

Inwiefern?

Übertriebene Warnungen vor Manipulation durch Fake News schüren allgemeines Misstrauen in Nachrichten. Dabei wird leider oft in der Diskussion übersehen, dass Desinformation nur ein Symptom von gesellschaftlicher Polarisierung ist: Wenn Institutionen daran scheitern, reale Probleme zu lösen und große Bevölkerungsgruppen zu vertreten, sinkt das Vertrauen. Statt nur die Verbreitung von Fake News zu bremsen, ist es viel wichtiger, das Vertrauen in demokratischen Institutionen und Medien zu stärken.

Das Gespräch führte Sandra Schmid. ■

Dr. Hannah Metzler ist Kognitionspsychologin am Complexity Science Hub und an der Medizinischen Universität in Wien.



Im Kampf gegen Hass, Hetze und Falschinformationen gelten für Internet-Plattformen wie Facebook oder X (früher Twitter) bestimmte Regeln, die im Digital Services Act (DSA) niedergelegt sind. Große Plattformen müssen Risikoberichte vorlegen und sich Überprüfungen unterziehen.

© picture alliance/Anadolu/Didem Mente

Warum die KI-Regulierung komplex bleibt

Sie soll klare Regeln schaffen und Missbrauch eindämmen: Die EU-Verordnung über Künstliche Intelligenz (KI). Das Europäische Parlament hat sie zwar im März 2024 verabschiedet, die Umsetzung des sogenannten AI Acts in nationales Recht steht aber noch aus. Vor allem Detailfragen sind offen, unter anderem, wer in Deutschland die Aufsicht übernehmen soll. Bis alle Regelungen der Verordnung greifen, gibt es zudem eine Übergangsfrist von zwei Jahren. Mit der Verordnung hat die EU das weltweit erste umfassende Regelwerk für KI geschaffen. Sie schreibt vor, dass KI-Anwendungen nicht missbraucht werden dürfen und der Schutz der Grundrechte gewährleistet sein muss. Die Regulierung folgt einem risikobasierten Ansatz: Je höher das Risiko bei einer KI-Anwendung eingeschätzt wird, desto strenger sind die Vorgaben. Vorgesehen sind Transparenz- und Informationspflichten.

AI Act will einen informierten Umgang mit Deep Fakes

Dazu zählt nach Artikel 50 AI Act, dass KI-generierte oder bearbeitete Bilder, Videos oder Audios mit technischen Methoden wie Wasserzeichen, Metadaten oder Fin-

Regulierung von Social Media

Auf die Probe gestellt

Die Europäische Union will mit dem »Digital Services Act« Regeln für Onlineplattformen durchsetzen

Drei Buchstaben stehen seit Anfang 2024 für den Versuch der Europäischen Union, Regeln für Onlineplattformen durchzusetzen: DSA. Der „Digital Services Act“, also das Digitale-Dienste-Gesetz der EU, wurde in wenigen Jahren verhandelt und gilt vollumfänglich seit Februar 2024. Der DSA gibt Regeln für viele Onlineangebote vor, die heute nicht mehr aus dem Alltag von Millionen Menschen wegzudenken sind, etwa Suchmaschinen, Onlinemarktplätze, soziale Netzwerke oder Video-Apps.

Auch wenn die EU-Verhandlungen zum DSA vergleichsweise kurz waren, beginnt die Vorgeschichte des Gesetzes schon viel früher. Wie in den Anfängen der Onlineplattformen mit ihnen umgegangen wurde, ist noch in heutigen Gesetzen ablesbar, und wie sich die neuen Gesetze auswirken, wird wiederum erst in einigen Jahren klar sein.

Viele der heute alltäglichen sozialen Medien oder Suchmaschinen sind erst in den frühen 2000er Jahren, teils deutlich später, groß geworden. Bei diesem Wachstum halfen politische Entscheidungen in den USA und der EU. Um die Jahrtausendwende war es vielen Politikern wichtig, keine allzu strikten Vorgaben für die aufkommende Technologiebranche einzuführen, sondern ihr erst einmal freien Lauf zu lassen. Das Ergebnis: eine recht lockere Regulierung auf beiden Seiten des Nordatlantiks, die sich sehr lange Zeit nicht nennenswert änderte.

Onlineplattformen konnten deshalb weitgehend selbst bestimmen, wie sie ihre Dienste gestalten, welche Rechte sie Nutzern einräumen (zum Beispiel, sich zu beschweren) und inwiefern sie ihre algorithmischen Systeme erklären, etwa dazu, welche Videos, Suchergebnisse oder Posts angezeigt werden.

Plattformen können genutzt werden, um Menschen anzufinden

Seit einigen Jahren wandelt sich dieser Ansatz jedoch, besonders innerhalb der Europäischen Union. Das liegt vor allem daran, dass bei all den Vorteilen, die solche Plattformen bieten, ihre negativen Auswirkungen ebenso klar geworden sind. Plattformen können genutzt werden, um Menschen anzufinden und zu diskriminieren. Falsche oder irrefüh-

rende Informationen können sich in Sekundenschnelle verbreiten, es gibt Betrügereien und Datenschutzverletzungen. Gerade die Verbreitung von Hetze und Desinformation treibt Politiker um.

Diese Phänomene sind keinesfalls neu, und weder die Gründe noch die Lösungen dafür finden sich allein in Plattformen beziehungsweise ihrer Regulierung. Dennoch ist ihre monopolhafte Rolle bei der Verbreitung von Inhalten nicht von der Hand zu weisen. Die Art und Weise, wie sie designt sind oder wie ihre algorithmischen Systeme funktionieren, hat Auswirkungen darauf, wie sich Menschen in Online-räumen bewegen.

Der DSA löst das deutsche Gesetz in großen Teilen ab

Während Entscheidungen hierzu lange fast allein den Plattformen überlassen waren, entstanden Bestrebungen zu strikteren Regeln. Zunächst fokussierte sich die Europäische Kommission auf freiwillige Kodizes, einen zum Thema Hassrede und einen zu Desinformation. Auf deutscher Ebene entstand mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz ein Regelwerk zum Umgang mit Hassrede im Internet.

Mittlerweile steht der DSA klar im Zentrum. Er löst das deutsche Gesetz in großen Teilen ab und ist das bislang deutlichste Signal, dass bei Plattformen freiwillige Selbstregulierung allein nicht mehr ausreicht. Der DSA gilt EU-weit und führt verpflichtende Regeln ein. Diese beiden Eigenschaften sind die wichtigen Grundpfeiler der Regulierung.

Die strengsten Vorgaben gelten für die großen Plattformen

Zu den verpflichtenden Regeln des DSA gehört zum Beispiel, Beschwerdewege bereitzuhalten, etwa, wenn Nutzer sich beschweren möchten, dass bestimmte Inhalte gelöscht oder nicht gelöscht wurden. Hinzu kommen die Verpflichtungen für Plattformen, ihre algorithmischen Empfehlungssysteme zu erklären, Onlinewerbung klar zu kennzeichnen und Berichte zur Moderation der Inhalte zu veröffentlichen. Bei letzterem geht es darum, wie Inhalte hervorgehoben oder unterdrückt werden.

Die strengsten Vorgaben müssen sehr große Onlineplattformen erfüllen, das sind solche mit mehr als 45 Millionen aktiven Nutzern in der EU pro Monat. Dazu zählen Amazon, Facebook, Google Search, Instagram, Pornhub, TikTok, X (Twitter) und YouTube.

Solche Plattformen müssen regelmäßige Risikoberichte verfassen, sich unabhängigen Überprüfungen unterziehen und eine Gebühr an die Kommission entrichten, die die Aufsicht mitfinanziert. Für Plattformen jeder Größe gilt: Bei Nichteinhaltung der Regeln drohen im schlimmsten Fall Geldbußen. Zuvor muss aber eine Reihe von Initiativen zur Abhilfe zwischen Behörden und Plattformen besprochen worden sein.

Die behördliche Aufsicht ist eine gemeinsame Aufgabe der Kommission und der Mitgliedstaaten. Die Kommission kümmert sich hauptsächlich um die sehr großen Plattformen. Dabei wird sie von den Mitgliedstaaten unterstützt, die zusätzlich für die in ihren jeweiligen Ländern ansässigen „nicht-sehr-großen“ Angebote zuständig sind.

» Freiwillige Selbstregulierung reicht nicht mehr aus.

Wie gut diese neue Aufsichtsstruktur funktionieren wird, ist unklar. Zwar laufen die ersten Untersuchungen und Verfahren gegen Plattformen auf EU-Ebene, doch befinden sich sowohl die Teams in der Kommission als auch in den Mitgliedstaaten noch im Aufbau.

Transparenzverpflichtungen sollen kein Selbstzweck sein

Die Herausforderung bei der Durchsetzung des DSA liegt nicht allein darin, dass es um teils unerprobte Regeln in einem Bereich geht, der bislang nicht von EU-Gesetzen geprägt war. Auch gilt es, einige der Schwachstellen des DSA anzuerkennen und möglichst auszubessern.

Zum Beispiel haben Beobachter gerade aus zivilgesellschaftlichen Organisationen angemerkt, dass der DSA zwar jede Menge Transparenzver-

pflichtungen enthält, diese aber kein Selbstzweck seien. Wie daraus tatsächlich Verbesserungen für Menschen entstehen könnten, etwa bessere Entscheidungs- und Einstellungsmöglichkeiten, wird sich zeigen müssen.

Auch die vielversprechende Option für Forschungsteams, unter bestimmten Voraussetzungen an Daten von sehr großen Plattformen heranzukommen, bedarf noch einiger Umsetzungsschritte, bis sie in der Praxis getestet werden kann. Zudem kam während der Verhandlungen Kritik auf, dass schwammige Formulierungen zu „Krisensituationen“ möglicherweise der Europäischen Kommission zu weitreichende Befugnisse für Eingriffe auf Plattformen geben könnten.

Kritische Diskussion über mögliche staatliche Eingriffe

Aufgrund der Hinweise aus der Zivilgesellschaft wurden Verbesserungen am Text vorgenommen. Die Debatte zu den Risiken von entweder zu schwacher Durchsetzung des DSA oder zu starken staatlichen Eingriffen durch den DSA geht aber weiter.

Die neue DSA-Bürokratie in Deutschland und Europa kritisch zu begleiten, ist nötig und sinnvoll. Die Fundamentalkritik, dass der DSA automatisch zu neuer staatlicher Überwachung von Onlinekommunikationsräumen führt – auch im Bundestag hervorgebracht – ist jedoch kaum zu halten.

Sie ignoriert meist die vorgesehenen Kontrollmechanismen, beispielsweise durch die Unabhängigkeit der nationalen Behörden, die Abstimmung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten sowie die Rolle von Gerichten und auch externen Fachleuten. Zudem verkennt diese Kritik, dass bereits jetzt sekundlich Eingriffe in Onlinekommunikationsräume stattfinden, nämlich durch die Plattformen. Als private Unternehmen mit meist finanziellen Interessen entscheiden sie, wie diese Räume gestaltet sind. Wenn der DSA es schafft, solche Entscheidungen nachvollziehbar, weniger willkürlich und besser anfechtbar zu machen, können die drei Buchstaben eine wichtige Stütze für Nutzer sein.

Julian Jaurisch ■

Der Autor hat beim gemeinnützigen Think Tank interface seit Jahren die Entwicklung zu Plattformregulierung verfolgt.



Der Papst im Daunenmantel ist eins der bekanntesten KI-generierten Deep Fakes.

© picture-alliance/dpa/Arne Dedert

gerprints gekennzeichnet werden müssen. Betreiber von KI-Systemen sind verpflichtet, dies beispielsweise mit einem Hinweis in einem Posting oder per Untertitel offenzulegen. Ausnahmen sollen etwa für die Strafverfolgung sowie die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit gelten.

Wie schwierig die Umsetzung allerdings in der Praxis ist, zeigt die Flut von sogenannten „Deep Fakes“. Dabei handelt es sich um mithilfe von KI, maschinellem Lernen und Deep Learning generierte Bilder oder Videos, die authentisch wirken, es aber nicht sind. Mit relativ wenig Aufwand können so Gesichter manipuliert oder Stimmen gefälscht werden – wirksame Mittel für gezielte Desinformationskampagnen. Und: Die Technik dahinter wird immer besser.

Die Beispiele sind zahlreich: Popstar Taylor Swift in pornografischen Szenen, die fingierte Stimme von US-Präsident Joe Biden, die angeblich zum Nichtwählen aufruft, oder Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der vermeintlich verkündet, die Bundesregierung wolle beim Verfassungsgericht ein AfD-Verbot beantragen.

Eine Reihe von Experten kritisiert die rechtlichen Rahmenbedingungen angesichts der Vielzahl von KI-generiertem und tausendfach geteiltem Material als lückenhaft. So sei beispielsweise häufig unklar, gegen wen überhaupt geklagt werden soll. Gefordert werden etwa softwareseitige Kennzeichnungspflichten für Deep Fakes oder Verlaufs- und Identitätsinformationen zu digitalen Daten für Anbieter und Hersteller der Systeme.

Für den Erfolg des Regelwerks werden die EU und die Mitgliedstaaten weiter versuchen müssen, mit dem technologischen Fortschritt Schritt zu halten. lbr ■

Medienkompetenzen im digitalen Zeitalter

So tickt die Generation TikTok

In einer Welt voller Falschinformationen wird Medienkompetenz immer wichtiger. Wie gehen Jugendliche mit dem Thema um?

Der Raum ist dunkel, nur eine Leinwand leuchtet hell. Dann erscheint Papst Franziskus darauf, gehüllt in einen glänzenden weißen Daunenmantel. Eine lange Kette mit silbernem Kruzifix funkelt um seinen Hals. Ist das ein winterliches Mode-Statement des Pontifex oder ein mit Künstlicher Intelligenz (KI) erstellter Scherz aus dem Internet?

„Habe ich schon mal online gesehen, das ist nicht echt“, flüstert eine Jugendliche unbeeindruckt ihrer Sitznachbarin zu. Andere im Raum wirken unsicher. Und genau darum geht es an diesem Donnerstagabend im Dezember: Wie erkennt man den Unterschied zwischen echten und künstlich generierten Inhalten? Und warum ist das wichtig?

Die Veranstaltung findet im Publix, einem Zentrum für Journalismus, in Berlin-Neukölln statt und richtet sich vor allem an Lehrkräfte. Sie bekommen in

den kommenden zwei Stunden Anregungen, wie sie ihren Schülerinnen und Schülern Medienkompetenzen vermitteln und sie für Fehlinformationen sensibilisieren können. Eine Lehrerin hat die Jugendlichen ihrer Klasse direkt mitgebracht, damit sie vom Experten lernen, wie sie sagt. Ein wenig gelangweilt quetschen sie sich in die hinteren Reihen – weit weg vom Papst in der Daunenjacke.

Videos auf Social Media: Die Informationsquelle für Jugendliche

Der Experte an diesem Abend ist Gabriel Rinaldi, Journalist bei der Süddeutschen Zeitung. Er versucht die Stimmung zu lockern und fragt: „Wer informiert sich über TikTok?“. Ein Jugendlicher flüstert: „TikTok? Voll unseriös“. Dennoch heben fast alle Teenager zögerlich die Hand, aus den Reihen der Erwachsenen fast niemand.

Genau hier liegt das Problem: Während junge Menschen ihre Informationen zunehmend aus kurzen Videos von Plattformen wie TikTok oder Instagram beziehen, fehlt den meisten Erwachsenen der Zugang zu diesen Kanälen. „Man kann Jugendliche nicht für Fake News sensibilisieren und mit ihnen über die Nutzung von Medien sprechen, wenn man selbst keine Ahnung davon hat“, sagt eine der anwesenden Lehrerinnen. Rinaldi hält den Begriff „Fake News“ für politisch zu aufgeladen. Er suggeriere, dass Nachrichten nur „wahr“ oder „falsch“ sein könnten und es kein „dazwischen“ gebe – eine zu starke Vereinfachung, findet der Journalist. Rinaldi spricht stattdessen von „Falschinformation“ oder „Desinformation“ – also gezielt verbreiteten falschen Inhalten.

Viele der Fehlinformationen im Internet seien nicht grundsätzlich schlimm, sagt er. Sie zielten darauf ab, Klicks zu generieren und zu unterhalten. Politisch mo-

tierte Desinformation, die Manipulation zum Ziel hat, sei hingegen eine ernsthafte Gefahr.

Doch das Phänomen ist nicht neu: Schon in der Antike verbreiteten Herrscher Falschinformationen, um ihre Gegner zu schwächen. Der Unterschied zu heute: Die enorme Verbreitungsgeschwindigkeit und die Reichweite durch das Internet – und, dass durch KI falsche Inhalte täuschend echt in Sekundenschnelle erstellt werden können. Ein entscheidender Rolle bei der Verbreitung spielen die sozialen Medien. Plattformen wie TikTok und Instagram zeigen mithilfe ihrer Algorithmen Inhalte, die Nutzer ohnehin bevorzugen. Das begünstigt Filterblasen und erschwert den Zugang zu vielfältigen Perspektiven.

42 Prozent der Erwachsenen beziehen ihre Nachrichten online

Auch viele der 16 Schülerinnen und Schüler einer elften Klasse der Sophie-Scholl-Schule in Berlin-Schöneberg aktualisieren Instagram und TikTok mehrmals täglich. Im Unterricht beschäftigen sie sich derzeit mit dem Thema Fake News und dem Umgang mit Medien. Doch um Medien – im Plural verwendet – geht es bei den Jugendlichen gar nicht mehr. Eine Zeitung liest von den Teens fast niemand. Auch Fernsehen und Radio sind „out“. Ihr Medium ist das Internet. Auf die Frage, woher die Jugendlichen Nachrichten beziehen, kommt nicht selten die Antwort: „Ich habe die Tageschau auf Instagram abonniert.“

Das Fernsehen, einst die unangefochtene Nachrichtenquelle Nummer eins in Deutschland, hat seinen Spitzenplatz bereits 2021 an das Internet abgetreten. Heute beziehen, 42 Prozent der Erwachsenen ihre Nachrichten aus dem Netz. Diese Entwicklung zeigt der Reuters Institute Digital News Report des vergangenen Jahres. Die Studie bestätigt auch die Aussagen der Teenager, die das Internet und insbesondere die sozialen Medien als unverzichtbare Nachrichtenquelle betrachten: Für 16 Prozent der 18- bis 24-Jährigen sind soziale Medien die einzige Informationsquelle, wie der News Report enthüllt (siehe Seite 7). Die Jugendlichen schätzen an den Online-Formaten besonders die Freiheit,

die verändert wurden, weil man sie früher bereits mit anderer Musik, anderem Text oder anderen Tonspuren gesehen hat – dann weiß man: Das kann nicht das Original sein“, sagt die 16-jährige Fatu. Und sie erklärt einen weiteren Trick: Achtet man bei Fotos auf die Hände von Personen oder die Schatten auf dem Bild, erkennt man häufig Fehler. „Hände und Schatten, das kann KI bisher nicht so gut“, sagt sie. Gleichzeitig ist ihr bewusst, dass diese Taktik keine Ewigkeitsgarantie hat. KI lernt und wird immer besser. Der Wettlauf zwischen Fake und Fakt geht weiter.

Daher finden die Teenager; es wäre wichtig, mehr über das Thema zu lernen – ein Wunsch, mit dem sie nicht allein sind. Laut der Shell-Jugendstudie 2024 sind 90 Prozent der Jugendlichen in Deutschland dafür, den Umgang mit Fake News in den Schulunterricht aufzunehmen.

Doch warum liegt der Fokus bei dem Thema auf den Jugendlichen, fragen einige. Sie sehen die eigentliche Gefahr woanders: bei ihren Eltern. Diese, so sagen sie, seien oft kaum in der Lage, KI-generierte Inhalte zu durchschauen – das haben sie selbst getestet. „Manchmal zeige ich meinen Eltern ein Fake-Video von Instagram, und sie können nicht erkennen, dass es mit KI erstellt wurde – ich schon“, erklärt Carl.

Laut britischer Studie sind junge Menschen anfälliger für Fake News

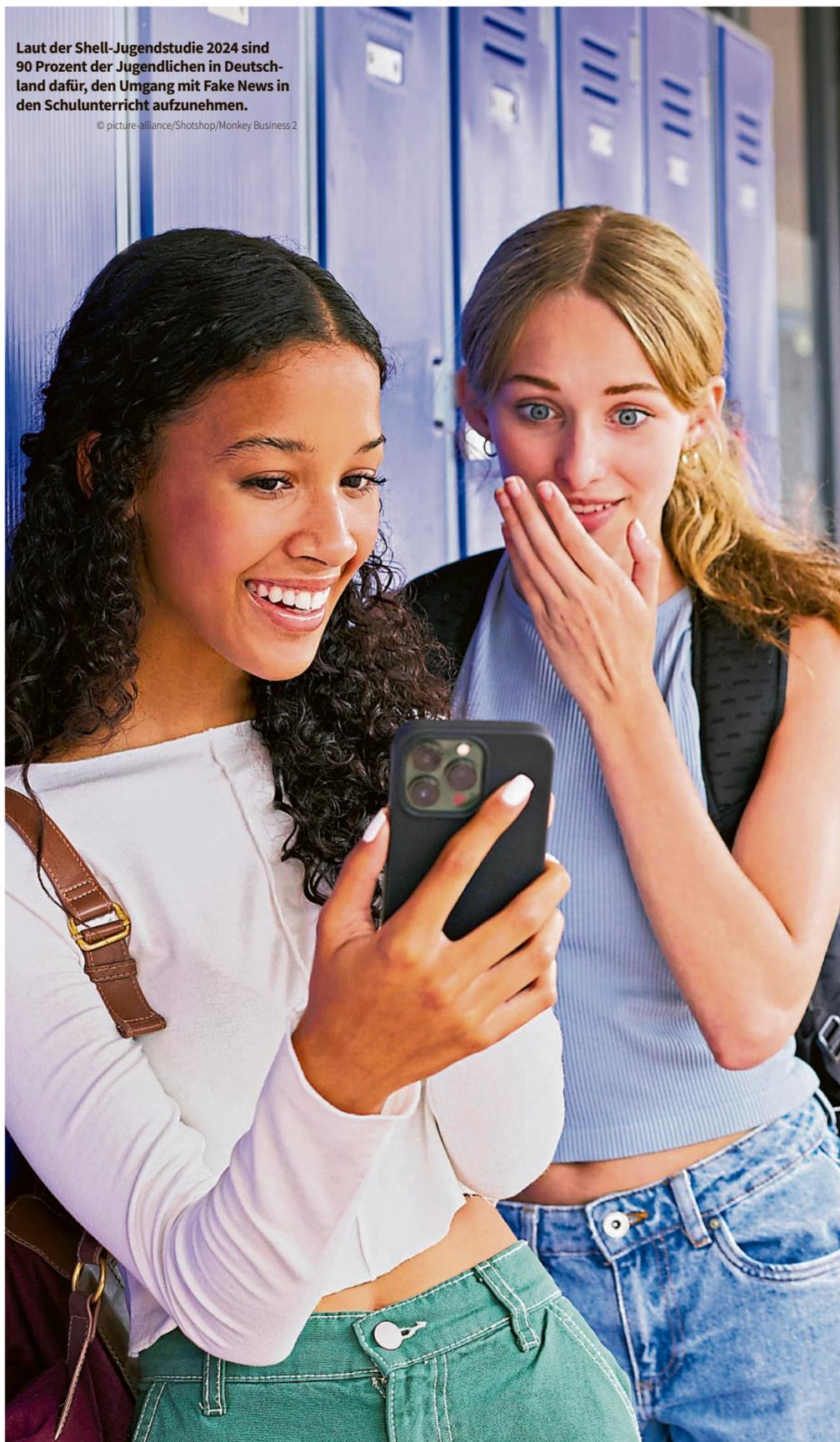
Studien, die einen direkten Vergleich anstellen, ob Erwachsene oder Jugendliche Fake News in sozialen Medien besser erkennen, existieren bislang nicht. Eine Untersuchung der Universität Cambridge deutet jedoch – entgegen der Annahme der Jugendlichen – darauf hin, dass Jüngere und Menschen mit einer hohen Affinität zu Medien, anfälliger für die Täuschungen durch Fake News sind als ältere Generationen.

Allerdings basiert die Studie darauf, dass die Teilnehmenden Schlagzeilen als wahr oder falsch bewerten mussten. Eine Analyse von Beiträgen auf Internetplattformen oder KI-generierten Inhalten blieb aus, was die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die digitale Umgebung einschränken könnte.



Für 16 Prozent der 18- bis 24-Jährigen sind soziale Medien die einzige Informationsquelle.

REUTERS INSTITUTE DIGITAL NEWS REPORT 2024



Laut der Shell-Jugendstudie 2024 sind 90 Prozent der Jugendlichen in Deutschland dafür, den Umgang mit Fake News in den Schulunterricht aufzunehmen.

© picture-alliance/Shotshop/Monkey Business 2

selbst zu bestimmen, wann und welche Nachrichten sie konsumieren möchten. Zudem bieten soziale Medien die Möglichkeit, eine Vielzahl von Informationen gleichzeitig zu erfassen – mehrere Apps für verschiedene Tageszeitungen sind überflüssig.

Ist die abnehmende Medienvielfalt also vielleicht das viel größere Problem als der Umgang mit Fake News?

Denn über Fake News wissen die Jugendlichen durchaus Bescheid. „Klar, viele Bilder und Videos sind von KI generiert“, sagt Carl und erinnert sich beispielsweise an ein besonders absurdes Beispiel: Ein Foto, auf dem sich Donald Trump und Osama bin Laden umarmen. Ein weiteres Problem sieht er in den extrem kurzen Videos, die oft aus dem Kontext gerissene Aussagen von Politikern zeigen. „Manchmal klingt das gut, aber man weiß nicht, was davor oder danach gesagt wurde“, meint er. Die Jugendlichen sind allerdings skeptisch, ob Fake News eine Bedrohung für die Demokratie sind. Für sie geht es bei solchen Inhalten vor allem um Aufmerksamkeit und Klicks.

Gleichzeitig glauben sie, KI-generierte Inhalte gut erkennen zu können – ganz nach dem Motto: Übung macht den Meister. „Manchmal erkennt man Vi-

Der Journalist Rinaldi versucht in seinen Schulungen zu vermitteln, wie wichtig es ist, Quellen immer wieder kritisch zu bewerten. So müsse hinterfragt werden: Wer verbreitet eine Nachricht und mit welcher Absicht? Gibt es alternative Quellen? Denn gerade Jugendliche vertrauen zunehmend Influencern als glaubwürdige Informationsquelle.

Angesichts der Flut an Informationen, die junge Menschen täglich erreichen, sei es außerdem entscheidend, im Austausch zu bleiben und Medieninhalte gemeinsam zu reflektieren, um sie besser einordnen zu können. Viele Teenager machen das sowieso mit ihren Freunden. Fatu berichtet: „Wenn mir etwas komisch vorkommt, frage ich meine Freunde, ob sie das auch gehört oder gesehen haben.“ Auch Google sei ein hilfreiches Werkzeug, um Fehlinformationen zu entlarven.

In der Tat reicht bei vielen Inhalten oft eine kurze Internetrecherche aus, um deren Echtheit zu überprüfen.

Im Fall des Papstes mit der Daunenjacke dauert es keine fünf Sekunden. Gibt man bei Google die Worte „Papst, Daunenjacke, Fake“ ein, zeigen bereits die ersten Einträge eindeutig: Das Bild ist nicht echt, es wurde mit KI generiert.

Carolin Hasse ■

»Wir brauchen einen Plan«

Die Bildungsforscherin Nina Kolleck fordert einen stärkeren Fokus auf Medien- und Demokratiebildung an den Schulen. Denn wenn das Basiswissen über Demokratie fehlt, haben Desinformation und Fake News umso bessere Chancen

Frau Kolleck, als Hauptinformationsquelle geben Jugendliche schon lange nicht mehr die klassischen Medien an, wenn es um Nachrichtenkonsum geht. Auf welche Quellen stützen sie sich vor allem?

Führend ist da auf jeden Fall TikTok, aber auch Instagram und YouTube sind vorn mit dabei. Auch das Internet bleibt eine zentrale Informationsquelle, und hier dann auch oft seriöse Seiten wie beispielsweise die der Bundeszentrale für politische Bildung. Aber Zeitungen, Radio und Fernsehen, die spielen eine immer geringere Rolle.

TikTok ist als Plattform für kurze Tanzvideo-Clips groß geworden. Warum geht von ihr nun so eine große Gefahr für die Demokratie aus?

TikTok hat einen Algorithmus, der vor allem Videos belohnt, die besonders emotional und reißerisch sind. Das verhilft insbesondere Fake News zu einer Verbreitung, weil Fake News oft sehr emotionalisierend und skandalisierend sind. Noch dazu wissen wir, dass gerade extremistische Inhalte, wozu auch alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gehören, auf TikTok viel stärker viral gehen als andere Themen. Natürlich bekommen tanzinteressierte User viele Tanzvideos eingespielt. Aber dazwischen tauchen politische Informationen auf, auch von Influencern, die eigentlich mit einem anderen Thema bekannt geworden sind, beispielsweise durch Schminkvideos, und die dadurch den Vorteil haben, dass sie schon einmal das Vertrauen der User gewinnen konnten.

Wieso schaffen es sehr kurze Videoclips, Kinder und Jugendliche so stark zu beeinflussen?

Wenn man so ein Video sieht und es spricht Themen an, die einen gerade bewegen, stärkt es kurzfristig den eigenen Selbstwert und bewirkt Glücksgefühle. Dopamin wird ausgeschüttet, ich fühle mich wertgeschätzt und außerdem bin ich Teil einer Gruppe. Und dieser Dopamin-Kick kann zu einer Abhängigkeit führen, man will schnell mehr davon. Wir sehen in der Forschung aber auch, und das greift noch viel tiefer, dass es TikTok ganz gut gelingt, die psychologischen Grundbedürfnisse anzusprechen. Jeder Mensch hat sie und wir alle streben danach: uns autonom zu fühlen, uns kompetent zu fühlen, uns sozial eingebunden zu fühlen. Alles, was diese Grundbedürfnisse erfüllt, bringt uns dazu, Dinge freiwillig aus eigenem Antrieb zu tun. Darauf springen die sozialen Medien total gut an, insbesondere TikTok.

Hat es Sie verwundert, dass 40 Prozent der Achtklässler nur über rudimentäre digitale Fähigkeiten verfügen und nicht in der Lage sind, Quellen einzuschätzen?

Nein. Denn Medienbildung stellt immer noch eine Randerscheinung in Schulen dar, ist eher so etwas wie ein freiwilliges Zusatzfach, weil die Lehrkräfte noch nicht dafür ausgebildet sind. Und das, obwohl die angehenden oder neuen Lehrkräfte Teil der Generation Z sind, die mit den sozialen Medien aufgewachsen ist, die aber selbst auch nicht diese Bildung erfahren hat. Medienbildung, Demokratiebildung und Extremismusprävention spielen noch eine sehr untergeordnete Rolle an den Schulen. Wir müssen nicht verstehen, wie ein Kühlschrank funktioniert, um einen Kühlschrank zu nutzen. Aber erst eine kritische Medienbildung sorgt dafür, sich vor Verschwörungsglauben zu schützen, Extremismus



40 Prozent der Achtklässler verfügen nur über rudimentäre digitale Fähigkeiten.

© picture alliance/ZB/Sascha Steinach

überhaupt als solchen zu erkennen und zu verstehen, was Demokratien sind.

Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie präsent das Thema Fake News als Gefahr für die Demokratie an Schulen ist?

Das hängt sehr von der Schulform und vom Bundesland ab. Aber aus Studien wissen wir, dass sich selbst in Schulen, die eine gute Medienbildung anbieten, ein Großteil der jungen Menschen das nötige Wissen außerhalb holt. Eltern sind für die politischen Einstellungen und den Zugang zu Medien enorm wichtig. Deswegen gibt es auch immer wieder Stimmen, die sagen, man muss jetzt den Eltern mehr Verantwortung geben. Da ist sicher etwas dran, aber ich halte es für nicht realistisch, dass

alle Eltern das leisten können und wir allein mit dieser Forderung weiterkommen für unsere Gesellschaft.

Warum ist die Rolle politischer Bildung seit der Corona-Pandemie gesunken?

Während der Schulschließungen in der Pandemie wurde der Fokus ganz stark auf die sogenannten Kernfächer, also Mathematik, Fremdsprachen, Naturwissenschaften, gelegt. Und da die Kompetenzen in diesen Kernfächern so dramatisch schlecht sind in Deutschland, hat sich daran bisher nichts geändert. Da fällt die politische Bildung hinten runter.

Besteht bei einem neuen Schulfach „Medienbildung“ nicht die Gefahr, dass es als Fach wahrgenommen wird, das mit erhobenem Zeigefinger auf das böse Internet zeigt?

Eigentlich wurden im Bereich Medienbildung und politische Bildung schon viele innovative Konzepte entwickelt, die darauf warten, umgesetzt zu werden. Viele Studien zeigen auch, dass Kinder ein großes Interesse an Politik und auch an der Erkennung von Fake News haben. Das Problem ist, dass es manchmal langweilig vermittelt wird, weil die Lehrkräfte nicht gut genug ausgebildet sind dafür und die Schulen das Thema in der zweiten Reihe abhandeln. Das merken auch die Schüler, die sich dann sagen: Ich konzentriere mich jetzt erstmal auf die „wichtigen“ Fächer. Aber politische Mündigkeit entsteht nicht nur dadurch, dass ich in einem demokratischen Umfeld aufwachse,

sondern auch, indem ich erstmal Basiswissen erlange. Das brauche ich, um mir ein politisches Urteil überhaupt erst bilden zu können. Genau da scheitern wir derzeit und auch wegen dieser Lücke sind Desinformation und Fake News so erfolgreich.

Der Erfolg von Social Media bei Kindern und Jugendlichen rührt auch daher, dass sie sich dort nicht von oben herab „belehrt“ fühlen. Was kann die Institution Schule von dieser Art der Ansprache lernen?

Die Forderung, dass Schulen demo-

» Selbst in Schulen mit guter Medienbildung holt sich ein Großteil der jungen Menschen das nötige Wissen außerhalb.

NINA KOLLECK

kratischer werden sollen, ist ja nicht neu. Schülerparlamente oder andere partizipative Verfahren, die es schon gibt, sollten aber noch gestärkt werden. Denn es ist doch ein Widerspruch in sich, wenn Schüler in einem Bildungssystem aufwachsen, in dem sie nicht wirklich Mitspracherechte sehen und ihnen dann aber erzählt wird, dass sie in einer Demokratie leben und dies die beste Staatsform sei. Aber die Schüler sind ja nicht doof, die erkennen den Widerspruch. Neben der Institution Schule muss dringend die außerschulische

Medienbildung gestärkt werden. Auch hier gibt es schon sehr gute Ansätze, wie die digitale Sozialarbeit, die Kinder und Jugendliche direkt in ihrem digitalen Lebensumfeld abholt, wo sie oft ohne ausreichende Unterstützung mit Fake News, Desinformation und problematischen Inhalten konfrontiert werden.

Kann man sagen, dass bestimmte Gruppen von Kindern und Jugendlichen besonders anfällig sind für Fake News?

Das Elternhaus ist sehr entscheidend. Die Wahrscheinlichkeit, Verschwörungsglauben anzuhängen, ist bei Kindern aus einem bildungsfernen Elternhaus und aus einem mit einem niedrigen sozioökonomischen Status viel höher als bei anderen. Auch die Region spielt eine Rolle: In ländlichen Regionen mit niedrigem sozioökonomischen Status ist der Hang zu Verschwörungserzählungen statistisch signifikant viel größer.

Australien hat nun als erstes Land eine Altersgrenze von 16 Jahren für die Anmeldung bei sozialen Medien beschlossen, andere Länder wollen nachziehen. Wie bewerten Sie einen solchen Verbotsansatz?

Eine reine Altersbeschränkung halte ich nicht für so sinnvoll. Dann starten die Jugendlichen vielleicht erst mit 16 in den sozialen Medien, wissen aber trotzdem nicht, wie sie damit umgehen sollen. Sie müsste deshalb mit einer Aufklärungskampagne kombiniert werden. Kinder und Jugendliche müssen lernen, mit sozialen Medien umzugehen und da hilft ein reines Stoppschild nicht weiter. Wir müssen sie befähigen, sich im digitalen Raum zu bewegen, so wie wir es im Straßenverkehr oder im öffentlichen Raum generell lernen zu tun. Und wir müssen dafür sorgen, dass sie wissen, was Desinformation, Extremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind und warum es wichtig ist, sich dagegen zu wehren.

Schulen und Lehrer klagen schon sehr lange über die Erwartungshaltung, bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen wieder gerade biegen zu sollen und sagen: Wir können nicht alles korrigieren.

Wir können die Schulen mit diesem Thema auf jeden Fall nicht allein lassen. Es braucht jetzt endlich politische Maßnahmen, die Demokratiebildung an den Schulen zu stärken. Denn wenn wir langfristig gesellschaftlichen Frieden und ein demokratisches Miteinander sichern wollen, sind strategische Investitionen in diesem Bereich unerlässlich. Doch der Föderalismus und das Kooperationsverbot erschweren länderübergreifende Maßnahmen. Bildung genießt nach wie vor nicht den Stellenwert, den sie eigentlich verdient – ein Defizit, das sich auch im aktuellen Wahlkampf zeigt. Dabei gibt es Beispiele, die beweisen, dass Zusammenarbeit möglich ist, etwa das Startchancenprogramm oder der Digitalpakt. Was es jetzt braucht, ist ein langfristiger, politisch entschlossener Plan, der die Schulen nicht nur entlastet, sondern gezielt befähigt, die Herausforderungen der digitalen Informationsgesellschaft zu meistern.

Das Interview führte Claudia Heine. ■

Nina Kolleck ist Bildungsforscherin und Politikwissenschaftlerin und seit 2023 Professorin für Erziehungs- und Sozialisationstheorie an der Universität Potsdam. Außerdem ist sie Mitglied in verschiedenen politischen und wissenschaftlichen Beratergremien.



Nina Kolleck sagt: Die Stärkung unserer Demokratie beginnt in der Schule. © Thomas Roeser

GASTKOMMENTARE: ALTERSGRENZE FÜR SOCIAL MEDIA?

Ein guter Ansatz

PRO

In Australien wird die Nutzung sozialer Medien wie TikTok, Instagram oder Snapchat für Kinder unter 16 Jahren verboten – richtig so. Ein guter Ansatz, zumindest im Grundsatz. Doch sollte das Verbot für Kids unter 14 Jahren gelten.

Ab 14 sind die sozialen Medien für die Mädchen und Jungen wichtig. Wie lange und oft die Kinder und Jugendlichen pro Tag am Handy hängen, ist schon extrem. Und das auch schon bei den unter 14-Jährigen. Manchmal kann man nur den Kopf schütteln. Zweieinhalb Stunden sind sie unter der Woche jeden Tag online.

Im Netz unterwegs zu sein ist in Ordnung: Ein Buch lesen, sich spielerisch weiterentwickeln, auch Antworten auf Fragen finden, die Jugendliche in diesem Alter haben. Für die Schule lernen. Schauen, wie der Lieblingsverein am Wochenende gespielt hat. Auch mal den Lieblingsfilm schauen. Oder mit Freunden chatten. Alles okay. Aber in Maßen. Und nicht unter 14 Jahren.

Denn auf welchen Plattformen treiben sich die Kids rum? Zu 90 Prozent zählen für sie nur noch TikTok, Instagram oder Snapchat. Ein Foto hier, ein Bild da – und hochladen. Und das Schlimmste: Die meisten Kinder glauben, dass alle Informationen stimmen, die sie auf diesen Plattformen erhalten.



Sebastian Morgner © Detlev Scheerbarth/MAZn

Das ist gefährlich. Gezielt werden dort Falschinformationen ausgespielt, um Menschen zu manipulieren. Daher gilt es zu schauen, wie virtuelle Räume so gestaltet werden, dass die Gefährdung minimiert wird.

Der Staat ist gefragt: Er hat die Aufgabe, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die Anbieter in die Pflicht nehmen, Inhalte zu sperren und zu kontrollieren. Und auch die Eltern haben eine Verantwortung. Sie müssen mit ihren Kindern über das Nutzungsverhalten reden, Regeln festlegen und auch eingrenzen. Ein Verbot für Kinder unter 14 Jahren hilft den Eltern. Sebastian Morgner

Der Autor ist Themenchef Brandenburg Nord der „Märkischen Allgemeinen“.

In der Pflicht sind die Eltern

CONTRA

Die Nutzung von sozialen Medien birgt Risiken für Kinder und Jugendliche. Dabei geht es nicht nur darum, dass sie auf Instagram, TikTok und WhatsApp Opfer von Betrügereien, Mobbing oder Sexpresung werden können. Soziale Medien können die Hirnentwicklung beeinflussen und süchtig machen, Likes können zu Lebensinhalten werden.

Eine Altersgrenze – zumal eine staatlich verordnete – ist allerdings nicht die Lösung. Zum einen dürfte sie kaum abschreckend wirken. Wer in Deutschland mit 13 Jahren rauchen will, kommt schließlich auch an Zigaretten. Wo ein Wille ist, ist immer ein Weg. Ganz davon abgesehen stellt sich die Frage, wie die Einhaltung des Mindestalters effektiv kontrolliert werden soll. Eine Altersgrenze suggeriert zwar, dass etwas gegen das Problem getan wurde – dabei ändert sich durch ihre Einführung erst einmal nichts.

Entscheidend ist etwas anderes, nämlich dass Kinder von Beginn an lernen, verantwortungsbewusst mit sozialen Medien umzugehen. Das nimmt Lehrer und Pädagogen in die Pflicht – aber vor allem die Eltern.

Auch wenn Kinder noch gar nicht an soziale Medien denken, haben ihre Eltern schon eine Vorbildwirkung. Wer selbst das Handy nie aus der Hand legt, dessen Kinder werden es ver-



Tatjana Heid © Frank Röth/FA.Z.

mutlich ähnlich handhaben. Wer Bilder seiner Kinder öffentlich auf Instagram postet, dessen Kinder werden vermutlich ähnlich sorglos mit privaten Aufnahmen umgehen. Und wer sich nur noch über Videoschnipsel informiert, dessen Kinder werden auch nichts dabei finden – ganz egal, welchen Ursprung die Schnipsel haben mögen.

Die wenigsten Eltern würden ihre Kinder allein zur Schule gehen lassen, ohne den Weg vorher mehrfach geübt und ihnen Verkehrs- und Verhaltensregeln eingebläut zu haben. Genauso müssen sie ihre Kinder im Digitalen an die Hand nehmen. Das ist effektiver als jede Altersgrenze.

Die Autorin ist stellv. Ressortleiterin Nachrichten und Politik Online bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

LESERPOST

Zur Ausgabe 49-51 vom 7.12.2024, „Mehrheit für Reform gesucht“ auf Seite 4:

Schon heute gibt es keine große Hürde, wenn man eine Schwangerschaft abbrechen möchte. Den linken Parteien geht es mit ihrem Änderungsantrag um Abtreibungen um Formelles, denn in der Praxis würde sich kaum etwas ändern. Es ist schwer zu ertragen, zu lesen, dass „kein Platz für Schuldgefühle“ sei. Denn Studien zufolge bereuen Frauen ihren Schritt später sehr. Zielführender wäre eine Diskussion über besseren Zugang zu Verhütungsmöglichkeiten.

Sebastian Richter,
per Mail

Leserbrief zu Inhalt und Format von „Das Parlament“:

„Das Parlament“ ist, zusammen mit der „APUZ“, eine der besten Informationsquellen, die ich kenne. Vorbildlich objektiv, vorbildlich die Trennung von Bericht und Meinung, vorbildlich die Ausgewogenheit in Bezug auf das politische Parteienspektrum. Dazu noch preiswert und in einem handlichen Format. Gleichzeitig stelle ich leider fest, dass ich die Zeitung nicht wirklich „gerne“ lese. Sie zu lesen, empfinde ich eher als Arbeit, denn als Vergnügen. Die Texte sind meist lang und anspruchsvoll.

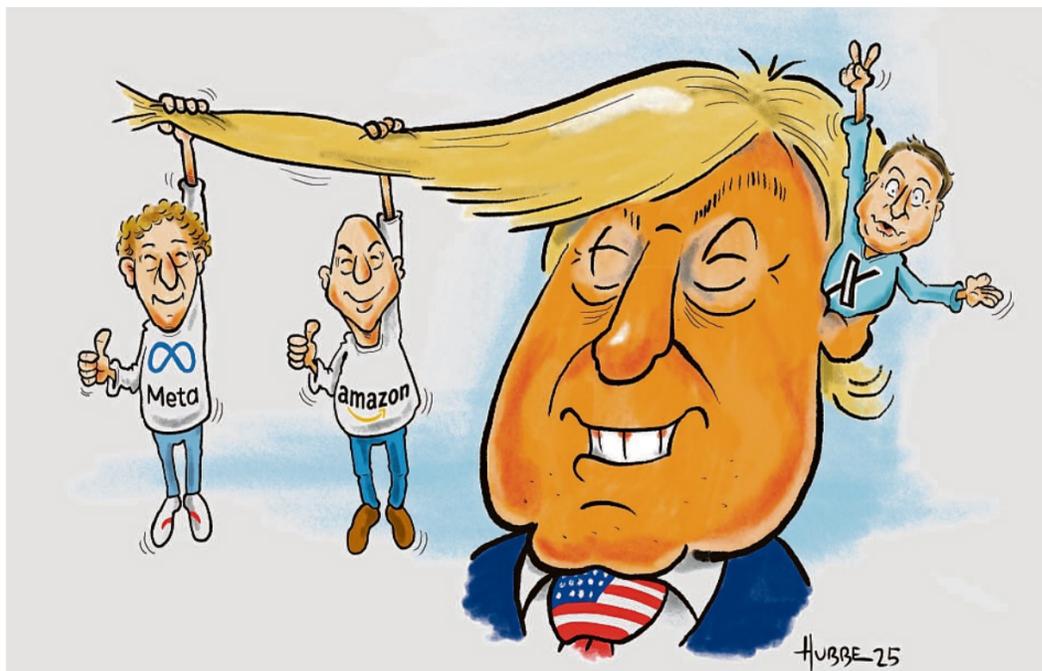
Karl Jonas,
Hennef

Leserbrief zur EU-Ratspräsidentschaft von Polen:

Polen übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit, die von Krisen und Unsicherheit geprägt ist. Besonders beeindruckt mich der Fokus auf Sicherheit, ein Thema, das klug auf Energie, Verteidigung und Desinformation ausgeweitet wurde. Ob jedoch ambitionierte Ziele wie gemeinsame Schulden für Verteidigung oder Fortschritte bei der EU-Erweiterung erreicht werden können, bleibt fraglich – die Einstimmigkeit der EU ist oft ein Hindernis. Also Abwarten, wie Polen seine Rolle nutzen wird.

Sina Buchholz,
Herne

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Lügen haben lange Beine

Als Kinder haben wir zugegeben wenig gelernt, aber immerhin dies: Du sollst nicht widersprechen, Du sollst nicht mit vollem Mund sprechen, Du sollst am besten gar nicht sprechen. Und dann war da noch der ergänzende Hinweis: Du sollst nicht lügen! Sicher abgeleitet von den zehn Geboten (Nr. 8). Egal: Wer lügt, ist jedenfalls raus, steht blamiert in der Ecke herum, vor allem in der Schule. Kein Pardon. Da die drakonischen Strafen stets von Erwachsenen verkündet wurden, dachten wir Kinder, das ältere Leute gottgegeben immer die Wahrheit sagen. Herbert Wehner (SPD) im Bundestag, das war für uns die personalisierte Wahrheitsfindung!

Im Interview mit ARD-Reporter Ernst Dieter Lüg – sorry Lueg – schnauzte Wehner am Abend der Bundestagswahl 1976 sichtlich genervt auf die Frage nach Zwischenergebnissen: „Ich weiß nichts, und Sie wissen nichts!“ So einfach kann das sein, und so wahr. Allerdings ist die Wahrheitsfindung nicht immer simpel, denn die alternativen Fakten von bekannten Erwachsenen wie Donald Trump („Desinfektionsmittel helfen gegen Corona.“), Wladimir Putin („Russland wird von ukrainischen Faschisten bedroht.“) oder Walter Ulbricht („Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“) deuten darauf hin, dass Lügen mitunter praktisch sein können, wenn die Staatskunst mal wieder an Grenzen stößt.

Neuerdings ist die freche Lüge (Fake News) sogar eine Art Markenzeichen der Politik geworden, assistiert vom plötzlichen Vergessen. Es soll Politikern geben, die so lange lügen, bis die Wahrheit in Form einer Anklage auf dem Tisch liegt und hilfreiche Polizisten mit Handschellen vor der Haustür stehen. Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert hat zu dem Thema einmal einen denkbar einfachen Hinweis gegeben: „Die Wahrheit ist der absolute Maßstab. Lügen geht nicht.“

Claus Peter Kosfeld

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (030) 227-30515, Telefax (030) 227-36524

Internet: <http://www.das-parlament.de>
E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) Cvd, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 17. Januar 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Leserservice/Abonnement:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IWV)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂, durch den Versand mit der Deutschen Post

Fake News als existenzielle Herausforderung für Medien

»Skepsis ist die wichtigste Grundtugend«

Der Kampf gegen Fake News hat den Journalismus verändert, sagt dpa-Chefredakteur Sven Gösmann und erklärt, warum das nicht schlecht ist

Herr Gösmann, sind Sie schon einmal einer Falschmeldung aufgesessen?

Das ist der dpa in ihrer 75-jährigen Geschichte natürlich schon passiert.

Worum ging es dabei?

Die berühmteste Ente ist ein bisschen her und brauchte nicht einmal das Internet, es reichte schlecht unterrichtete Kreise: Das war die unzutreffende Nachricht vom Tod des sowjetischen Staats- und Parteichefs Nikita Chruschtschow 1964. Das gab - auch politisch - große Aufregung: Die Stimmung zwischen Bonn und Moskau verschlechterte sich, der dpa-Kollege musste das Land verlassen, das dpa-Büro wurde kurzzeitig geschlossen.

Und in jüngerer Zeit?

Es gab ein paar wenige weitere Fälle. In der Bilanz ist das ganz ok. Es passieren natürlich immer mal Fehler.

Was macht die dpa in so einem Fall?

Bei uns sind Fehler besonders schwerwiegend, weil die dpa, wenn man so will, der Rohstoff ist, mit dem viele Nachrichtenorganisationen arbeiten. Dann muss man das zurückholen, die Kunden darauf aufmerksam machen, das ist für uns besonders schmerzhaft.

Aus Ihrer Erfahrung: Wer steckt hinter Falschnachrichten, wer hat ein Interesse an Manipulationen, und was für ein Interesse ist das?

Das ist sehr unterschiedlich. Ich würde das in vier Interessengruppen unterteilen. Die bekanntesten sind Kräfte im Ausland, die ein Interesse daran haben, die deutsche Bevölkerung zu verunsichern - und wo könnten sie das besser als über ihren größten Nachrichtengeber und -verteiler? Die zweite Gruppe sind Menschen mit einem kommerziellen Interesse. Da geht es häufig darum, Traffic zu erzeugen für digitale Auftritte in sozialen Medien oder auch im Web. Das dritte ist die Lust an der Provokation und dass Vorführen der sogenannten traditionellen Medien. Das trifft nicht nur uns, sondern auch die öffentlich-rechtlichen und andere Qualitätsmedien, die man zu desavouieren versucht, indem man sagt: „Guck mal, was die verbreiten, stimmt ja gar nicht.“

Und das vierte?

Das vierte, nicht zu überschätzende ist ein anderes Phänomen, mit dem wir uns aber auch auseinandersetzen

müssen. Das ist entstanden rund um die Etablierung von Faktenchecks in den Redaktionen deutscher Medienhäuser: Da sind wir besonders im Fokus von Menschen, die sich daran stören, dass wir sagen, „nein, die Welt ist keine Scheibe“. Und die dann versuchen, unsere Glaubwürdigkeit an vielen Stellen zu unterhöhlen, indem sie uns immer wieder testen.

Wie stellt sich das in Ihrem Erleben quantitativ dar: Überwiegt die politische Manipulation oder der Promi-Gossip?

Das Politische überwiegt, und das hat nochmal sehr stark zugenommen seit Corona.

Wie gefährlich ist das? Wird das Phänomen Fake News immer noch unterschätzt?

Ich glaube, dass es im Gegenteil überschätzt wird, und zwar, weil es von einem anderen Phänomen überholt worden ist. Dieses andere Phänomen ist, dass man sich gar nicht mehr die Mühe macht, andere Medien täuschen zu wollen, sondern die ganze Öffentlichkeit, indem man selber Unwahrheiten postuliert - und damit beispielsweise ins Weiße Haus kommt. Man schafft sich über soziale Medien einen riesigen Resonanzraum und stellt uns damit vor ein Dilemma: Entweder wir greifen die Lügen und Desinformationen auf, um diese es zu widerlegen - damit transportieren wir aber auch die ursprüngliche Idee, und können als „Zensurbehörde“ geschmäht werden. Oder wir ignorieren es, dann bleibt es unwidersprochen in der Welt. Im Grund eine lose-lose-Situation. Zumal die Lüge immer schneller ist als die Wahrheit.

Was tun Sie dagegen?

Wir müssen früher ansetzen. Wir müssen dahin kommen, dass jede Redaktion ein Problembewusstsein hat. Erwachsene, Kinder und Jugendliche müssen lernen, auch in der modernen digitalen Welt falsch und richtig zu unterscheiden. Skepsis ist die wichtigste Grundtugend.

Was heißt das konkret?

Wenn Sie wirklich gut sein wollen, so gut wie diejenigen, die fälschen, dann müssen Sie sich spezialisieren. Deshalb haben wir seit 2017 eine eigene Faktencheckredaktion. Die ist inzwischen auf mehr als 30 Köpfe angewachsen, arbeitet in sechs europäischen Ländern, in drei Sprachen: Deutsch, Niederländisch, Französisch. Bei anderen Nachricht-



Sven Gösmann ist Chefredakteur der größten Nachrichtenagentur Deutschlands

© dpa/Anne Hufnagel

tenagenturen sieht das nicht anders aus. Das andere ist: Wir haben begonnen, die gesamte Redaktion technisch weiterzubilden, wir ermuntern alle, alles zu hinterfragen, sich im Zweifel mit Kolleginnen und Kollegen rückzukoppeln: „Kann das stimmen?“ Wir halten das Vier-Augen-Prinzip hoch, auch dann, wenn in Randarbeitszeiten mal eine Kollegin allein in der Redaktion ist. Zudem sind wir Dienstleister...

...das bedeutet?

Wir haben mit „dpa-factify“ (www.dpa-factify.com), deutschen Medien eine Lernplattform geschaffen, und wir informieren große Nachrichtenredaktionen über dpa-Infokanal, eine Art Frühwarnsystem, mit Hinweisen etwa nach dem Muster: „Hier gibt es Berichte über einen Amoklauf, das soll das Video des Täters sein - wir haben verifizieren können: Das ist nicht der Täter.“ Die Sensibilität ist auch bei unseren Kunden

längst eingezogen, im Zweifel verzichtet man auf die schnelle Verbreitung einer Nachricht. Todesmeldungen sind so ein klassisches Beispiel: Wir versuchen immer erstmal den vermeintlich Gestorbenen zu erreichen - oft genug geht er ans Telefon...

Mark Zuckerberg, der Inhaber von Meta, hat gerade angekündigt, in den USA auf seinen Plattformen auf Faktenchecks zu verzichten - was heißt das für dpa?

Wir haben in Europa einen laufenden Vertrag mit Meta und bieten weiter Faktenchecks an. Das europäische Recht setzt Meta hier auch andere Grenzen, als Zuckerberg sie in den USA hat. Die Botschaft ist aber natürlich keine Gute: Sie öffnet die Tür für noch mehr Desinformation.

Das hört sich alles in allem sehr zeitintensiv an. Journalisten neigen zu Ungeduld. Jeder will die News als erster verbreiten.

Wir haben in Europa einen laufenden Vertrag mit Meta und bieten weiter Faktenchecks an. Das europäische Recht setzt Meta hier auch andere Grenzen, als Zuckerberg sie in den USA hat. Die Botschaft ist aber natürlich keine Gute: Sie öffnet die Tür für noch mehr Desinformation. Wir haben in Europa einen laufenden Vertrag mit Meta und bieten weiter Faktenchecks an. Das europäische Recht setzt Meta hier auch andere Grenzen, als Zuckerberg sie in den USA hat. Die Botschaft ist aber natürlich keine Gute: Sie öffnet die Tür für noch mehr Desinformation.

Das stimmt. Und man verliert so vermutlich auch an Reichweite. Man erspart sich aber den Reputationsverlust, den eine spätere Korrektur bedeuten würde - und man gewinnt an Glaubwürdigkeit.

Welche Tools und Strategien nutzen Sie, um Desinformation zu entlarven?

Wir unterscheiden zwischen Dingen: Ein Teil der Werkzeuge bildet für uns eine Art Radar. Die durchsuchen das Internet mit zum Beispiel der Echtzeit-KI-Plattform von Dataminr und zeigen uns an, wenn es an einer Stelle ein auffälliges Aufkommen von Nachrichten über einen Vorgang in sozialen Medien gibt, sei es eine Naturkatastrophe oder ein politischer Putsch. Dann können wir dem journalistisch nachgehen und Dank unseres weltweiten Netzes jemanden, der relativ nah am Ort des vermeintlichen oder tatsächlichen Ereignisses ist, bitten, sich das anzuschauen. Das andere Arbeitsfeld ist das, was wir „Forensik“ nennen.

Was verbirgt sich dahinter?

Das sind die Kollegen und Kolleginnen, die Technik anwenden, um zum Beispiel Videos zu prüfen. Die checken dann, ob der Sonnenstand stimmen kann, in dieser Region, um diese Uhrzeit, zu der das berichtete Ereignis stattgefunden haben soll. Manchmal kann man ganz simpel auf Google Street-View oder Earth prüfen: Gibt es diese Tür in diesem Haus überhaupt? Man kann zum Telefon greifen und nach Augenzeugen suchen. Und man kann natürlich herausfinden, ob ein Foto bearbeitet wurde.

Das klingt, als hätten, die neuen Herausforderungen der Gegenwart den Journalismus nicht unerheblich verändert.

Ja. Früher haben wir Nachrichten transportiert vom Ort des Geschehens zum Endkonsumenten. Durch das Internet ist dieser einstige Wettbewerbsvorteil verschwunden. Die Informationshoheit ist weg. Jeder kann sich ein eigenes Bild machen. Jetzt geht es darum zu verifizieren, einzuordnen, zu erklären. Das ist eine intensivere Form von Journalismus als er manchmal früher gemacht wurde. Wir sind nicht mehr nur Chronisten. Ich finde das eine gute Entwicklung.

Das Interview führte Michael Schmidt

Sven Gösmann ist seit 2014 Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Deutscher Presserat

Die Selbstverpflichtung der Medien auf einen Ethik-Kodex

Der Deutsche Presserat wacht über die Einhaltung des Pressekodex. Bei Verstößen rügt er die betroffenen Medienunternehmen

Anfang Dezember letzten Jahres hat der Deutsche Presserat 15 Rügen ausgesprochen. Sechsmal wurde die „Bild“-Zeitung gerügt, unter anderem wegen der Missachtung von Regeln zur Suizid-Berichterstattung, einen schweren Verstoß gegen das Wahrhaftigkeitsgebot, einen massiven Sorgfaltsverstoß und Verstöße gegen den Opferschutz. Eine Rüge betraf die Berichterstattung zum mutmaßlich islamistischen Messer-Attentat von Solingen: Nach Ansicht des Presserats hat die „Bild“ identifizierend über die Anwältin des Attentäters berichtet. Ein Foto von ihr war zwar verpixelt, die Frau sei aber „durch ihre Physiognomie und Frisur sowie weitere, im Text

des Beitrags genannte Details zu ihrer Person für ein näheres Umfeld erkennbar“ gewesen. Da die Tätigkeit der Anwältin für den späteren Attentäter lange vor der Tat stattgefunden hatte und sie sich damit auch nicht strafbar gemacht hatte, überwog nach Auffassung des Presserats der Schutz ihrer Persönlichkeit das öffentliche Interesse an ihrer Identität.

Journalisten sind bei ihrer Arbeit zum einen an das Presserecht gebunden. Zum anderen gibt es eine Art Berufsethik, an die sich Redaktionen halten sollten. Diese sind im Pressekodex festgehalten, der 1973 vom Presserat vorgelegt wurde. Seine 16 Ziffern beinhalten unter anderem mit Wahr-

haftigkeit und Achtung der Menschenwürde, Diskriminierung, den Grenzen der Recherche und der Trennung von Werbung und Redaktion. Seinem Selbstverständnis nach fungiert Presserat als freiwillige Selbstkontrolle der Printmedien und deren Online-Auftritte in Deutschland. Da es sich beim Presserat um keine rechtliche Institution handelt - wird gegen den Kodex verstoßen, kann weder ein Bußgeld noch eine Geld- oder Freiheitsstrafe verhängt werden - gilt der Presserat manchen Kritikern als „zahnloser Tiger“. Allerdings hat der Presserat beispielsweise die Möglichkeit, eine öffentliche Rüge auszusprechen, die vom betreffenden Verlag ab-

gedruckt werden muss. Übrigens kann ein Verstoß gegen die Richtlinien nicht nur durch den Presserat selbst aufgedeckt werden, vielmehr kann jeder Bürger eine Beschwerde einreichen. Wird dieser stattgegeben, kann die Redaktion durch den Rat je nach Schwere des Verstoßes sanktioniert werden.

Wie Sonja Volkmann-Schluck von der Pressestelle des Rats dem „Parlament“ mitteilte, hat der Presserat 2024 insgesamt 86 Rügen ausgesprochen. So viele wie nie zuvor. Von „Fake News“ oder „Desinformation“ würde der Rat im Zusammenhang mit seiner Arbeit nicht sprechen, sagt Volkmann-Schluck. „Wir prüfen Be-

richte in Zeitungen, Zeitschriften und Online-Medien auf presse-ethische Verstöße. Die Medien, die sich zum Pressekodex verpflichtet haben, verbreiten keine Desinformation“ sagt die Pressesprecherin. Bei der Arbeit des Rates gehe es vielmehr um die Frage, „ob Berichte sauber recherchiert und Fakten korrekt wiedergegeben“ werden. Gleichwohl scheinen die Grenzen fließend zu sein, wenn etwa die Zeitschrift „LISA“ für ein Extrahft „Kochen & Backen“ eine Rüge erhält, weil die mit KI generierten Rezeptbilder hätten gekennzeichnet werden müssen. Dass sie fehlte, habe „zu einer Irreführung der Leserinnen und Leser“ geführt. mis



Corona hat gezeigt, wie wenig die Bevölkerung über die Verbreitung von Infektionskrankheiten weiß. © picture alliance/ZUMAPRESS.com/Sachelle Babbar

Wissenschaftsjournalismus

Wenn es an Wissen fehlt

Fake News gedeihen auch, weil viele gesellschaftsrelevante und alltagsbestimmende Themen durch die Allgemeinbildung kaum noch abgedeckt werden - ein Essay

Beginnen wir mit einer guten Nachricht: Die Möglichkeiten für die Einschätzung wissenschaftlicher Ergebnisse haben sich für Journalistinnen und Journalisten in den vergangenen Jahren verbessert. Verschiedene Initiativen, die entweder aus der Wissenschaft oder dem Journalismus heraus gegründet wurden, bieten regelmäßige fachkundige Bewertungen. Cochrane etwa ist ein internationales Forschungsnetzwerk, das seit 1999 in Deutschland systematische Übersichten zum aktuellen Wissensstand über Themen aus Medizin und Gesundheit erstellt und Studien einordnet. Das mit Stiftungsgeldern finanzierte Science Media Center (SMC) liefert Experten-Statements und Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen in der Wissenschaft, die Medienschaffende kostenfrei nutzen können. Das hilft den Redaktionen, Nachrichten aus der Wissenschaft schnell und besser einzuordnen, selbst wenn die diensthabenden Kolleginnen und Kollegen nicht vom Fach sind.

Seit ein paar Jahren bietet die Online-Plattform PubPeer.org der forschenden Community die Chance, veröffentlichte Paper zu kommentieren und sogar anonym auf mögliche Fehler hinzuweisen. Jeden Monat verzeichnet das internationale Portal etwa 6.500 Kommentare als Mittel der Selbstkontrolle in der Wissenschaft. Der Kampf gegen Fake News und Desinformation läuft also. Doch so hilfreich diese Initiativen auch sein mögen, sie decken nur einen kleinen Teil der Forschung ab. Und sie können gegen strukturelle Probleme der Wissenschaft beispielsweise bei medizinischen Studien nur wenig ausrichten. Viele Studien verlieren durch viel zu geringe Fallzahlen an Aussagekraft und können die aufgestellte Hypothese nicht beweisen. Sie liefern bestenfalls noch Hinweise darauf, dass eine Therapie erfolgreich oder ein kausaler Zusammenhang möglich sein könnte. Mehr nicht. Auch für die Nachverfolgung von Patienten und Kontrollgruppen einige Monate nach Ende der Studie fehlt oft das Geld. So-

mit lässt sich nicht sagen, ob der beobachtete Effekt längere Zeit anhält oder nur eine Momentaufnahme bleibt. Diese strukturelle Schwäche ist auf andere Disziplinen übertragbar. Sie kann an einer schlechten Planung liegen, häufiger sind aber mangelnde Finanzierung und fehlende personelle Ressourcen die Ursache. Und wenn die Resultate einer Forschergruppe nicht für die Veröffentlichung in einem seriösen Fachmagazin reichen, dann kann das Team neue Anbieter nutzen, die auf den Peer-Review-Prozess, also auf eine Prüfung durch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, verzichten und Ergebnisse auch ohne Kontrollen akzeptieren.

Schlechte Forschung findet viel einfacher ein Forum als früher

Wissenschaftsjournalisten müssen diese und viele andere Fallstricke heutzutage kennen. Doch die Auflistung darf nicht falsch bewertet werden. Sie ist kein Anzeichen dafür, dass seriöse Wissenschaft schlechter arbeitet als früher. Doch schlechte Forschungsgruppen und auch interessengeleitete Verlautbarungen ohne Forschungshintergrund profitieren. Sie finden viel einfacher ein Forum, das den angesehenen Mantel der Wissenschaft vorgaukelt. In einer Zeit, in der die Bevölkerung aus einer Vielzahl von echten und falschen Informationskanälen ihr Wissen sammeln kann, müssen Wissenschaftsjournalistinnen und -Journalisten die Grundlage dafür legen, damit die Menschen Forschung verstehen und die Entstehung der Ergebnisse bewerten können. Sie müssen warnend den Finger heben, wenn sie den Verdacht haben, dass ein schmales Ergebnis in seiner Bedeutung für die Gesellschaft zu sehr gefeiert wird oder womöglich falsch ist. Beide Extreme gehören heute zum Alltag. Die Forderung nach Technologieoffenheit erleichtert es Politik, Wirtschaft und Agitatoren aller Art, auf unbeliebte Entscheidungen zu verzichten und stattdessen ein manchmal vages Forschungsergebnis zum

nationalen Problemlöser aufzublasen. So entstehen keine Fake News, aber der Nährboden für etwas Ähnliches, nämlich ungerechtfertigte Hoffnungen, die von wissenschaftlich fundierten Lösungen ablenken sollen. Wissenschaftsjournalistinnen und -journalisten müssen mit vielen Expertinnen und Experten reden und genau hinschauen, ob politische Forderungen eine vertretbare Basis haben. Diese Herausforderung ist besonders groß, denn Fake News und Desinformation gedeihen auch deshalb, weil viele gesellschaftsrelevante und alltagsbestimmende Themen durch die Allgemeinbildung kaum noch abgedeckt werden. Corona hat gezeigt, wie wenig die Bevölkerung über die Verbreitung von Infektionskrankheiten weiß. Bild-Chefredakteurin Marion Horn soll beklagt haben, dass es niemanden in ihrer Redaktion gebe, der wisse, wie eine Wärmepumpe funktioniert.

Dabei sind Wärmepumpen noch vergleichsweise einfache Themen. DNA-Manipulationen durch die Genschere Crispr/Cas, die Vielfalt der künstlichen Intelligenz, die Bedrohung von Ökosystemen durch fehlenden Schutz, die Folgen des Klimawandels, die Sequenzierung des menschlichen Genoms sowie Wasserstoffwirtschaft, Hochleistungsbatterien und Brennstoffzellen sind für einen Großteil der Bevölkerung nicht nur außerhalb der eigenen Wissensbasis, sondern häufig auch außerhalb des Vorstellungsvermögens.

So wird es einfach, Thesen in den Raum zu stellen, die schön klingen, aber falsch sind und trotz fehlenden Expertenwissens viele Klicks, politische Zustimmung und neue Geschäftsmodelle generieren oder alte sichern. Das Rezept gegen diesen fahrenden Zug der Falschinformationen sind Menschen, die erklären können, auf welcher Faktenbasis Entscheidungen getroffen oder bewertet werden sollten. Wissenschaft, Politik und Medien sind dabei gleichermaßen gefordert.

Rainer Kurlmann

Der Autor ist Wissenschaftsjournalist und gehört zur Genossenschaft der Riffreporter.

Correctiv-Faktenforum

»Learning by doing«

Beim Faktenchecken kann jetzt jeder mitmachen

Die 180-Grad-Wende von Meta-Chef Mark Zuckerberg hat es in sich. Die Überprüfung von Fakten durch externe Dritte auf den Plattformen Facebook, Instagram und Threads des Meta-Konzerns soll es künftig – zumindest in den USA – nicht mehr geben. „Wir werden die Faktenprüfer abschaffen und durch Nutzer-Kommentare ersetzen, ähnlich wie bei X,“ sagte der Konzernchef in der vergangenen Woche.

Bei den Investigativjournalisten von Correctiv, die in Deutschland die Faktenchecks für Meta machen, ist man bestürzt über die Entscheidung. Es müsse befürchtet werden, „dass Meta auch in Europa die Zusammenarbeit mit Faktencheckern beenden will“, heißt es in einer Stellungnahme. Und dennoch: Total überraschend war die Ankündigung für Correctiv offenbar nicht, wie Caroline Lindenkamp sagt, die als Journalistin bei Correctiv verantwortlich für das 2024 gestartete Faktenforum ist. Schließlich sei die Faktencheck-Welt über das European Fact-Checking Standards Network (EFCSN) und das International Fact-Checking Network (IFCN) „gut vernetzt“ und habe seit Trumps Wahlsieg diskutiert, „welche Auswirkungen das für unsere Arbeit bringen könnte“.

Kritik an Faktencheckern lautet, sie seien voreingenommen

Überrascht habe sie, wie radikal und schnell die Kehrtwende kam. „Man hätte ja auch sagen können: Danke für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre, aber wir gehen jetzt neue Wege“, findet Lindenkamp. Stattdessen habe man versucht, Faktenchecker als politisch voreingenommen zu diskreditieren. Ein Vorwurf, dem die Journalistin energisch entgegentritt. „Das Gegenteil ist der Fall“, sagt sie. „Wenn ich ein Thema auf den Tisch bekomme, habe ich spontan vielleicht ein erstes Bauchgefühl, was auch subjektiv gefärbt sein kann“, so Lindenkamp. Dann kämen aber die journalistischen Regeln hinzu, die eingehalten werden müssen, um den Sachverhalt einzuordnen. „Die Faktenchecker sind an die hohen redaktionellen Standards des EFCSN und des IFCN gebunden, die Transparenz, Überparteilichkeit und Unvoreingenommenheit garantieren“, sagt sie. Deren Einhaltung werde regelmäßig überprüft.

Wie die Zusammenarbeit mit Meta künftig aussehen wird, ist derzeit noch unklar. Aktuell läuft der Kooperationsvertrag noch bis zum Jahresende. „Unabhängig von möglichen Entscheidungen von Meta in Europa werden wir weiter Fakten checken“, stellt Lindenkamp klar.

Dabei kann über das im April 2024 gestartete Faktenforum im Grunde jeder mitmachen. Ein Impuls für das Projekt sei letztlich von den Nutzern selbst gekommen, sagt Caroline Lindenkamp. Schon seit mehreren Jahren könnten sie über den WhatsApp-Chatbot Hinweise bei der Faktencheck-Redaktion einreichen und an Workshops – zum Beispiel von der Reporterfabrik – teilnehmen.

Erlangtes Wissen kann nun im Faktenforum angewendet werden. Dazu braucht es einen persönlichen Account – und dann können gemeinsam mit anderen Usern Fakten gecheckt werden. Wird man also zum Faktenchecker ausgebildet? Nein, sagt Lindenkamp. „Wir geben den Leuten Mittel an die Hand, damit sie sich beteiligen können, stellen aber keine Weiterbildungszertifikate aus und sind auch keine Ausbildungsplattform für Journalistinnen und Journalisten.“

Es läuft also eher auf ein „learning by doing“ hinaus. „Die Leute können zwischen unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zum Faktenforum selbst auswählen: über Workshops und Veranstaltungen oder direkt über die Plattform“, sagt sie.

Was an Inhalten herauskommt, wird redaktionell gecheckt

Ein bisschen klingt das nach X und Meta, wo man ja auf die Community Notes setzt – also auf eine Faktenprüfung durch die Nutzer. Den Unterschied machten die Standards, sagt die Faktenforum-Leiterin. „Wir haben im Faktenforum einen geschlossenen Nutzerbereich. Alle Faktensammlungen und Inhalte, die wir aus der Community heraus veröffentlichen, werden vorab redaktionell gecheckt.“

Schlussendlich übernehme Correctiv die volle redaktionelle Verantwortung für die Inhalte, die aus dem Faktenforum kommen und achte auf die Einhaltung der Standards. „Das“, so sagt Caroline Lindenkamp, „ist der wesentliche Unterschied zu den Community-Notes.“

Götz Hausding



Meta-Chef Zuckerberg will Faktenchecker abschaffen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Andre M. Chang



Unklare Sicht: Ein Leopard-2-Kampfpanzer der Bundeswehr während der Nato-Übung Quadriga 2024. © picture alliance/dpa/Kay Nietfeld

Die Bundeswehr und die Zeitenwende

In den Nebeln des Krieges

Über zwei Jahre hat der Journalist Christian Schweppe die sogenannte Zeitenwende und ihre Protagonisten begleitet. Beobachtete hat er vor allem viel Mutlosigkeit.

Für den CSU-Verteidigungspolitiker Florian Hahn ist die Sache klar: Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerichtete „Zeitenwende“ ist ebenso „gescheitert“ wie die Ampel-Koalition. So verkündete es der Parlamentarier Anfang Dezember vergangenen Jahres im Plenarsaal des Bundestags während der Debatte über die dauerhafte Stationierung einer Bundeswehr-Brigade in Litauen. Zur Untermauerung seines Urteils berief sich Hahn unter anderem auf das Buch „Zeiten ohne Wende. Anatomie eines Scheiterns“ des Journalisten Christian Schweppe.

Nur all zu gerne führen Abgeordnete Journalisten und Publizisten als Kronzeugen für die eigene Sicht der Dinge an. Und Schwepptes Buch trägt das von Hahn attestierte Scheitern ja bereits im Titel. Dies lastet Schweppe jedoch nicht nur der aktuellen politischen Führung an, sondern einem seit Jahrzehnten verfehlten Umgang mit der Bundeswehr insgesamt, für den auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und gleich mehrere Verteidigungsminister aus den Reihen der Unionsparteien verantwortlich sind. Aber so tief wollte Florian Hahn öffentlich dann wohl doch nicht in die Lektüre des von ihm angesprochenen Buches einsteigen.

Ein Kriegskanzler, der ein Friedenskanzler sein will

Empfehlen kann man Schwepptes Buch durchaus, wenn auch mit gewissen Abstrichen. Über zwei Jahre hat der Journalist beobachtet, wie sich die von Bundeskanzler Scholz ausgerichtete Zeitenwende konkret in der Politik und in der Bundeswehr ausgewirkt hat. Angefangen bei den sieben Schritten, die der Kanzler am 27. Februar 2022 von seinem Platz auf der Regierungsbank bis zum Rednerpult „mit Bedacht“ zurücklegte, um den zu einer sonntäglichen Sondersitzung zusammengerufenen Bundestagsabgeordneten und dem deutschen Volk zu verkünden, welche

Konsequenzen er aus dem drei Tage zuvor begonnenen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ziehen will. An diesem Tag sei aus Olaf Scholz vor aller Welt faktisch ein „Kriegskanzler“ geworden, schreibt Schweppe. Allerdings sollte diese Wandlung vor allem eine rhetorische bleiben. Der Begriff „Zeitenwende“ bringt es zum Wort des Jahres 2022, wird für Scholz „fast so etwas“ wie das „Wir schaffen das“ Merkels oder das „Yes, we can“ des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama. Aber Olaf Scholz „will kein Kriegskanzler sein, lieber Friedenskanzler“, resümiert Schweppe zu Recht. Bereits im Europawahlkampf 2024 ließ sich Scholz als „Friedenskanzler“ plakatieren, aktuell wiederholt sich diese Inszenierung angesichts der vorgezogenen Neuwahlen. Doch bis zum Bruch der Ampelkoalition reicht Schwepptes Langzeitreportage leider nicht.

Der Journalist hat viele der prominenten Gesichter der Zeitenwende beobachtet und immer wieder zu Gesprächen getroffen. Zum Beispiel den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, der zu Beginn des Ukraine-Krieges öffentlich kundtat, dass die Landstreitkräfte der Bundeswehr „blank“ seien. Oder Mais' Luftwaffenkollege, Generalleutnant Ingo Gerhartz, der während eines Telefonats mit anderen Offizieren über den Taurus-Marschflugkörper von den Russen abgehört wurde. Und natürlich die damalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), die den Kanzler in all den Diskussionen über die Lieferung schwerer Waffensysteme an die Ukraine öffentlich gehörig unter Druck setzte.

Doch vieles von dem, was Schweppe zu berichten weiß, geht kaum über das hinaus, was Leser in dieser Zeit aus den tagesaktuellen Nachrichten erfahren konnten. Über das ungeschickte Agieren von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) etwa, die zu keinem Zeitpunkt ein echtes Gespür für die Truppe entwickelte, der Öffentlichkeit weiß zu

machen glaubte, 5.000 Gefechtshelme seien ein wirklich substanzieller Beitrag Deutschlands für die Verteidigung der Ukraine, und am Ende nach nur 13 Monaten ihren Rücktritt einreichen musste. Natürlich gehören auch diese bekannten Fakten zu einer Langzeitreportage über die Zeitenwende und Schweppe versteht es auch, diese spannend zu erzählen. Das von ihm mehrfach verwendete Stilmittel, die Leser mit Cliffhänger-Formulierungen wie „Behalten Sie das im Hinterkopf“ bei der Stange zu halten, ist hingegen nervig und auch völlig überflüssig.

Goldrausch in der Industrie und Haushaltsberatungen

Am stärksten ist Schwepptes Buch da, wo es seinen Lesern tiefere Einblicke in das Innenleben der Politik und der Streitkräfte bietet, die man nicht der tagesaktuellen Presse entnehmen kann. Etwa in den Kapiteln über jenen „Goldrausch“, der in der deutschen und internationalen Rüstungsindustrie ausbricht, als sich Deutschland anschickt, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für neue Waffen auszugeben und sich die Rüstungslobbyisten in Berlin die Klinken im Bundestag und den Ministerien in die Hand drücken. Oder wenn Schweppe sich von einem Mitarbeiter der Unionsfraktion in die Abgründe und Tricks der Haushaltsberatungen im Bundestag einweisen lässt. Davon hätte man gerne mehr gelesen, um die Nebel des Krieges ein wenig zu lichten.

Alexander Weinlein



Christian Schweppe:
Zeiten ohne Wende. Anatomie des Scheiterns. Ein Report.
C.H. Beck, München 2024; 352 S., 26,00 €

KURZ REZENSIIERT

Auf der Wendeltreppe nach oben

Internationale Bekanntheit erlangte Paul Collier im Jahr 2007 mit seiner bahnbrechenden Studie „The Bottom Billion“. In ihr untersuchte der in Oxford forschende Wissenschaftler die Ursachen für den wirtschaftlichen Rückstand von etwa 60 Staaten in Afrika und Zentralasien. Annähernd zwei Jahrzehnte später muss Collier konstatieren, dass die Kluft zwischen den reichsten Nationen und der ärmsten Milliarde der Menschheit weiter zugenommen hat. Auch wenn die mittleren Einkommen in den bevölkerungsreichen Staaten China und Indien relativ angestiegen seien, fielen die ärmsten Länder weiter zurück. Nur wenige dieser Staaten schafften es aufzuholen: Ihnen sei es nicht gelungen, vom Boom der Rohstoffpreise zwischen 2003 und 2014 zu profitieren. Zu oft hätten globale Krisen, „schlechte Regierungsführung“ sowie regionale Kriege ihren Aufstieg massiv behindert. Der Ökonom vergleicht die abgehängten Regionen in seinem Heimatland Großbritannien mit den armen Staaten in Afrika, die von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt sind. Der Unterschied zwischen dem Finanzzentrum London und dem großen Rest der englischen Provinz sei gravierend. Beispielhaft verweist er auf Nordengland und Wales. „Wenn die Deutschen denken, es läuft schlecht bei ihnen, sollten sie mal nach Britannien schauen“, bemerkte Collier in einem FAZ-Interview.

Verantwortlich für diese „muster-gültige Katastrophe“ macht Collier den Zentralismus und die liberalen Theorien des britischen Fi-



Paul Collier:
Aufstieg der Abgehängten. Wie vernachlässigte Regionen wieder erfolgreich werden können.
Siedler, München 2024; 399 S., 28,00 €

nanzministeriums. Demgegenüber hätten in Deutschland die staatliche KfW und regionale Förderprogramme die Stahlindustrie im Ruhrgebiet unterstützt. So etwas habe es in Großbritannien nicht gegeben. Entsprechend hart fällt Colliers Urteil über die britische Wirtschaftspolitik aus, die allein auf die Kraft und die Macht des Marktes vertraue. Wer im Strukturwandel an die „Selbstheilungskräfte“ der regionalen Wirtschaft glaube und nicht selbst investiere, habe schon verloren, lautet sein Urteil.

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine „lehnte ich mich weit aus dem Fenster“, bemerkt Collier. Bei einem Vortrag am Londoner King's College wagte er entgegen der Meinung aller Experten die Vorhersage, dass Präsident Selenskyj sein Land zu einem Sieg führen wird. Selenskyj verfüge über die Fähigkeit, vermeintliche Nachteile in einen Vorteil umzumünzen. Collier entwirft das Modell einer Wendeltreppe, die – von unten nach oben begangen – zu neuen Perspektiven führt. Dieses Wendeltreppen-Modell lasse sich auch auf abgehängte Regionen anwenden.

Aschot Manutscharjan

KURZ REZENSIIERT

Warnung vor einer autoritären Restitution

Die Autoritarismusforschung, theoretisch fundiert durch die Frankfurter Schule um Theodor Adorno und Max Horkheimer, hat inzwischen auch im wiedervereinigten Deutschland eine lange Tradition. In den 1990er Jahren initiierte der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer die Erhebungsreihe „Deutsche Zustände“, die wertvolle Erkenntnisse zur Stimmungslage in der Bundesrepublik lieferte. Seit 2002 untersucht das Else-Frenkel-Brunswik-Institut der Universität Leipzig den Grad der Unterstützung für die Demokratie und das Ausmaß der Verbreitung von Ressentiments. Die alle zwei Jahre wiederholte empirische Langzeitbeobachtung dient seither als wichtiges Stimmungsbarmeter.

Zwar habe die Verbreitung rechts-extremer Einstellungen nicht in dem Maße zugenommen, wie die aktuellen Wahlerfolge der AfD vermuten lassen, schreibt das Forschungsteam. Dennoch habe sich eine Partei etabliert, die den „in der Gesellschaft vorhandenen destruktiv-aggressiven Wünschen ein Politikangebot macht“. Die Bindungskraft der AfD habe zugenommen und sie könne sich vor allem im Osten Deutschlands auf diejenigen stützen, die „nur auf die Legitimation warten, die Wut gegen Migranten, Juden, Homosexuelle oder ‚Schwache‘ und ‚Abweichende‘ zu richten“.

Für Ressentiments sind Menschen in Krisenzeiten offenbar besonders anfällig. Zu den massiven Veränderungen angesichts von Krieg, Klimawandel und Inflation kommen eine marode Infrastruktur im Bildungssystem und öffentlichen



Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller (Hg.):
Vereint im Ressentiment. Autoritäre Restitution und die Wiederkehr des Unheimlichen.
Psychosozial-Verlag, Gießen 2024, 274 S., 26,90 €

Nahverkehr sowie Stellenstreichungen und eine bröckelnde soziale Sicherung. Die Antwort darauf liege in der „autoritären Restitution“, die Sündenböcke präsentiert. Die Verfasser der Studie kritisieren aber auch den Versuch etablierter Parteien, das „Thema der Rechten zu einem Thema der Mitte zu machen“ oder selbst die „autoritäre Flucht“ anzutreten. Die Bereitschaft, „auf Reizthemen ständig mit hoher Erregung zu reagieren“ sei ein Kennzeichen der ersten zwei Dekaden des 21. Jahrhunderts. Von „Triggerpunkten“ spricht treffend auch der Soziologe Steffen Mau.

Es dürfe „nicht aus dem Blick geraten, dass Ostdeutschland als nach wie vor überwiegend strukturschwache Region weniger krisensicher ist“, warnen die Leipziger Wissenschaftler. Die Zukunftsängste steigerten sich angesichts der „wahrgenommenen Polykrisen“. Viele Menschen fühlten sich überfordert und suchten statt dessen „einfache, überschaubare Lösungen, die beherrschbar erscheinen“. Das Fazit der Forscher wirkt eher düster: In „nervösen Zeiten“ sei die Demokratie „nicht mehr unumstritten“.

Thomas Gesterkamp

Innenausschuss-Sitzung zum Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt

Vielfach aktenkundig, aber kein Gesamtbild

Vertreter von Koalition und Opposition dringen auf einen besseren Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden

Sechs Todesopfer – ein neun-jähriger Junge sowie fünf Frauen im Alter zwischen 45 und 75 Jahren – und fast 300 Verletzte: Das ist die furchtbare Bilanz des Anschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt vom 20. Dezember vergangenen Jahres. Knapp vier Wochen danach beriet der Innenausschuss des Bundestages am vergangenen Donnerstag bereits zum zweiten Mal in einer Sondersitzung über die aktuellen Erkenntnisse zu dem Fall.

Chronologie listet 105 Behördenvorgänge rund um Taleb A. auf

Der 50 Jahre alte Attentäter Taleb A. war bei dem Anschlag mit einem Auto über den Weihnachtsmarkt und gezielt in die Menschenmenge gerast. Der aus Saudi-Arabien stammende Täter sitzt in Untersuchungshaft. Der

Mann lebt seit 2006 in Deutschland, vor Jahren war ihm Asyl gewährt worden. Den Sicherheitsbehörden war Taleb A., der zuletzt als Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie in einer Klinik in Bernburg nahe Magdeburg arbeitete, vor dem Anschlag bereits vielfach aufgefallen, in mehreren Ländern und beim Bund. 105 Behörden-Vorgänge rund um den Mann listet eine vom Bundeskriminalamt (BKA) für den Ausschuss erstellte Chronologie auf: „Eine lange Serie über viele Jahre von Gefährdungen, Bedrohungen, öffentlichen Erklärungen, Twitter-Einträgen, strafrechtlichen Verurteilungen“, wie Sebastian Hartmann (SPD) vor Beginn der Ausschusssitzung bilanzierte.

Wäre diese Übersicht den Behörden in dieser Form auch nur in Ausschnitten zugänglich gewesen, hätte die Tat möglicherweise verhindert werden können, konstatierte der

stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende Lars Castellucci (SPD). Nicht nur er stellte sich an diesem Tag die Frage, „wie wir zu einem besseren Informationsaustausch kommen“.

Union warnt vor »falsch verstandenem Datenschutz«

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) plädierte für ein „besseres Datenmanagement“ der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern. Dabei müsse auch darüber gesprochen werden, ab welcher Schwelle Informationen im Behördenverbund ausgetauscht werden, sagte die Ressortchefin im Ausschuss. Nach der Sitzung sprach sie von einem „psychisch auffälligen Täter, der von wirren Verschwörungstheorien geprägt“ gewesen sei, eine „massive Islamfeindlichkeit“ und eine Nähe zu Ideologien von Rechtsextremisten

zeige und dessen Hass sich sowohl gegen den deutschen Staat als auch gegen einzelne Personen richte. Dies ergebe sich aus einer Vielzahl von Erkenntnissen, die zusammengeführt worden seien und so ein anderes Bild zeigten als nur einzelne Sachverhalte. Für Konstantin Kuhle (FDP) zeigt das, dass in diesem Fall nicht zusätzliche Befugnisse der Behörden weitergeholfen hätten, sondern deren Vernetzung und die Weitergabe vorhandener Daten. Lamya Kaddor (Grüne) nannte es vor der Sitzung „völlig verfrüht“, mehr Befugnisse der Behörden zu fordern, da diese den Namen des Täters offensichtlich alle auf dem Schirm hatten. Alexander Throm (CDU) warnte vor einem „falsch verstandenem Datenschutz“, der nicht zu einer Gefährdung der Bevölkerung führen dürfe. Er halte es für die „entscheidende Frage, dass wir die Daten, die in den

Sicherheitsbehörden vorliegen, besser austauschen, besser analysieren“, sagte er. Dass die 105 Vorgänge nirgendwo zu einem Gesamtbild zusammengeführt worden seien, sei eine Frage des Informationsaustausches zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen verschiedenen Behörden innerhalb des Bundes.

AfD spricht von einem »Terroranschlag mit Ansage«

Gottfried Curio (AfD) sprach angesichts der mehr als 100 Einträge zu dem Täter von einem „Terroranschlag mit Ansage“ und warf den Sicherheitsbehörden Versagen vor. Der Täter habe sich „zu dem Terroranschlag ermächtigt“ gefühlt und dies auch die Sicherheitsbehörden wissen lassen. Diese hätten jedoch keinen Anlass gesehen, ihn schärfer ins Visier zu nehmen. *Helmut Stoltenberg*

PERSONALIA

VERSTORBEN

Stephanie Aeffner
Bundestagsabgeordnete von 2021 bis 2025
Bündnis 90/Die Grünen

Die Bundestagsabgeordnete Stephanie Aeffner ist im Alter von 48 Jahren gestorben. Das teilte ihre Partei am Mittwoch mit. Die Diplom-Sozialarbeiterin aus Eppelheim/Rhein-Neckar-Kreis amtierte von 2016 bis 2021 als ehrenamtliche Beauftragte der Landesregierung Baden-Württembergs für die Belange der Menschen mit Behinderungen. Bis 2016 gehörte sie dem Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen an. Aeffner, die selbst auf einen Rollstuhl angewiesen war, wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Soziales mit und war in ihrer Fraktion für den Bereich Sozialpolitik, Bekämpfung von Kinderarmut, Asyl, Flucht und Behindertenpolitik zuständig. Für die kommende Bundestagswahl war sie als Direktkandidatin im Wahl-

© Bündnis 90 Die Grünen / BT-Fraktion

kreis Pforzheim nominiert worden und stand auf Platz 15 der Landesliste Baden-Württemberg. „Wir verlieren eine sehr geschätzte Abgeordnete, die mit Leidenschaft, großer Überzeugung und Expertise für ihre und unsere Anliegen gekämpft hat“, heißt es in der Mitteilung ihrer Partei. Sie habe die Rechte und Chancen eines jeden Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns gestellt und sich zeit ihres Lebens für den sozialen Zusammenhalt, für mehr Gerechtigkeit und die Teilhabe aller Menschen eingesetzt.

Rudolf Dreßler †
Bundestagsabgeordneter von 1980 bis 2000
SPD

Am 8. Januar starb Rudolf Dreßler im Alter von 84 Jahren. Der Schriftsetzer aus Wuppertal trat 1969 der SPD bei und war von 1984 bis 2000 Vorsitzender der einflussreichen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA). In dieser Zeit gehörte er dem Parteivorstand und von 1991 bis 2000 dem SPD-Parteipräsidium an. 1982 war er kurzzeitig Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und amtierte von 1987 bis 2000 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Dreßler, einer breiten Öffentlichkeit als Sozialexperte von umfassender Sachkenntnis und sprachmächtiger Vortragskunst ein Begriff – von ihm sind 140 Reden im Bundestag dokumentiert –, wirkte vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Gesundheitsausschuss mit. Von 2000 bis 2005 war er Botschafter in Israel.

Elke Leonhard †
Bundestagsabgeordnete von 1990 bis 2005
SPD

Am 1. Januar starb Elke Leonhard im Alter von 75 Jahren. Die Diplom-Psychologin und Publizistin aus Manderscheid/Kreis Bernkastel-Wittlich trat 1968 der SPD bei und gehörte von 1997 bis 2006 dem Parteipräsidium in Rheinland-Pfalz an. Leonhard wirkte im Haushalts- sowie im Auswärtigen Ausschuss mit und war von 1998 bis 2000 Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien. Von 1998 bis 2006 amtierte sie als Präsidentin der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Sie war die Witwe des bekannten Autors und „Russlandkenners“ Wolfgang Leonhard (1921-2014).

Oscar Schneider †
Bundestagsabgeordneter von 1969 bis 1994
CSU

Am 29. Dezember starb Oscar Schneider im Alter von 97 Jahren. Der promovierte Jurist aus Nürnberg, zuletzt Regierungsdirektor in der bayerischen Finanzverwaltung, trat 1953 der CSU bei, stand von 1977 bis 1991 an der Spitze des Bezirksverbands Nürnberg-Fürth und gehörte von 1965 bis 1969 sowie von 1972 bis 1991 dem CSU-Parteivorstand an. Von 1956 bis 1969 war er Stadtrat in Nürnberg. Im Bundestag stand Schneider von 1972 bis 1982 an der Spitze des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und wurde danach bis 1989 im ersten und im zweiten Kabinett Kohl Bundesbauminister. Mit seiner Amtszeit ist die erhebliche finanzielle Förderung des Wohnungs- und des Städtebaus verbunden sowie nicht zuletzt die Kodifikation des deutschen Baurechts in der Zusammenfügung des Bundesbaugesetzes und des Städtebauförderungsgesetzes zu einem einheitlichen Rechts-

rahmen. Nach der Wiedervereinigung war Schneider von 1990 bis 1998 Beauftragter des Bundeskanzlers für die kulturellen Bauvorhaben in Bonn und Berlin. Seinem beharrlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass der umgebaute Reichstag entgegen der Vorstellung des britischen Architekten Norman Foster und nicht weniger Abgeordneter eine Kuppel erhielt.

Rudolf Meinel †
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1998
CDU

Am 26. Dezember starb Rudolf Meinel im Alter von 90 Jahren. Der Diplom-Ingenieur aus Chemnitz trat 1952 der CDU in der DDR bei. Von 1990 bis 1994 gehörte er dem Stadtparlament in Chemnitz an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Chemnitz I war Mitglied des Verkehrausschusses.

Iris Ripsam †
Bundestagsabgeordnete von 2016 bis 2017
CDU

Am 21. Dezember starb Iris Ripsam im Alter von 65 Jahren. Die Finanzwirtin aus Stuttgart schloss sich 1977 der CDU an, gehörte von 1996 bis 2003 dem dortigen Kreisvorstand und von 1998 bis 2015 dem Landesvorstand der Frauen-Union in Baden-Württemberg an. Von 1999 bis 2023 war sie Mitglied des Stuttgarter Gemeinderats. Ripsam, die im Juni 2016 für Thomas Strobl in den Bundestag nachrückte, gehörte dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz an.

Bernhard Worms †
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1991
CDU

Am 21. Dezember starb Bernhard Worms im Alter von 94 Jahren. Der Oberpostdirektor aus Pulheim/Rhein-Erft-Kreis, CDU-Mitglied seit 1946, stand von 1980 bis 1985 an der Spitze des Landesverbands Rheinland und gehörte von 1981 bis 2002, auch in seiner Funktion als Vorsitzender der Senioren-Union von 1990 bis 2002, dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1970 bis 1990 war er nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter und von 1983 bis 1990 Fraktionsvorsitzender. Von 1991 bis 1995 amtierte er als beamteter Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium.

Rudolf Karl Krause †
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1993, von 1993 bis 1994
CDU, Republikaner

Am 20. Dezember starb Rudolf Karl Krause im Alter von 78 Jahren. Der Tierarzt aus Bonese/Altmark engagierte sich seit 1990 in der dortigen CDU, war kurzzeitig Kreistagsabgeordneter und Beigeordneter. Nach seinem Ausschluss aus der CDU/CSU-Fraktion im Mai 1993 und seinem Austritt aus der CDU kurz danach trat Krause den Republikanern bei. 1993 wurde er Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt. Im Bundestag gehörte er dem Ernährungssowie dem Familienausschuss an.

Antje-Marie Steen †
Bundestagsabgeordnete von 1990 bis 2002
SPD

Am 17. Dezember starb Antje-Marie Steen im Alter von 87 Jahren. Die Apothekenhelferin aus Grömitz trat 1970 der SPD bei und war von 1997 bis 2000 Kreisvorsitzende in Ostholstein. Von 1976 bis 1990 gehörte sie dem gleichnamigen Kreistag an. Steen arbeitete im Bundestag im Tourismus-, im Gesundheits- sowie im Haushaltsausschuss mit.

Horst Schild †
Bundestagsabgeordneter von 1994 bis 2005
SPD

Am 14. Dezember starb Horst Schild im Alter von 82 Jahren. Der Akademische Rat aus Barsinghausen trat 1961 der SPD bei und war Mitglied des Unterbezirksvorstands Hannover-Land. Von 1972 bis 1986 gehörte er dem Stadtrat in Laatzen und von 1991 bis 2005 dem Stadtrat in Barsinghausen an. Schild engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss.

Hermann Pohler
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1998
CDU

Hermann Pohler vollendet am 22. Januar sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Agrarwissenschaftler aus Leipzig, CDU-Mitglied seit 1954, war Direktkandidat des Wahlkreises Leipzig I. Pohler wirkte im Wirtschaftsausschuss sowie im Ausschuss für Post und Telekommunikation mit, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 1994 bis 1998 innehatte.

Hans-Joachim Sopart
Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 1992
CDU

Hans-Joachim Sopart wird am 23. Januar 75 Jahre alt. Der Arzt aus Gommern/Landkreis Jerichower Land trat 1984 der CDU in der DDR bei und war nach 1990 Kreistagsmitglied. Sopart gehörte im Bundestag dem Gesundheitsausschuss an. Von 1994 bis 2007 engagierte er sich kommunalpolitisch und ist Ehrenstadtrat von Gommern.

Sylvia-Yvonne Kaufmann
Bundestagsabgeordnete 1990
PDS

Am 23. Januar wird Sylvia-Yvonne Kaufmann 70 Jahre alt. Die promovierte Japanologin aus Berlin trat 1976 der SED, 1990 der PDS und danach der „Linken“ bei und war von 1993 bis 2000 stellvertretende PDS-Vorsitzende. 2009 wurde sie Mitglied der SPD. Kaufmann, die 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer angehörte, war von 1999 bis 2009 sowie von 2014 bis 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Rainer Hajek
Bundestagsabgeordneter von 2016 bis 2017
CDU

Rainer Hajek begeht am 25. Januar seinen 80. Geburtstag. Der Groß- und Außenhandelskaufmann aus Bockhorn/Landkreis Friesland trat 1996 der CDU bei und gehört seit 2010 dem niedersächsischen Landesvorstand an. Seit 2010 ist er Vorsitzender der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen und Mitglied im Bundesvorstand, seit 2023 auch als stellvertretender Vorsitzender. Hajek wirkte im Bundestag im Gesundheitsausschuss mit.

Peter Rauen
Bundestagsabgeordneter von 1987 bis 2009
CDU

Am 26. Januar wird Peter Rauen 80 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Salmtal/Kreis Bernkastel-Wittlich, CDU-Mitglied seit 1966, stand von 1991 bis 2005 an der Spitze des Bezirksverbands Trier und war von 1997 bis 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Von 1992 bis 2006 gehörte er dem Bundesvorstand und von 1998 bis 2002 dem CDU-Präsidium an. Von 1983 bis 1987 war er Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz. Rauen wirkte im Bundestag unter anderem im Sportausschuss mit, dessen Vorsitz er von 2002 bis 2005 inne hatte, im Verkehrs-, im Familien- sowie im Finanzausschuss mit. Von 2000 bis 2002 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Günter Glöser
Bundestagsabgeordneter von 1994 bis 2013
SPD

Am 27. Januar wird Günter Glöser 75 Jahre alt. Der Verwaltungsdirektor aus Nürnberg trat 1969 der SPD bei, war von 2000 bis 2005 europapolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und von 2002 bis 2005 Mitglied des Fraktionsvorstands. Von 2005 bis 2009 amtierte er als Staatsminister im Auswärtigen Amt. Glöser wirkte im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie zuletzt im Auswärtigen Ausschuss mit.

Erika Schuchardt
Bundestagsabgeordnete von 1994 bis 2002
CDU

Erika Schuchardt vollendet am 29. Januar ihr 85. Lebensjahr. Die Professorin für Pädagogik aus Hannover war von 1972 bis 1990 Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und von 1984 bis 1996 Vizepräsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission. Schuchardt engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft. Sie war Mitglied der Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“.

Wolfgang Feinendegen
Bundestagsabgeordneter von 1976 bis 1983
CDU

Am 30. Januar begeht Wolfgang Feinendegen seinen 95. Geburtstag. Der Rechtsanwalt aus Mönchengladbach trat 1969 der CDU bei und gehörte von 1986 bis 1995 dem geschäftsführenden NRW-Landesvorstand der CDU-Wirtschaftsvereinigung an. Feinendegen arbeitete im Bundestag im Verkehrsausschuss mit. *Bernd Haunfelder*

75 JAHRE

70 JAHRE

80 JAHRE

80 JAHRE

75 JAHRE

85 JAHRE

95 JAHRE



Donald Trump (Mitte) steht vor seiner zweiten Amtszeit. Immer an seiner Seite: Tech-Entrepreneur Elon Musk (links).

© dpa/picture alliance/AP/B. Bell

Am kommenden Montag um kurz nach 12 Uhr mittags wird Donald J. Trump am Fuße der Westseite des US-Kapitols als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Die Inaugurationsfeier wird zugleich den krönenden Höhepunkt des größten politischen Comebacks in der amerikanischen Geschichte darstellen. Denn vier Jahre zuvor hatte er in einer feurigen Rede seine aufgebrauchten Anhänger zur Erstürmung desselben Kapitol-Gebäudes animiert, vor dem er nun wieder das mächtigste Amt der Welt antreten wird. Trump wird die nächsten Jahre im Oval Office des Weißen Hauses anstelle von Gerichtssälen verbringen, die nun der Vergangenheit angehören. Zu der 60. Inaugurationsfeier in der US-Geschichte hat Trump unter anderem Titanen der Tech-Industrie eingeladen. Zugesagt haben unter anderem Meta-Gründer Mark Zuckerberg, Sam Altman, Chef des KI Unternehmens Open AI, und Amazon-Gründer Jeff Bezos. Auch wird Elon Musk, Besitzer des Kurznachrichtendienstes X und Chef von Tesla, dabei sein, der Trump als informeller Berater Vorschläge für zwei Billionen Dollar an staatlichen Einsparungen unterbreiten soll. Im Bruch mit einer Tradition hat Trump aber auch Einladungen an amtierende und ehemalige Politiker – größtenteils Populisten – aus dem Ausland schicken lassen. Unter ihnen Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, der offenbar erscheinen wird. Die Teilnahme des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni ist noch ungewiss.

Rückendeckung im republikanisch dominierten Kongress

Nach der Parade vom Kapitol zum Weißen Haus will Trump schnell zur Tat schreiten. Zu seinen ersten Amtshandlungen könnten Begnadigungen für viele der Randalierer vom 6. Januar 2021 sowie die Anordnung von Massendeportationen zählen. Sobald sein erster Tag an der Macht abgeschlossen ist, wird sich die Frage stellen, wie Trump regieren wird und welches seine Prioritäten sein werden. Dabei steht so viel jetzt schon fest: Mit der Rückdeckung eines republikanisch beherrschten Kongresses und eines Kabinetts aus Loyalisten, das bei seinem Amtsantritt fast schon komplett sein wird, kann der neue Präsident praktisch durchregieren. Und inhaltlich werden die kommenden vier Jahr von seiner populistischen MAGA („Make America Great Again“)-Doktrin

Zweite US-Präsidentschaft

Zurück in die Zukunft

Im zweiten Anlauf will Donald Trump »Amerika wieder groß machen« - mit Zöllen, Abschiebungen und fossilen Energien. Anders als beim holprigen Start seiner ersten Amtszeit ist er dafür nun besser aufgestellt

geprägt sein, die den Weg pflasterte für Trumps Rückkehr ins Weiße Haus. Unterdessen geht der neue Präsident mit einem fliegenden Start in seine zweite Amtszeit. Denn die Republikaner stellen in beiden Kongresskammern knappe Mehrheiten. Sie werden wohl jedes Gesetz durchwinken, das aus der Feder des Präsidenten kommt und jeden Vorschlag der Demokraten blockieren. Ob es um Steuersenkungen, eine Kürzung der US-Militärhilfe für die Ukraine, ein protektionistisches Handelsgesetz oder eine Einwanderungsreform geht, die Amerikas Grenzen auch für legitime Migranten dicht machen könnte. Mit der Rückendeckung seiner Parteifreunde im Kongress zeichnet sich auch eine rasche Bestätigung sämtlicher Kabinettsmitglieder ab. Zwar haben demokratische Senatoren bei den Anhörungen die Schwachstellen von Trumps Kandidaten bloßgelegt. Etwa den Mangel an Führungserfahrung und angebliche Probleme mit Alkohol bei Pete Hegseth, der als Verteidigungsminister die Verantwortung für drei Millionen Soldaten und zivile Angestellte des Pentagons haben würde. Probleme hatten Vertreter der Opposition auch mit der Juristin Pam Bondi, die als „Attorney General“ die ranghöchste Staatsanwältin im Lande und de facto Trumps Justizministerin sein wird. Sie weigerte sich vor dem Senat, Präsident Joe Bidens Wahlsieg anzuerkennen und soll nun die oberste Ordnungshüterin der USA sein. Gleichwohl ist anzunehmen, dass sowohl Hegseth als auch Bondi und die anderen Kandidaten die begehrten Ministerposten bekommen werden. Hilfreich ist auch, dass Trump nun die Chefs der mächtigsten Tech-Unternehmen an Bord hat. So zeichnet sich schon ab, dass Musk und Zuckerberg dazu beitragen wollen, eine „alternative Realität“ im Sinne des Präsidenten und seiner „America First“-Ideologie aufzubauen. Musk hatte bereits während des Wahlkampfs auf seiner Platt-

form „X“ mit Deepfake-Videos gefährliche Lügen verbreitet. Auch Zuckerberg will Trump entgegenkommen. Deswegen wird Facebook nun darauf verzichten, den Wahrheitsgehalt von Inhalten zu überprüfen. Das wird Trump bei der Umsetzung seiner Politik Vorteile verschaffen. Denn auf diesem Wege kann er die demokratische Opposition diskreditieren und somit jeden Widerstand schwächen.

Trump weiß die Schalthebel der Macht zu nutzen

Insbesondere wird Trump beim zweiten Anlauf verstehen, wie er die Schalthebel der Macht in seinem Sinne betätigen kann. Das zeigt sich schon am Personal. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit erstreckten sich teilweise chaotische Bestätigungsanhörungen über mehrere Wochen, nun tritt er den Job mit einem fast vollständigen Kabinett an. Auch weiß Trump genau, wie weit er mit Dekreten gehen kann, die seinen autokratischen Bestrebungen entgegenkommen. Der 47. Präsident hält alle Trümpfe in der Hand, und Amerika sowie die Welt müssen sich auf eine turbulente Reise einstellen. Was aber wird der Präsident während der ersten Wochen konkret unternehmen? Während des Wahlkampfs hatte er bekräftigt, „den Krieg in der Ukraine in einem Tag beenden zu können“. Konkrete Pläne präsentierte Trump keine. Er spielt aber weiter darauf an, dass Kiew Gebietsabtretungen in Kauf nehmen muss, um den Kampfhandlungen ein Ende zu setzen. In diesem Sinne äußerte sich auch sein künftiger Außenminister Marco Rubio bei den Senatsanhörungen.

Zudem hatte Trump angekündigt, „Universalzölle“ einführen zu wollen, die sich auf sämtliche Einfuhren in die USA beziehen würden. So will er Importe mit Abgaben von 10 bis 20 Prozent überziehen. Für Mexiko und Kanada hat er sogar Zölle von 25 Prozent vorgesehen und will China noch stär-

ker zur Kasse bitten. Nun könnten die Abgaben wegen ihrer inflationären Wirkung aber auf „sicherheitskritische“ Branchen begrenzt werden. Auch ist es sein erklärtes Ziel, sämtliche Einwanderer, die illegal in den USA leben, so schnell wie möglich in die Heimatländer zurückzuschicken. Dafür plant der neue Präsident, riesige Einrichtungen zu bauen. Dort sollen Migranten bis zur Abschiebung eingesperrt bleiben. Zudem setzt sich der Klimawandelskeptiker Trump für die vollständige „Energieunabhängigkeit“

der USA ein. Schließlich zählte im Wahlkampf „drill baby, drill!“, worin sich seine Unterstützung fossiler Energieträger widerspiegelt, zu den beliebtesten Schlachtrufen des Republikaners. Da viele seiner Wähler und politischen Freunde in Staaten leben, in denen die Öl- und Kohleindustrie Jobs schaffen, will er fossile Energieträger steuerlich und mit anderen Anreizen fördern.

Peter DeThier

Der Autor ist Washington-Korrespondent der „Börsen-Zeitung“.

Anzeige

Friedlicher Protest als Fundament stabiler Demokratien



Erica Chenoweth | Maria J. Stephan
Warum ziviler Widerstand funktioniert
Die strategische Logik gewaltloser Konfliktbearbeitung
Mit einem Geleitwort von Jürgen Grässlin und Stefan Maaß
2024, 372 S., brosch., 49,- €
ISBN 978-3-7560-1817-8
E-Book 978-3-7489-4480-5
(Religion – Konflikt – Frieden, Bd. 11)

Die Autorinnen kombinieren statistische Analysen mit Fallstudien aus diesen Ländern und Regionen und zeigen detailliert die Faktoren auf, die solche Kampagnen erfolgreich machen – und manchmal auch scheitern lassen.

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung
unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Koalitionsverhandlungen in Österreich

Kickl auf dem Weg ins Kanzleramt

FPÖ und ÖVP verhandeln über eine Regierung unter Führung von FPÖ-Chef Herbert Kickl. Was ist von ihm zu erwarten?

In Wien gibt es wieder Donnerstagsdemonstrationen. Die hat es bisher stets gegeben, wenn die rechte Freiheitliche Partei (FPÖ) an der österreichischen Bundesregierung beteiligt, aber dabei nicht Partner der Sozialdemokraten (SPÖ) war. Jetzt ist die FPÖ zwar nicht in der Regierung, aber sie verhandelt mit der christdemokratischen Volkspartei (ÖVP) über ein Koalitionsabkommen. Vorige Woche kamen zehntausende Demonstranten auf den Ballhausplatz vor dem Bundeskanzleramt zusammen. Sie riefen und zeigten Parolen wie „Alarm für die Republik“ und „Nein zum Volkskanzler“.

Mit diesem aus der Hitlerzeit belasteten Begriff ist der FPÖ-Vorsitzende Herbert Kickl gemeint. Er hat ihn sich selbst zugeschrieben. Zum ersten Mal können die Freiheitlichen den Bundeskanzler stellen. Die Gespräche mit der Volkspartei sind zügig vorangekommen. Nach wenigen Tagen präsentierte Kickl und der neue ÖVP-Vorsitzende Christian Stocker am Montag einen „Budgetpfad“, der milliardenschwere Haushaltskürzungen vorsieht, um ein EU-Defizitverfahren abzuwenden.

Lange hatte es nach der Nationalratswahl vom 29. September so ausgesehen, als würde eine Koalition an Kickl vorbei gebildet. Denn die FPÖ hat die Wahl zwar gewonnen, aber mit ihren rund 29 Prozent braucht sie einen Koalitionspartner, und der war zunächst nicht in Sicht.

Eigentlich hatte die ÖVP ein Bündnis mit Kickl ausgeschlossen

Die mit 26 Prozent zweitplatzierte ÖVP unter dem bisherigen Bundeskanzler Karl Nehammer hatte ausgeschlossen, mit Kickl zu regieren, denn der FPÖ-Chef sei ein „gefährlicher Politiker“. Für ein Bündnis mit der FPÖ hatten sich die Christdemokraten aber ein Türchen offengehalten, denn dort gebe es „auch vernünftige Leute“. SPÖ (21 Prozent), Liberale (Neos, neun Prozent) und der bisherige ÖVP-Koalitionspartner Grüne (acht Prozent) hatten es ohnehin aus-



Die Macht zum Greifen nah: FPÖ-Chef Kickl beim Besuch des Bundespräsidenten, der ihn am 6. Januar mit der Regierungsbildung beauftragt hat.

© picture alliance/photonews.at/Georges Schneider

geschlossen, mit der FPÖ zu kooperieren.

Weil Kickl also keine Option auf eine Mehrheit zu haben schien, erteilte Bundespräsident Alexander Van der Bellen, der als Staatsoberhaupt in Österreich den Kanzler ernennt und entlässt, mit der Regierungsbildung. Die verlief zäh. Es dauerte bis November, bis die Sondierungen ergaben, dass erstmals in Österreich eine Dreierkoalition versucht werden sollte. Denn ÖVP und SPÖ hätten zwar auch allein eine Mehrheit im Nationalrat gehabt, aber nur um einen Abgeordneten. Würde auch nur ein Parlamentarier krank oder von der Fraktionsdisziplin abweichen, riskierte diese Zweierkoalition eine Abstimmungsniederlage.

Im Wahlergebnis lag also eine Tücke, die sich auf den ersten Blick kaum erschloss. Ein dritter Partner wurde eigentlich nicht gebraucht, aber irgendwie doch. Nehammer entschied sich für die Neos, denn mit den Grünen hat sich die ÖVP tief zerstritten.

Also verhandelten Türkis (ÖVP), Rot (SPÖ) und Pink (Neos) über eine bonbonfarbene Koalition, die in Österreich als „Zuckerl“ bezeichnet wurde. Nur dass im Budget kein Zucker vorhanden ist, um die notwendigen Reformpillen zu umhüllen. Die SPÖ wollte ein Defizitverfahren in Kauf nehmen und neue Steuern einführen. ÖVP und Neos wollten das nicht. Die Neos wollten grundlegende Reformen. Sie hatten das Berliner Schicksal der FDP vor Augen und wollten nicht nur der Mehrheitsbeschaffer sein. Kurz nach Neujahr stiegen sie aus den Verhandlungen aus. Die ÖVP folgte, Nehammer trat zurück. Stocker, bisher einer der schärfsten Kritiker Kickls, nahm Gespräche mit der FPÖ auf. Außenminister Alexander Schallenberg wurde Interims-Regierungschef.

Also läuft alles auf einen Kanzler Kickl hinaus. Ist er so gefährlich, wie die ÖVP bis zu ihrem Umfallen und die Demonstranten auf dem Ballhausplatz immer noch meinen? Be-

denklich sind nicht nur seine Sprüche vom „Volkskanzler“ und politischen Gegnern auf „Fahndungslisten“. Als Innenminister in der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Sebastian Kurz hatte er den Verfassungsschutz demontieren lassen. Die vom Verfassungsschutz der rechtsextremen Szene zugerechneten Identitäten hält er für eine NGO wie Greenpeace. In der Pandemie lehnte er Corona-Maßnahmen radikal ab und empfahl Entwurmungsmittel und frische Luft. Er ist gegen EU-Hilfen für die Ukraine. Die EU will er entmachten, den Nationalstaat stärken.

Mögliche Verstärkung für EU-Kritiker Orbán und Fico

Würde das auch sein Regierungskurs sein? Die ÖVP beteuert, sie stehe für eine konstruktive EU-Mitgliedschaft und gegen die Aggression Russlands ein. Sehr standfest war sie zuletzt allerdings nicht. Jedenfalls werden die russlandfreundlichen EU-Kritiker, Un-

garns Regierungschef Viktor Orbán und der slowakische Ministerpräsident Robert Fico, Aufwind spüren. Extreme Rechte würde man im Regierungsumfeld sehen, ihre Medien würden gefördert. Ein Durchregieren zugunsten der eigenen Partei wie in Ungarn wäre Kickl jedoch nicht möglich. Er hat keine Zweidrittelmehrheit, nicht einmal eine Eindrittelminderheit. Institutionen wie die Justiz, die Länder und der Bundespräsident sind gefestigt, die Medien wirtschaftlich angeschlagen, aber viele wehrhaft. Man wird eine restriktive Politik gegen Migration erwarten können, da sind sich FPÖ und ÖVP einig. Vielleicht auch eine reformorientierte Wirtschaftspolitik. Angesichts von Rezession und Schwäche der europäischen Automobilindustrie wäre das wichtig. Das vorgestellte Budget weist in diese Richtung.

Stephan Löwenstein

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Österreich und Ungarn. ■

EU-Ratspräsidentschaft

Polen übernimmt in schwierigen Zeiten

Auf die Agenda des EU-Rates will das Land in den nächsten sechs Monaten vor allem ein Thema setzen: Sicherheit

Selten war eine EU-Ratspräsidentschaft mit so hohen Erwartungen konfrontiert, wie das bei Polen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres der Fall ist. Das Land hat zum 1. Januar die EU-Ratspräsidentschaft von Ungarn übernommen, das im zweiten Halbjahr 2024 an der Spitze des Rates wenig erreicht hatte. Ungarns Premier Viktor Orbán war mehr durch Provokationen wie seine als Friedensmission verbrämte Reise nach Russland als durch inhaltliche Arbeit aufgefallen.

Polen sei „extrem motiviert“, um wieder Dynamik in den EU-Apparat zu bringen, sagen Diplomaten. 945 politische Treffen sind angesetzt, das Thema Sicherheit soll im Mittelpunkt stehen. Allerdings sei auch nur soviel zu erzielen, wie viel sich in einem halben Jahr realistisch abarbeiten lasse, betonen Diplomaten.

Hinzu kommt: Polen übernimmt die rotierende Ratspräsidentschaft in einer Zeit extremer politischer Unsicherheit. Polens Ministerpräsident Donald Tusk hat weder in Berlin noch in Paris starke Ansprechpartner. Nach der Bundestagswahl im Februar kann es dauern, bis eine neue Regie-

rungskoalition in Deutschland steht. In Frankreich ist Präsident Emmanuel Macron erheblich geschwächt, seit der bürgerlichen Mitte eine Mehrheit im Parlament fehlt. In Österreich könnte die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) künftig die Regierung führen, die Waffenlieferungen in die Ukraine und Sanktionen gegen Russland sehr skeptisch gegenübersteht.

Eine gemeinsame Linie zu finden, wird nicht einfach

Es wird daher es schwierig werden, Europa zusammenzuhalten. Aber gerade das wäre nötig, um international stark aufzutreten, wenn in den USA Donald Trump am 20. Januar seine zweite Amtszeit als Präsident antritt. „Wenn Europa keine Macht hat, wird es nicht überleben“, warnte Tusk zum Auftakt der EU-Ratspräsidentschaft. Der künftige US-Präsident wird darauf dringen, dass die Europäer selbst für ihre Sicherheit sorgen – und diese auch selbst finanzieren. Die Art und Weise, wie die polnische Regierung das Thema Sicherheit zu ihrem Leitmotiv gemacht habe und

auch auf Gebiete wie Energie und Desinformation heruntergebrochen habe, sei klug, argumentiert etwa Luk van Middelaar, Mitgründer des Brussels Institute for Geopolitics und einst Mitarbeiter von EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, dem Tusk 2014 als Ratspräsident folgte. Auch Nahrungsmittelsicherheit und Technologie gehören zu den insgesamt sieben Unterpunkten des Konzepts.

Für Verteidigung ist die EU bisher nur sehr eingeschränkt zuständig, aber Polen gehört zu den Ländern, die sie in der EU gemeinsam angehen wollen. Die EU-Kommission schätzt, dass Europa mindestens 500 Milliarden Euro ausgeben muss, um in den kommenden zehn Jahren verteidigungsfähig zu werden. „Europa muss die Bedrohung aus dem Osten, aus Russland, ernst nehmen“, sagt der polnische Finanzminister Andrzej Domanski. Er hat angekündigt, dass die zuständigen Minister der EU-Staaten im April bei ihrem informellen Treffen in Warschau Finanzierungsmodelle diskutieren könnten. Polen hat die eigenen Ausgaben für Militär und Waffen erheblich nach oben geschraubt und wird in diesem

Jahr 4,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in seine Verteidigung investieren. Tusk macht sich dafür stark, dass die EU nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds gemeinsame Schulden für Verteidigung aufnehmen soll.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat dies bisher abgelehnt mit dem Hinweis, das Bundesverfassungsgericht habe dem Corona-Fonds nur zugestimmt,



Polens Premier Donald Tusk

© picture alliance/PAP L. Szymanski

weil er als einmaliges Konstrukt angelegt war.

Auch die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldawien möchte Polen in den kommenden sechs Monaten vorantreiben. Ob solche Gespräche tatsächlich eröffnet werden können, hängt allerdings davon ab, dass skeptische Länder wie Ungarn und die Slowakei zustimmen. Der Beschluss muss einstimmig erfolgen. Dasselbe gilt für Sanktionen. Polen möchte zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar ein weiteres Sanktionspaket auf den Weg bringen, um ein Zeichen zu setzen. Ungarn jedoch blockierte zuletzt die Verlängerung bereits laufender EU-Sanktionen.

Der Einfluss einer EU-Ratspräsidentschaft sollte nicht überschätzt werden, warnt Helena Quis von der Bertelsmann Stiftung. „Aber Polen hat die Erfahrung und die Glaubwürdigkeit, eine Führungsrolle zu spielen.“ Unerledigte Dossiers werden an Dänemark und Zypern übergehen, die in der sogenannten Trio-Präsidentschaft auf Polen folgen

Silke Wettach

Die Autorin ist freie EU-Korrespondentin. ■

Wahljahr 2025

Richtungsentscheidungen in Europa

Nicht nur in Deutschland, auch bei europäischen Partnern stehen richtungsweisende Wahlen an. Die Themen: die Unterstützung der Ukraine, russische Desinformation und das Erstarken der politischen Ränder

Hierzulande richten sich die Blicke ganz auf den 23. Februar: Dann nämlich sind die Wahlberechtigten in Deutschland aufgerufen, nach dem Ampel-Aus und der verlorenen Vertrauensfrage für Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) einen neuen Bundestag zu wählen. Wie sehr diese Abstimmung auch international im Fokus steht, zeigen Einmischungen wie die des Tech-Entrepreneurs und Trump-Verbündeten Elon Musk in den deutschen Wahlkampf und das weltweite mediale Echo darauf. Befürchtet werden andererseits heimliche Einmischungsversuche Russlands zur Unterstützung von Parteien, die für prorussische Positionen stehen. So wichtig diese Wahl für Deutschland und als größte Volkswirtschaft

Europas auch für die EU ist, in die Wahlkabinen gebeten werden Bürgerinnen und Bürger in einer ganzen Reihe weiterer Länder des Kontinents: Wie auch in Deutschland ziehen sich dort Sorgen vor einem Erstarken der politischen Ränder und die Frage des Beistands für die Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland wie ein roter Faden durch die Wahlkämpfe. Bereits entschieden ist das Rennen um die kroatische Präsidentschaft. Mitte Januar setzte sich in der Stichwahl der für ein Wahlbündnis der Sozialdemokraten erneut ins Rennen gegangene Amtsinhaber und frühere Premierminister Zoran Milanović mit rund drei Viertel der Stimmen durch. Milanović hat sich mehrfach gegen die Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen den russischen An-

griffskrieg gestellt. Für seinen Herausforderer, den Mediziner und früheren Wissenschaftsminister Dragan Primorac, votierte ein Viertel der Wählerinnen und Wähler. Primorac war für ein konservatives Wahlbündnis rund um die HDZ-Partei angetreten, die seit 2016 den Premierminister stellt und sich klar zur Unterstützung der Ukraine bekennt.

Präsidentschaftswahlen in Polen und Rumänien

Ebenfalls um das Präsidentenamt geht es in den Abstimmungen in Polen und Rumänien: In beiden Ländern können die Amtsinhaber nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten, im Fall Rumäniens ist das der Liberal-Konservative Klaus Johannis, im Fall

Polens ist es Andrzej Duda. Der scheidende Präsident Duda steht der nationalkonservativen PiS-Partei nahe, die bis 2023 regiert hat. Zur Wahl stehen im Mai nun zwölf Kandidatinnen und Kandidaten aus dem ganzen politischen Spektrum Polens. Erfolgsaussichten werden zum einen Rafał Trzaskowski eingeräumt, der Bürgermeister von Warschau ist und für die christdemokratisch-liberale Bürgerplattform (PO) des Regierungsbündnisses von Premier Donald Tusk antritt und zum anderen dem parteilosen Historiker Karol Nawrocki, den die PiS als Kandidaten aufgestellt hat. Im Gegensatz zu manch anderen europäischen Ländern verlaufen die politischen Gräben in Warschau nicht entlang der Ukraine-Frage: Sowohl PO wie auch PiS bekennen sich klar zur Unterstützung des von Russland angegriffenen Landes. Polen gilt in der EU und der Nato als Antreiber für mehr Rüstungsanstrengung und für ein wirksames Eindämmen russischen Ausgreifens in Europa durch Abschreckung.

Bestärken dürfte diese polnische Entschlossenheit als jüngstes Beispiel eine mutmaßlich russische Wahleinmischung in Rumänien. Dort werden voraussichtlich im ersten Halbjahr erneut Präsidentschaftswahlen stattfinden, nachdem das Verfassungsgericht den ersten Wahlgang im Dezember 2024 wegen eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“ annulliert hat. Bei der Abstimmung im November 2024 war die zentristische, EU-freundliche Kandidatin Elena Lasconi auf den zweiten, der als rechtsextrem kritisierte und durch prorussische Positionen bekannt gewordene Kandidat Călin Georgescu auf den ersten Platz gekommen (siehe auch Seite 3). Der „Oberste Rat für Landesverteidigung“, ein Gremium, dem neben Präsidenten, Premier und Minister auch Vertreter von Militär und Geheimdiensten angehören, hatte nach der Abstimmung auf eine Verzerrung des Ergebnisses durch die Plattform TikTok im Wahlkampf zugunsten Georgescus verwiesen.

Tschechien: Anti-Establishment-Kandidat in Umfragen vorn

Auch in Tschechien spielt die Frage der Beziehungen zur Ukraine und die Bewertung Russlands eine wichtige Rolle: Bei der Abgeordnetenhauswahl im Oktober könnte Ex-Premier Andrej Babiš vor einem Comeback stehen. Die auf ihn zugeschnittene Anti-Establishment-Partei ANO liegt in Umfragen derzeit vor der liberal-konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) von Premierminister Petr Fiala. Der klare tschechische Unterstützungskurs für die Ukraine steht in Frage, wenn Babiš die Rückkehr in die Straka-Akademie, den Regierungssitz auf der Prager Kleinseite, gewinnen würde. Der Unternehmer dürfte sich eher in die Achse EU-skeptischer Regierungschefs wie Viktor Orban in Ungarn und Robert Fico in der Slowakei einreihen.

Ob die europaweit zu beobachtende Stärkung des rechten Randes auch Norwegen erreicht, wird sich im Oktober zeigen: Bei der Wahl des 169 Sitze zählenden Stortings wird auch über die Arbeit von Jonas Gahr Støres Minderheitsregierung von Sozialdemokraten und Zentrumsparterie abgestimmt. Die weit rechts stehende Fortschrittspartei könnte erstmals stärkste Kraft werden, Chancen rechnen sich aber auch die Konservativen um die Ex-Ministerpräsidentin Erna Solberg aus. Parlamentswahlen stehen im westlichen Balkan auf dem Plan: Im Kosovo will die linke „Bewegung Selbstbestimmung!“ erneut eine Mehrheit der

Stimmen holen und damit Premierminister Albin Kurti im Amt bestätigen. Ein vergleichbares Bild ergibt sich im Nachbarland Albanien, wo die Partia Socialiste des seit 2013 regierenden Premierministers Edi Rama sich Chancen gegen die zweite große Partei des Landes, die konservative Demokratische Partei, ausrechnet.

Am 26. Januar will sich Aljaksandr Lukaschenka zum mittlerweile siebenten Mal zum Präsidenten von Belarus wählen lassen: Nach der letzten Abstimmung 2020 kam es in dem Land zu anhaltenden Protesten und Wahlmanipulationsvorwürfen durch die Opposition. Tausende Demonstranten wurden festgenommen, mehrere Hundert durch Lukaschenkas Polizei- und Sicherheitsapparat verletzt oder getötet.

Die Oppositionskandidatin Swjatlana Zichanouskaja floh ins Exil nach Litauen. Sie bezeichnet die nun geplante Abstimmung als „Scheinwahl ohne wirklichen Wahlprozess, die in einer Atmosphäre des Terrors stattfindet“. Der 70-jährige Lukaschenka ist seit 1994 im Amt. Er gilt als enger Verbündeter von Russlands Präsident Wladimir Putin und hat sein Land mit der logistischen Unterstützung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine noch weiter in die politische Abhängigkeit vom Kreml manövriert.

Knappes Votum pro Europa in der Republik Moldau

Anders ist die Situation in der Republik Moldau: Dort fiel das Referendum über den Beitritt zur Europäischen Union im Herbst 2024 mit 50,4 Prozent zugunsten des „Ja“-Lagers sehr knapp aus. In der von Manipulationsvorwürfen gegen Russland überschatteten Präsidentschaftswahl konnte sich die proeuropäische Amtsinhaberin Maia Sandu im November 2024 gegen den Kandidaten des prorussischen Lagers durchsetzen. Ob das ihrer liberalen PAS-Partei auch gelingt, wird sich bei den im Oktober anstehenden Parlamentswahlen zeigen. In Umfragen der vergangenen Monate pendelte die Regierungspartei im Schnitt um die 40-Prozent-Marke, während der EU-kritische und prorussische „Block der Kommunisten und Sozialisten“ etwa auf die Hälfte davon kommt.

Wahlen stehen zudem außerhalb Europas auf dem Programm, darunter die Parlamentswahlen in Australien und auf den Philippinen im Mai und jene in Argentinien und Chile im Herbst. Noch ohne festen Termin sind Parlamentswahlen unter anderem im Irak und in Singapur.

Spätestens im Oktober finden in Kanada Unterhauswahlen statt. Für die seit 2015 regierenden (Mitte-Links-)Liberalen mit Premier Justin Trudeau ist nach dessen jüngster Rückzugsankündigung eine Wiederwahl noch ungewisser als bisher. Nach Zwistigkeiten im eigenen Lager hatte Trudeau Anfang des Jahres den Weg freigemacht für eine „Neuausrichtung“ und einen „frischen Start“ im Parlament. In Umfragen liegt die Partei der Konservativen mit Pierre Poilievre an der Spitze bei 40 Prozent, während Trudeaus Liberale nur auf etwa 20 Prozent kommen. Poilievre, dem zuweilen nachgesagt wird, mit prägnanten Begriffsprägungen („Axe the Tax“- „Streicht die Steuer“, „Justinflation“ statt Inflation) Donald Trump nachzueifern, dürften dessen Andeutungen, Kanada zum 51. Bundestaat zu machen indessen kaum gefallen. Auf dem Kurznachrichtendienst „X“ erklärten beide, der scheidende Premier wie Poilievre, umgehend, dass Kanada niemals Teil der USA werde. Alexander Heinrich



Die beiden aussichtsreichsten Kandidaten im Rennen um die Präsidentschaft in Polen: Rafał Trzaskowski (oben) von der Partei Bürgerplattform (PO) und Karol Nawrocki (für die PiS-Partei)

© picture-alliance/NurPhoto/Klaudia Radecka/Artur Widak (editiert)

Kulturhauptstadt Europas 2025

Ins Rampenlicht

Chemnitz ist in diesem Jahr eine der Kulturhauptstädte Europas. Ein Besuch in der sächsischen Industriestadt, die mit Ideenreichtum versucht, ihr negatives Image abzuschütteln



Die bunte Esse, der Schornstein des französischen Künstlers Daniel Buren am Heizkraftwerk Chemnitz-Nord, ist eins der Wahrzeichen der Industriestadt. Ein Festival soll im Sommer Kunst in das stillgelegte Kraftwerk bringen.

© Ernesto Uhlmann

Es waren einige Tage, an denen Graziela Hennig ihren Laptop abends etwas ratlos zuklappte: Seit zehn Jahren wirbt die gebürtige Rumänin für Chemnitz – dafür, dass junge Menschen aus ganz Europa in die Stadt kommen. Fünf Plätze für einen Europäischen Freiwilligendienst gibt es jedes Jahr bei der solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen (solaris FZU). Dort ist Hennig für die internationale Arbeit zuständig. „Wir haben die Plätze mit der Kulturhauptstadt beworben, aber ich musste trotzdem um jeden einzelnen jungen Menschen kämpfen“, berichtet sie vom vergangenen Jahr. Junge Chemnitzer, die sich an solaris FZU wenden, um für einen Freiwilligendienst ins Ausland zu gehen, sind ohnehin rar. Und auch die, die nach Chemnitz kommen wollen, müssen oft erst überzeugt werden. Nach dem ersten digitalen Kennenlernen würden viele googeln, wo die Stadt überhaupt liegt – und stoßen dabei schnell auf Schlagzeilen über rechtsextreme Ausschreitungen: „The Return of the ugly German“ oder „A stronghold of Germany's far-right“ lesen sie dann. Keine hilfreiche Werbung.

Vier Freiwilligenplätze, etwa in den solaris Jugend- und Umweltwerkstätten, im Erlebnispädagogischen Zentrum oder im Mehrgenerationenhaus (MGH) hat solaris FZU inzwischen besetzt bekommen. Im MGH im Stadtteil Kappel läuft vieles zusammen, was im Viertel passiert. Hier klingt vor allem Hoffnung durch: Dass die Kulturhauptstadt neuen Schwung bringt, dass ein anderes Bild der Stadt entsteht. Da sind etwa

der Kunst- und Skulpturenweg „Purple Path“ ab Anfang April die Stadt mit 38 Orten zeitgenössischer Kunst in den Kommunen des Umlands.

Installationen von lokalen und international bekannten Künstlern wie dem britischen Bildhauer Tony Cragg im Kurpark Aue-Bad Schlema erzählen von den Menschen, dem Handwerk und der Industrie der Region. Der Skulpturenweg gehört als größtes Projekt der Kulturhauptstadt zur Leitlinie „In Bewegung“. Die vier weiteren Dimensionen „Europäische Macher:innen der Demokratie“, „Osteuropäische Mentalität“, „Großzügige Nachbarschaft“ sowie „Macher:innen“ laden ein, die Stadt und wenig bekannte Seiten der Region, die von Wandel geprägt ist, zu entdecken.

Vergangenheit zwischen Wohlstand und Zerstörung

Passenderweise lautet das Motto „C the Unseen“- sieh das Ungesehene! Denn: Die drittgrößte Stadt Sachsens hat niemand so richtig auf dem Schirm. Historisch sei es in Sachsen so gewesen, dass in Dresden der Hof, in Leipzig der Handel und in Chemnitz die Arbeit beheimatet war, erzählt Stadtführerin Ramona Wagner. Sie bemühe dieses Klischee umgern, aber es sei etwas Wahres daran.

Die studierte Ingenieurin lebt und arbeitet seit 1980 in der 250.000-Einwohner-Stadt und bietet Führungen durch die Kulturhauptstadt an. „Im 19. Jahrhundert hat sich die Stadt zu einer der bedeutendsten Industriestandorte Deutschlands entwickelt, vor allem der Maschinenbau ist hier stark gewesen“, erzählt Wagner. Es gab auch eine bedeutende Textilin-



Es soll nicht pathetisch klingen, aber ich musste mit den Tränen kämpfen, als die Juryvorsitzende die Karte mit der Aufschrift ‚Chemnitz‘ umgedreht hat.

GÄSTEFÜHRERIN RAMONA WAGNER



© privat

die 25-jährige Helena aus Madrid, die im September mit ihrem Van ange-reist ist, und Paula (26) aus Iasi in Rumänien, die für ein Jahr in Chemnitz bleiben. Beide sagen, sie fühlen sich willkommen in der Stadt, haben schöne Orte entdeckt und freuen sich auf die nächsten Monate. Eine hübsche Stadt sei Chemnitz aber nicht unbedingt, sagt Helena. Und: Man müsse sich aktiv bemühen, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen – die Kultur der Menschen wirke auf sie eher verschlossen.

Diesem Eindruck wollen die Macher von Chemnitz 2025 in den kommenden Monaten entgegenwirken: Nach West-Berlin (1988), Weimar (1999) und der Metropolregion Ruhr (2010) ist die sächsische Industriestadt die vierte deutsche „Kulturhauptstadt Europas“. Das Programm wurde 1985 auf Initiative der griechischen Kulturministerin Melina Mercouri ins Leben gerufen. Seit 2007 wird der Titel jedes Jahr an zwei Städte oder Regionen verliehen. Nicht nur sollen die Vielfalt und Gemeinsamkeiten der europäischen Kulturen damit gestärkt werden; auch sollen die Orte die Chance bekommen, sich neu zu erfinden.

Der »Purple Path«: Wenn Kunst Geschichte erzählt

Zusammen mit Chemnitz trägt in diesem Jahr die grenzüberschreitende slowenisch-italienische Stadt Nova Gorica und Gorizia den Titel. In Chemnitz wird das Kulturhauptstadtjahr am 18. Januar mit der feierlichen Eröffnung eingeläutet. Bis Ende November erwartet die Besucher dann ein Veranstaltungsmix aus Hoch- und Alltagskultur zwischen Jugendstil, Industrie- und DDR-Architektur.

Auch die vom Bergbau geprägte Region mit Mittelsachsen, dem Erzgebirge und dem Zwickauer Land ist Teil der Kulturhauptstadt. So verbindet

dustrie. „Sächsisches Manchester“ sei die Stadt gar genannt worden. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem große Teile der Innenstadt und der Betriebe zerstört wurden, wurde die Stadt in Karl-Marx-Stadt umbenannt und als sozialistische Musterstadt wieder aufgebaut. Nach der Deindustrialisierung der Nachwendejahre gilt Chemnitz heute wieder als einer der führenden Forschungs- und Entwicklungsstandorte für Mikrosystemtechnik, Sensorik, Textilforschung, aber auch für Wasserstoff-Mobilität.

Chemnitz hatte sich im Rennen um den Titel im Jahr 2020 gegen die Mitbewerber Nürnberg, Hannover, Magdeburg und Hildesheim durchgesetzt. Viele Engagierte wollen die Stadt mit dem Kulturhauptstadtjahr aus dem Schattendasein herausbringen. Sie als lebendigen und gastfreundlichen Ort im Osten Deutschlands präsentieren. Andere Chemnitzer sind zurückhaltender, fühlen sich nicht mitgenommen, verstehen Teile des Programms nicht. Hinzu kommt: Rechtsextremistische Gruppen wie die „Freien Sachsen“ haben Proteste rund um die Eröffnung angekündigt. Die Stadt hadert mit ihrem negativen Image, seit sie im Spätsommer 2018 durch gewalttätige Ausschreitungen nach einem tödlichen Messerangriff in die Schlagzeilen geraten war. Rechte hatten damals unter anderem Menschen mit einem vermeintlichen Migrationshintergrund angegriffen, und die Stadt zu einem Symbol rechter Gewalt gemacht. Zahlreiche Chemnitzer wollten das nicht hinnehmen und gründeten das „Kosmos“-Kulturfestival für Toleranz und Weltoffenheit. Das Demokratiefest mit Konzerten, Ausstellungen und Diskussionen besteht bis heute. Viele der (jungen) Macher aus dem Gemeinschaftsprojekt bringen sich auch bei der Kulturhauptstadt ein. Wie viele Städte im Osten leidet aber auch Chemnitz unter der Abwande-



Kultur aus der Garage: Einige Garagenhöfe aus DDR-Zeiten sollen während des Kulturhauptstadtjahres mit Festen, Konzerten und Kunstaktionen zu Orten der Begegnung werden. © Peter Rossner

DAS IST GEPLANT

Chemnitz

Mit einem Festakt im Opernhaus, einer Show am Karl-Marx-Kopf und einem Programm in der Stadthalle wird am 18. Januar das Kulturhauptstadtjahr in Chemnitz eröffnet. Rund 60 Kulturhauptstadtprojekte geben Einblicke in ihre Vorhaben. Unter dem Motto ‚C the Unseen‘ will Chemnitz wenig gesehene Seiten der Stadt und Region zeigen. Besucher können in den kommenden elf Monaten bei über tausend Veranstaltungen das europäische Miteinander feiern. Zur Eröffnung werden unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) erwartet. Rund 25 Millionen Euro Förderung hat Chemnitz jeweils vom Bund und vom Land Sachsen erhalten.

Im Mittelpunkt des Programms aus Veranstaltungen, Ausstellungen und Festivals stehen lokale Geschichten und Gesichter. Neben dem Kunst- und Skulpturenweg „Purple Path“, der zeitgenössische Kunst präsentiert, zählt die Ausstellung „Silberglanz und Kumpelotod“ im Staatlichen Museum für Archäologie (noch bis Juni 2025) zu den Höhepunkten im Programm: Hier erfahren Besucher mehr über die glänzenden und die dunklen Seiten der Geschichte und Gegenwart des Bergbaus in der Region. Die Theater Chemnitz greifen das Thema mit dem Stück „Rummelplatz“ auf. Basierend auf dem Wismut-Roman des 1934 in Chemnitz geborenen Autors Werner Bräunig entsteht als Auftragswerk eine Oper, die im September 2025 uraufgeführt werden soll. Ab April zeigt und vergleicht das Industriemuseum in der Ausstellung „Tales of Transformation“ die Entwicklung ehemaliger europäischer Industriestädte.

Im Bereich der bildenden Kunst ist vor allem der Expressionist Karl Schmidt-Rottluff zu nennen. In seinem Elternhaus im Chemnitzer Westen wird im Frühjahr das deutschlandweit erste Schmidt-Rottluff Museum eröffnet. Um den norwegischen Maler Edvard Munch und das Gefühl der Angst in der Kunst geht es ab August in den Kunstsammlungen am Theaterplatz. Munch hielt sich 1905 für einige Wochen in Chemnitz auf. In Chemnitz-Nord wird das ehemalige Heizkraftwerk im Juli und August zu einer Galerie für zeitgenössische Kunst: Das Festival „Begehungen“ widmet sich in seiner 22. Ausgabe Themen wie Ressourcenverbrauch, Artenvielfalt und Klimawandel.

Nova Gorica und Gorizia

Neben Chemnitz trägt die slowenisch-italienische Grenzstadt Nova Gorica und Gorizia den Titel: eine Besonderheit, denn es ist die erste grenzüberschreitende Kulturhauptstadt Europas. Diese besteht aus dem historischen italienischen Teil im Baustil der Habsburger Monarchie und aus einer sozialistischen Planstadt des ehemaligen Jugoslawiens. Kein Wunder also, dass das Programm unter dem Motto „Go Borderless“ steht.

Am 8. Februar 2025 geht es dort los: Ein bunter Umzug soll dann vom italienischen Bahnhof zum Bahnhof im slowenischen Teil führen und die Bürger beider Städte zusammenbringen. Im Zentrum des Programms soll das Kulturhauptstadtviertel stehen, das auf dem Grenzstreifen zwischen den ehemaligen Zollkontrollstellen als Ort für Veranstaltungen dient. Neben dem Konzept der Grenzen können Besucher auch die komplexe Beziehung der Menschen zur Grenze erkunden.

Nach der Eröffnung sind rund 400 Veranstaltungen geplant. Dazu gehören neben Filmpräsentationen und Opernvorführungen auch grenzüberschreitende Tanzveranstaltungen. Thematisch geht es vor allem um Krieg und Frieden, Wiederaufbau, grüne Nachhaltigkeit, aber auch die Ökonomie des Schmuggels. lbr

Lisa Brühlner

derung junger Menschen. Dass sich daran langfristig etwas ändert, dazu will das „Team Generationen“ der Kulturhauptstadt beitragen, wie Lena Rothe berichtet. Laut einer Jugendumfrage der Stadt vom Frühjahr 2023 planen nur 22 Prozent der Jugendlichen, in Chemnitz zu bleiben. Da setze man an: „Im Projekt ‚Create.U‘ werden junge Menschen von der Idee bis zur Umsetzung darin unterstützt, eigene Kulturprojekte zu entwickeln, die dann Teil der Kulturhauptstadt werden“, sagt Rothe. Mentoren sind als „der kritische Freund“ an ihrer Seite. Dahinter stehe die Idee, die eigene Stadt durch Selbstwirksamkeit neu zu entdecken und die Fähigkeiten zu vermitteln, über das Titeljahr hinaus eigene Projekte zu organisieren.

Zwei Millionen Besucher werden in Chemnitz erwartet

Ein Projekt von Jugendlichen etwa will über mehr Kunst im öffentlichen Raum das Stadtbild verändern und Stromkästen in Chemnitz und dem Unland kreativ gestalten. „Das Team Generationen wurde ins Leben gerufen, um junge und ältere Menschen aktiv in das Programm einzubinden und ihre Perspektiven stärker zu berücksichtigen“, erklärt Rothe. Ansprechen wollen sie auch Jugendliche, die noch nicht so gut vernetzt sind. Dafür gehen sie in Schulen und zu Veranstaltungen, organisieren donnerstags einen offenen Treff. Jugendliche im ländlichen Raum zu erreichen, bleibe jedoch eine Herausforderung: Ein Großteil der rund 50 teilnehmenden 14- bis 27-Jährigen komme aus

der Stadt. Auch deshalb wünschen sie sich noch mehr Interesse am Programm und einen gewissen Anstreckungseffekt nach der Eröffnung. Auf einen Push für das Selbstbewusstsein der Stadt und internationale Besucher hofft auch Gästeführerin Ramona Wagner. Die Veranstalter rechnen mit zwei Millionen Besuchern. „Ich hatte noch nie so früh so viele Buchungen für das Folgejahr wie für 2025“, erzählt die 67-Jährige zu Beginn ihrer Tour am Chemnitzer



Die meisten basteln hier an Motorrädern oder Oldtimern, manche haben auch eine kleine Werkstatt oder einen Partyraum mit Sofa und einer Shisha-Pfeife.

UWE WIRKNER ÜBER SEINE GARAGENGEMEINSCHAFT

mit dem Fahrrad, im Winter mit Straßenbahn und Bus führt Wagner Besucher zu den so genannten Interventionsflächen, Infrastrukturvorhaben für die Stadtgemeinschaft. 30 solcher Flächen entstehen im gesamten Stadtgebiet. Sie werden Chemnitz über das Kulturhauptstadtjahr hinaus erhalten bleiben – ein „60-Millionen-Euro-Infrastrukturprojekt für Chemnitz“ nennt es Ramona Wagner. Auf langfristige Verbindungen setzen sie auch im Mehrgenerationenhaus

ria Sturm: Sie werden derzeit in 50 Schaufenstern von Geschäften in der Innenstadt gezeigt. Gesammelt sollen die Porträts ab Mai auf dem ehemaligen Betriebschef der Chemnitzer Verkehrs-AG ausgestellt werden: Der „Garagen-Campus“ im Stadtteil Kappel, auch eine Interventionsfläche, soll ab März zu einem Ort für Tüftler und Bastler werden.

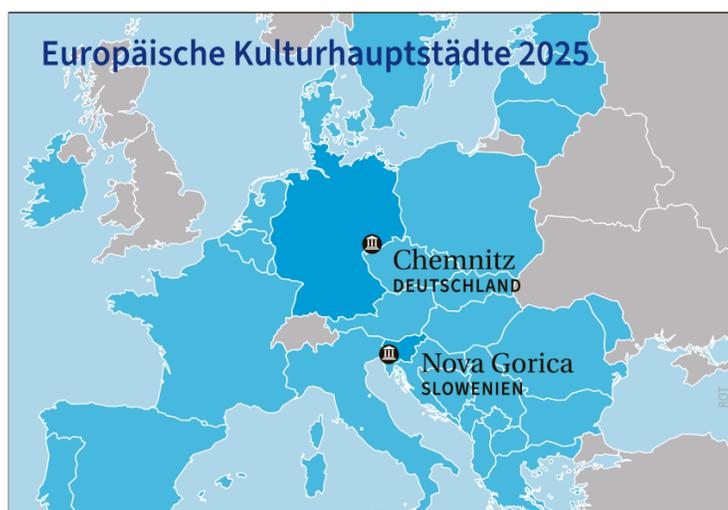
Einige der Garagenhöfe sollen mit Festen, Konzerten und Workshops als Gemeinschaftsorte aktiviert werden. Auch die Garagengemeinschaft von Uwe Wirkner ist mit dabei: Der 72-Jährige hat sichtlich Freude daran, Fremden „sein“ Garagenviertel, den Bauabschnitt 5, zu zeigen. „Man hat damals die Garage genommen, die verfügbar war – egal wo“, erzählt Wirkner. Auf seinen Trabant habe er zehn Jahre gewartet. Es freut ihn, dass die Tradition, sich gemeinschaftlich um die Garagen zu kümmern, weiterlebt. „Die meisten basteln hier an ihren Motorrädern oder Oldtimern, manche haben auch eine kleine Werkstatt oder einen Partyraum mit Sofa und einer Shisha-Pfeife“, erzählt er beim Rundgang. 90 Euro betrage die Pacht bei ihnen für eine Garage – im Jahr.

Und was bewahrt er in seiner Garage auf? „Ich bin gelernter Koch und habe 48 Jahre bei MITROPA gearbeitet. Seit meiner Lehrzeit sammle ich das Geschir und alte Gegenstände – die Garage ist voll davon“, verrät Wirkner. Dass die Öffentlichkeit das auch zu Gesicht bekommt, ist sein nächstes Projekt. Die Gespräche für eine MITROPA-Ausstellung im Industriemuseum nach dem Kulturhauptstadtjahr laufen schon, berichtet er. Viele der Projekte zeigen, dass das Kulturhauptstadtjahr langfristig Spuren hinterlassen soll – in den Köpfen, der Stadt und ihrer Infrastruktur. Und doch fragen sich einige Chemnitzer schon heute, wie nachhaltig der Effekt sein wird. Barbara Edler etwa setzt ein Fragezeichen dahinter, ob ein Jahr ausreicht, um die Mentalität vieler Einwohner zu verändern und junge Leute in der Stadt zu halten. Auch Graziela Hennig hat Sorge, dass die Euphorie nach dem Kulturhauptstadtjahr wieder abebbt. Vor allem, wenn die Fördergelder nicht mehr da sind. Doch die Arbeit mit den europäischen Freiwilligen gibt ihr auch Grund zur Hoffnung: Dass es möglich ist, Brücken zu bauen – zwischen Generationen, Kulturen und den Perspektiven, die Chemnitz ausmachen.

in Kappel: Bei den Freiwilligen sitzen bei einer Tasse Tee die Senioren Uwe Wirkner und Barbara Edler. In einem Projekt zu Digitalisierung und Nachhaltigkeit überwinden sie hier einmal im Monat kochend (kulinarische) Grenzen, denken über Umweltfragen nach oder tauschen sich per Video-Chat mit Senioren aus Frankreich und Bulgarien über Rezepte aus. Wirkner und Edler freuen sich über das europäische Flair im MGH und in der Stadt. Edler ist Mitinitiatorin des Chemnitzer Sprachencafés, das jeden Freitag 20 Nationen zusammenbringt. Sie berichtet, dass sich schon etliche Freunde für einen Besuch in diesem Jahr angekündigt haben. Wirkner sieht im Titeljahr „eine Riesenchance, die es nur einmal gibt“, das schlechte Image loszuwerden.

Blick hinter die Garagentore und in Biografien

Der gebürtige Chemnitzer engagiert sich im Projekt „#3000Garagen“, das Menschen und ihre Geschichten mit und in den Garagen ins Rampenlicht rücken will: Rund 30.000 Garagen wurden zu DDR-Zeiten von den Bürgern in der Stadt gebaut. „Jeder wollte damals eine Garage haben, das war wie ein Haus“, erinnert sich Wirkner. Genutzt wurden sie nicht nur als Abstellplatz für Autos, sondern auch als Treffpunkt. Von den Garagenbesitzern und ihren Orten der Begegnung erzählen Porträts der Fotografin Ma-





„Ergebnisoffen geprüft“:
Robert Habeck bei seiner
Vernehmung

© pa/Geisler-Fotopress/
Bernd Elmenthaler

Ob die von den Grünen geführten Ministerien für Umwelt und Wirtschaft bei der Frage des möglichen Weiterbetriebs der letzten drei deutschen Atomkraftwerke über das Jahresende 2022 hinaus ergebnisoffen geprüft oder die Öffentlichkeit getäuscht hätten, sollte der 2. Untersuchungsausschuss des Bundestages ermitteln. Für den Vorsitzenden des Gremiums, den CDU-Abgeordneten Stefan Heck, ist die Beweislage jetzt eindeutig: „Wir müssen heute feststellen, dass es diese ergebnisoffene Prüfung nicht gegeben hat.“ Heck sprach „von einem großangelegten Täuschungsmanöver“. Gegen den Rat der Fachebene seien längere Laufzeiten abgelehnt worden.

Dem widersprachen die am Mittwoch und Donnerstag vernommenen letzten Zeugen aus der Bundesregierung mit Vehemenz. Kanzler Olaf Scholz (SPD) bewertete das für die Opposition besonders wichtige Beweisstück, einen Vermerk von Umwelt- und Wirtschaftsministerium vom 7. März 2022, in dem eine längere Laufzeit der letzten drei Kernkraftwerke aus Gründen der nuklearen Sicherheit abgelehnt wird, ganz anders. Dass eine Verlängerung gar nicht gehe, stehe nicht drin, so der Kanzler. „Meine Einschätzung war: Da schauen wir noch mal.“

Sicherheit der Energieversorgung war für Habeck am wichtigsten

Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wies die Vorwürfe der Opposition zurück. Seine Weisung sei eindeutig gewesen, ergebnisoffen zu prüfen. „Es gab keine Denkverbote“, versicherte Habeck. Seine Devise sei gewesen: „Machen, was hilft und was geht.“ Die sichere Energieversorgung sei für ihn zentral gewesen. „Die Hütte brannte lichterloh“, erinnerte Habeck an die Zeit nach Kriegsbeginn. Und Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) widersprach Darstellungen, dass ihr Ministerium eine Verlängerung der Laufzeiten von vornherein abgelehnt habe.

Scholz bezeichnete die Verlängerung der gesetzlich begrenzten Laufzeit der letzten drei aktiven deutschen Kernkraftwerke von Ende 2022 auf Mitte April 2023 als „sinnvollste Lösung“, um nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges die Versorgung mit Energie sicherzustellen und einer drohenden extremen Verteuerung zu begegnen. Der Kanzler hatte die Verschiebung des Abschalttermins am 19. Oktober 2022 mit dem seltenen Instrument der Richtlinienkompe-

Atom-Untersuchungsausschuss schließt Zeugenvernehmungen ab

Wenn die Hütte brennt

Scholz und Habeck versichern ergebnisoffene Prüfung einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Für die Opposition ist der Beweis der Täuschung durch die Regierung erbracht

tenz vorgegeben, weil sich Habeck und der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) über das Vorgehen nicht einigen konnten. Die Grünen wollten allenfalls die zwei süddeutschen Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim II über den Jahreswechsel hinaus weiterbetreiben, die Liberalen drängten auch auf Einbeziehung der Anlage Emsland, die Reaktivierung von zwei bereits stillgelegten Anlagen und einen Weiterbetrieb bis über den Winter 2023/2024 hinaus.

Scholz berichtete, alte Kraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen, mache gar keinen Sinn. Das komme viel zu teuer und setze langwierige neue Genehmigungsverfahren voraus. Atommeiler als kalte Reserve vorzuhalten (das war zunächst Habecks Vorschlag), sei auch nicht möglich. Sie könnten nicht einfach an- und ausgeknipst werden.

Für Scholz kam, wie er sagte, nur noch in Frage, die Kraftwerke über den bevorstehenden Winter weiterzubetreiben. Dafür reiche noch der Brennstoff, hätten die Betreiber versichert. Die Brennelemente könnten ausgelutscht werden. Scholz hatte die Hoffnung, dass sich bei einem Gespräch mit Habeck und Lindner am 16. Oktober noch eine Einigung erzielen lasse. Doch der grüne und der liberale Minister wollten nicht. Da kündigte er ihnen an, die Angelegenheit mit seiner Richtlinienkompetenz zu regeln, so der Kanzler: „Das muss ich auf meine Kappe nehmen.“

Hinsichtlich der Richtlinienentscheidung machten die Vernehmungen unterschiedliche Sichtweisen der Zeugen deutlich. Ein „Streckbetrieb auf Abruf“ der Kernkraftwerke für den Winter sei bereits in Vorbereitung gewesen, berichtete Habeck. Eine finale Entscheidung sollte im Dezember getroffen werden. Das Gesetz habe vorgelegen, aber die FDP habe blockiert, weil sie ideologisch auf längere Laufzeiten festgelegt gewesen sei. Diese Blockade sei erst durch die Richtlinienentscheidung des Kanz-

lers aufgelöst worden. „Ich konnte mit dieser Entscheidung sehr gut leben“, sagte Habeck. Lemke betonte, sie habe auch unter dem Aspekt der nuklearen Sicherheit zugestimmt. Sie bezeichnete den gesamten Entscheidungsprozess als völlig transparent.

Kein Problem im Kanzleramt mit der grünen Parteitagshyrie

Lindner hingegen berichtete, Scholz, Habeck und er hätten sich Mitte Oktober darauf geeinigt, die Laufzeit der drei Kernkraftwerke bis in den April hinein zu verlängern. Dass die Emsland-Anlage im Gegensatz zum Willen des grünen Koalitionspartners dabei war, wertete er als Verhandlungserfolg. Zurückgesteckt habe die FDP bei der Laufzeit. Sie habe noch den Winter 2023/2024 mit einbeziehen wollen. Lindner erinnerte an die Bundesversammlung der Grünen vom 14. bis 16. Oktober 2022, wo nur dem Weiterbetrieb von zwei Atomkraftwerken unter Bedingungen „zugestimmt worden war. Das Kernkraftwerk Emsland sollte Ende 2022 abgeschaltet werden. Doch Scholz habe sich mit Habeck und ihm auf die Dreierlösung geeinigt, sagte Lindner. Und die habe der Kanzler mit seiner Richtlinienkompetenz am 17. Oktober 2022 dann auch durchgesetzt. Lindner sprach von einem pragmatischen Schritt.

Im Kanzleramt war der Beschluss der Grünen-Bundesversammlung ohnehin mit Fassung zur Kenntnis genommen worden. Der Text des Antrags sei übliche Parteitagshyrie, schmunzelte Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (SPD). Er sei der Überzeugung, dass die Laufzeitverlängerung richtig war. Und das begleitende Gezerre? Für ihn ein typisches Ampel-Symptom: Beide Koalitionspartner der SPD seien halt in unterschiedliche Richtungen gelaufen.

Habeck hatte bei seiner Vernehmung die Möglichkeit genutzt, die Lage in Deutschland nach Beginn des Ukraine-Krieges darzustellen. Die bei sei-

nem Amtsantritt als Wirtschaftsminister Ende 2021 vorgefundene starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen habe er als „bedrohlich“ empfunden. Für die Lage trage die Vorgängerregierung die Verantwortung. Als der Krieg gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 begonnen habe, sei ihm sofort klar gewesen, „dass die Versorgungslage an der Kante“ stehe. „Als der Krieg kam, war klar, dass wir in einer erpressbaren Situation sind – bei einem Gasspeicherstand von 27 Prozent“, sagte Habeck. Deutschland sei abhängig und verwundbar gewesen.

Habeck schilderte, dass er unmittelbar nach seinem Amtsantritt eine andere Politik eingeleitet habe. „Ich habe sofort Energiesicherheit in den Mittelpunkt meines Handels gestellt“, erklärte er. So seien dank eines von ihm auf den Weg gebrachten Gesetzes die Gasspeicher wieder voll gewesen, als Putin die Gasversorgung abgedreht hatte. Die Versorgungssicherheit sei gewährleistet gewesen. Ein Embargo von russischem Gas, wie das der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz gefordert habe, habe er abgelehnt, schilderte Habeck. Eine für diesen Fall drohende Rezession mit Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um sechs Prozent und eine Gasman-

gellage „hätte unser Land nicht ausgehalten.“ Doch durch „entschlossenes Handeln“ habe man die Voraussetzungen für eine sichere Versorgung mit Erdgas geschaffen, denn schließlich habe Putin die Lieferungen gestoppt.

Habeck schilderte, wie sich die Situation im Jahr 2022 mehrfach verändert habe. Die Atomdebatte sei vor dem Hintergrund der Gasversorgung und der leeren Speicher zu sehen. Eine Überlegung sei gewesen, die Atomkraftwerke im Sommer nicht so stark zu nutzen, um sie dafür noch im Winter 2023 zur Verfügung zu haben. Grundlage dieser Überlegung sei gewesen, dass man im Sommer genug Gas gehabt hätte. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Die Füllmenge der Speicher habe nur noch 27 Prozent betragen. „Daher gelangten wir zu der Überzeugung, dass der Streckbetrieb nichts gebracht hätte“, erläuterte Habeck.

Eine Verlängerung der Laufzeiten über den Winter hinaus sei zudem negativ beurteilt worden, weil die Betreiber dafür neue Brennstäbe gebraucht hätten, deren Lieferung zwölf bis 15 Monate in Anspruch genommen hätte. Außerdem hätten die Betreiber den Staat für den Weiterbetrieb in Haftung nehmen wollen, was den Staat faktisch zum Betreiber gemacht hätte. Er habe damals zusammen mit Lemke einen Streckbetrieb „als insgesamt nicht sinnvoll“ erachtet.

Später hatte sich die Lage nach Darstellung von Habeck geändert: „Es erhöhten sich die Risiken für den Winter Schritt für Schritt“. Habeck erinnerte, dass Russland Ende August die Lieferungen komplett gestoppt habe, französische Atomkraftwerke seien ausgefallen. Durch den niedrigen Wasserstand des Rheins habe die Versorgung von Kohlekraftwerken mit Kohle nicht mehr sichergestellt werden können. Ende August habe er begonnen, über eine Einsatzreserve durch die deutschen Kernkraftwerke nachzudenken.



Bundeskanzler Olaf Scholz © pa/dpa/M. Kappeler

fla/hle

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche

»Sehr belastende Situation«

Erstmals seit 1988 ist in Deutschland die Maul- und Klauenseuche (MKS) ausgebrochen. Erste Länder verhängen Importverbote, Tierhalter fordern Entschädigung

Die aktuellen Fälle der Maul- und Klauenseuche versetzen die Agrarbranche in große Sorge. Mit Beginn der Grünen Woche, dem wichtigsten Treffen von Landwirtschaft und Lebensmittelherstellern, wird über die wirtschaftlichen Folgen nach dem Ausbruch genauso diskutiert wie über Maßnahmen, um die hochsteckende Krankheit einzudämmen. Übereinstimmend kündigten Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) und Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), an, die Agrarmesse auch dazu zu nutzen, mit den internationalen Partnern sowie mit politisch Verantwortlichen über drohende Handelsbeschränkungen sowie über mögliche Hilfen für betroffene Betriebe zu reden. Länder wie Großbritannien, Kanada, Mexiko und Südkorea haben seit dem MKS-Ausbruch den Import von Fleisch und Milch aus Deutschland untersagt.

Einziges Lichtblick: Keine Ausweitung der Sperrzonen

Zwar habe die Europäische Kommission die von Brandenburg eingerichteten Sperrzonen bestätigt und damit keine Ausweitung des Sperrgebietes verlangt, das sei für Landwirte „ein Lichtblick in einer sehr belastenden Situation“, sagte Özdemir. Mit der Entscheidung aus Brüssel könnten Fleisch und auch Milchprodukte, die außerhalb der Sperrzone erzeugt wurden, weiter in der EU gehandelt werden, jedoch gibt es große Zweifel, ob die internationalen Handelspartner deutsche Produkte abnehmen. In einer Sondersitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zeigten sich die Abgeordneten sehr besorgt, auch weil weiter unbekannt ist, wie das Virus auf den Hof gelangen konnte und wann sich die Tiere infiziert haben. Bei dem infizierten Wasserbüffel aus Brandenburg habe das Friedrich-Löffler-Institut (FLI), das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, den MKS-Virus vom Serotyp O festgestellt. Ein

absichtliches Einbringen des Virus in den Hof schließen die Experten aus. Vielmehr könne der Erreger durch Essensreste dorthin gelangt sein. Von Seiten der SPD-Fraktion wurde die Herstellung und das Bereitstellen von Impfstoffen thematisiert. Für MKS-Viren geeignete Impfstoffe seien in der MKS-Antigenbank Deutschland vorhanden. Diese MKS-Antigenbank sei extra für Fälle wie den aktuellen Ausbruch eingerichtet worden. Markus Schick, Leiter der Abteilung Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), betonte, dass 750.000 Impfdosen innerhalb weniger Tage produziert werden könnten. Der Stoff sei zwei Jahre haltbar und könne, wenn er nicht für den aktuellen Fall zum Einsatz käme, auch exportiert werden. Das Land Brandenburg müsse den Antrag stellen, doch das sei bisher noch nicht erfolgt. Kritik am derzeitigen Krisenmanagement des Landes Brandenburgs übte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Dort verwies man auf TV-Berichte, wonach Journalisten auf dem Gelände des Nachbarhofs des betroffenen Unternehmens herumgelaufen seien. Bei einem derart hochansteckenden Virus und der Gefahr einer Verbreitung, sollten solche Termine erst einmal unterbleiben. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP machten auf den wirtschaftlichen Schaden aufmerksam, der bereits entstanden sei. Auch wenn laut EU-Recht Warenlieferungen aus Ländern, in denen MKS regional auftritt, weiterhin frei handelbar seien, sehe das in der Realität anders aus. Der Handel würde Fleisch, Fleischprodukte, aber auch Milch und Milchprodukte nicht mehr nachfragen. Die Landwirte und die Hersteller blieben auf ihren Produkten sitzen. Es sei nicht geklärt, wer für den Schaden aufkomme, die Tierseuchenkasse werde wahrscheinlich nicht alle Schäden ersetzen. Der Abgeordnete der AfD-Fraktion erkundigte sich nach der Höhe der Schäden. Das BMEL könne den wirtschaftlichen Schaden, der durch den

Ausbruch entstanden ist, derzeit jedoch noch nicht beziffern. Der DBV hat bekannt gegeben, dass das Umsatzvolumen deutscher Landwirtschaftsbetriebe mit tierischen Produkten in Drittländer bei fünf Milliarden Euro pro Jahr liege. Von Seiten der Gruppe Die Linke kam der Hinweis, der Seuchenausbruch sei bisher regional, bei Tierseuchen wie beispielsweise der Afrikanischen Schweinepest (ASP) habe man Möglichkeiten gefunden, dass der Handel aus unbelasteten Regionen fortgesetzt werden konnte.

Tests ergaben bisher keine weiteren MKS-Befunde in Brandenburg

Bei der Bekämpfung der MKS hält sich die Landesregierung in Brandenburg nach eigenem Bekunden strikt an EU-Recht. Als am 10. Januar der MKS-Ausbruch in der Wasserbüffelherde in Hönow, Landkreis Märkisch-Oderland, bekannt wurde, sei sofort der Transport von Klautieren untersagt worden. Dieses Verbot besteht fort. In einem Radius von einem, drei und zehn Kilometern um den Infektionsherd wurden Schutz- beziehungsweise Überwachungszonen eingerichtet.

Laut EU-Recht sind Tiere in der Schutzzone I zu töten und zu entsorgen. Das betraf die positiv getestete Wasserbüffelherde sowie 200 Schweine im Landkreis Barnim. Bei den Schweinen fiel der Test negativ aus. Ebenfalls getötet wurden Tiere in Schöneiche, weil dorthin Futtermittel von dem Büffelhof gebracht worden waren. Die Tests in der Schutzzone II sind abgeschlossen, allerdings liegen die Ergebnisse noch nicht vollständig vor. Ein weiterer Verdachtsfall im Landkreis Barnim, der Mittwoch bei einer Ziege aufgetreten ist, hat sich nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums nicht bestätigt. Im benachbarten Berlin bleiben der Zoo und der Tierpark vorsorglich geschlossen. Auf der Grünen Woche, die vom 17. bis 26. Januar dauert, werden in diesem Jahr keine Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen oder Alpakas ausgestellt.

Nina Jeglinski



Zu viele Solaranlagen zeitgleich am Netz sind ein Problem.

© picture alliance/Winfried Rothermel

Wenn zu viel Strom im Netz ist

Problem Brownout

Experten fordern »Not-Aus« für Photovoltaik-Anlagen

Der Solarboom hält an. Deutschlandweit wurden im Jahr 2024 über eine Million Solarstromanlagen installiert. Eine gute Nachricht für die Energiewende. Doch die Erfolgsgeschichte der Photovoltaik-Anlagen hat eine Schattenseite: Viele dieser kleinen dezentralen Anlagen liefern Strom gerade dann, wenn er nicht gebraucht wird – Stichwort Mittagsspitze. Dieser Überschuss sorgt für Probleme im Netz, dessen Frequenz stabil bleiben muss. Es drohen sogenannte Brownouts: Ganze Verteilernetzstränge und damit Endverbraucher müssten temporär von der Stromversorgung getrennt werden, um die Netzstabilität zu gewährleisten.

Das möchte die Bundesregierung vermeiden und hat daher einen Gesetzesentwurf „zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Vermeidung von temporären Erzeugungsschüben“ (20/14235) vorgelegt. Bei einer Expertenanhörung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie am Mittwoch fanden die darin enthaltenen Maßnahmen breite Zustimmung. Unisono wurde gefordert, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Wirksame Preissignale und Steuerungsmöglichkeiten

Stefan Kapferer, Vorsitzender der Geschäftsführung des Netzbetreibers 50Hertz Transmission GmbH, sagte während der Anhörung, Deutschland sei sehr stark bei der Systemstabilität und der Versorgungssicherheit, „auch bei kalter Dunkelflaute“. Nicht so gut sei man beim Thema Flexibilität aufgestellt. „Wenn es beim PV-Ausbau so weitergeht, und wir nicht zusätzliche Maßnahmen bekommen, um steuern einzugreifen, wird das in der Zukunft eine schwierigere Situation werden“, sagte Kapferer. Die geplanten Maßnahmen seien dringend erforderlich. „Wir brauchen wirksame Preissignale und auch Steuerungsmöglichkeiten im System.“ Komme dies nicht, werde die nächste Bundesregierung im Frühjahr oder Sommer „mit Situationen konfrontiert sein, die wir uns alle nicht wünschen“, warnte er.

Was Kapferer hier formulierte, brachte Andreas Gentsch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung beim Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), auf den Punkt:

Keine Regierung wolle „Brownouts“ oder Diskussionen darüber, ob das Netz stabil ist. Keine Regierung wolle den PV-Ausbau schwächen.

Die Energieversorgungsunternehmen unterstützten den Entwurf, sagte Gentsch: Es seien alles „no regret-Regelungen“ – also Dinge, „die wir ohnehin brauchen, unabhängig davon, wie die energiepolitischen Weichenstellungen der nächsten Bundesregierung aussehen“.

Andreas Kießling, Leiter Politik beim Energieanbieter Bayernwerk AG, sagte, lasse man den Zubau bei PV-Anlagen einfach so weiterlaufen, erhöhe man weiter die mittägliche Erzeugungsspitze, was zu erheblichen Herausforderungen für einen sicheren Netzbetrieb führe. Kießling forderte ein „Not-Aus“ für Bestandsanlagen. Wichtig sei auch das Thema „Spitzenkappung“ für Neuanlagen. Darin bestehe ein Anreiz für netzdienliche Speicherung.

Nach Aussage von Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband Solarwirtschaft (BSW), geht von PV-Anlagen kurzfristig keine Beeinträchtigung für die Systemsicherheit aus. Wie im Gesetzentwurf vorgesehen sei jedoch sicherzustellen, „dass die Netzbetreiber die steuerbaren Anlagen im Notfall auch wirklich steuern“. Bis das gewährleistet ist, könne kurzfristig eine zusätzliche Steuerbarkeit auch für kleinere Anlagen geschaffen werden, die auf vorhandener Technik wie Wechselrichtern und Energiemanagementsystemen aufbaut.

Zuschuss zur Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte

Thema der Anhörung war auch die von SPD und Grünen geplante Dämpfung der Übertragungsnetzentgelte (20/14026). Grundsätzlich ein guter Gedanke, findet man beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). 2023 sei für die Stabilisierung der Netzentgelte ein Zuschuss von 5,5 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds gewährt worden, wodurch sie im Mittel bei 3,12 ct/kWh gelegen hätten. Die jetzt vorgesehenen 1,32 Milliarden Euro für 2025 greifen aus Sicht des BDI allerdings deutlich zu kurz. Um wieder ein Niveau von etwa 3 ct/kWh zu erreichen, würden eher sechs bis sieben Milliarden Euro pro Jahr benötigt, rechnete BDI-Vertreter Carsten Rolle vor.

Götz Hausding



Besorgter Minister Özdemir: Der MKS-Ausbruch und die Folgen für die Agrarbranche überschatten den Start der Grünen Woche. © picture-alliance/dpa

ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »DIE VERLEUGNETEN«

Aus dem Schatten der Geschichte

Lange Zeit wurden die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten nicht als Opfer der NS-Diktatur anerkannt. Eine Ausstellung in Berlin erzählt von ihren Schicksalen

Direkt neben dem Holocaust-Mahnmal in Berlin-Mitte erzählt eine Ausstellung von Menschen, die unter dem NS-Regime gelitten haben, deren Schicksale jedoch jahrzehntelang verschwiegen wurden. Es sind die Geschichten von Obdachlosen, Prostituierten oder Transvestiten und vielen mehr, die von den Nationalsozialisten als „Asoziale“, „Berufsverbrecher“ oder „Gemeinschaftsfremde“ abgestempelt wurden. Ihre Vergehen? Ihre Lebensweise entsprach nicht den sozialen und moralischen Vorstellungen des Regimes.

Die Ausstellung „Die Verleugneten“ beleuchtet die Schicksale jener, die lange am Rande der Erinnerungskultur standen. Zu den rund 80.000 Betroffenen gehört zum Beispiel Liddy Bacroff, die nachts ihren männlichen Namen ablegte und in Frauenkleidern durch das Hamburger Nachtleben zog. Oder Sibilla Rombach, die ohne die Erlaubnis ihrer Eltern einen jungen Mann besuchte. Auch Werner Thürmer, der auf Jahrmärkten arbeitete, wurde von den Behörden verfolgt und anschließend inhaftiert. Es brauchte nicht viel, um ins Visier der NS-Maschinerie zu geraten: eine unkonventionelle Lebensführung, wechselnde Partner oder das Nichteinhalten „gesellschaftlicher Normen“ reichten aus.

Bei der Verfolgung spielten Behörden wie die Jugend-, Arbeits- und Gesundheitsämter eine zentrale Rolle. Sie lieferten Informationen, die oft zur Verhaftung führten. Im Fall von Rudi Zerbst beispielsweise verweigerten die Behörden dem jungen Mann, als Zeichner zu ar-



Als „Asoziale“ oder „Berufsverbrecher“ bezeichneten die Nazis Menschen, die nicht den sozialen Normen des Regimes entsprachen. Einige Geschichten der rund 80.000 Betroffenen werden in der Ausstellung „Die Verleugneten“ erzählt.



© Stiftung Denkmal/Marko Priske

beiten. Anderen Berufen konnte er aufgrund eines Herzfehlers nur bedingt nachgehen. Daraufhin wurde er als „arbeits-scheu“ deklariert und inhaftiert.

Doch oftmals brauchte es nicht einmal konkrete Anschuldigungen: Viele Opfer landeten in „Vorbeugungshaft“ – ein Euphemismus für die willkürliche Inhaftierung, die meist in Konzentrationslagern (KZ) endete. Dort wartete

ein Alltag aus Gewalt, ständiger Angst und Zwangsarbeit. Frauen beispielsweise mussten Uniformteile für die Waffen-SS nähen und ausbessern. Bei kleinsten Vergehen drohten brutale Strafen. An einen der Aufseher erinnert sich Ilse Heinrich, eine Überlebende des Frauen-KZ Ravensbrück: „Ich dachte, der schlägt mich tot.“ Ilse Heinrich wollte eigentlich Kinderkrankenschwester werden

– auf dem Land musste sie jedoch auf Bauernhöfen und Feldern arbeiten. Mehrmals versuchte sie die Flucht in die Stadt, um dort an einem Krankenhaus anzufangen. Doch die „Fluchtversuche“ wurden ihr als „Faulheit“ ausgelegt. Schließlich wird sie in ein Arbeitshaus nach Güstrow in Mecklenburg und 1944 in das KZ Ravensbrück deportiert.

Während andere Opfer der NS-Diktatur später Anerkennung und Entschädigungen erhielten, wurden die „Asozialen“ und „Berufsverbrecher“ ignoriert. Die Gründe ihrer Verfolgung – Armut, Prostitution oder unkonventionelle Lebensweisen – galten auch nach dem Krieg als Makel. Entschädigungsforderungen wurden sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR abgelehnt.

Erst in den 1980er-Jahren begannen Historiker, sich mit dem Schicksal „der Verleugneten“ auseinanderzusetzen und die Lücken in der Erinnerungskultur zu schließen. Doch es sollten weitere Jahrzehnte vergehen, bis die politische Anerkennung folgte: Erst 2020 erkannte der Deutsche Bundestag die als „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten offiziell als Opfer des Nationalsozialismus an.

Im Zuge dessen entstand die Ausstellung „Die Verleugneten“, realisiert von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg. Ein längst überfälliger Schritt, um die Geschichten dieser Menschen ins Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken. **Carolyn Hasse**

Die Ausstellung „Die Verleugneten“ wird noch bis zum 31. Januar 2025 im B. Place in der Cora-Berliner-Straße 2, 10117 Berlin gezeigt. Sie ist von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Anschließend wird die Wanderausstellung in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg sowie an weiteren Orten in Deutschland und Österreich präsentiert. Weitere Informationen gibt es online unter: <https://www.die-verleugneten.de/>

VOR 35 JAHREN

Festnahme im Krankenzimmer

29.01.1990: Erich Honecker wird verhaftet Die Eilmeldung der Deutschen Presseagentur (dpa) lief am 29. Januar 1990 um 9.05 Uhr über den Ticker: „Honecker aus dem Krankenhaus direkt in Haft“. Gegen 7.00 Uhr sei der 77-Jährige in Anwesenheit seiner Ehefrau Margot von der Staatsanwaltschaft und Polizisten aus seinem Krankenzimmer in der Berliner Charité abgeholt, durch ein Spalier von Schaulustigen geführt und in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Rummelsburg gebracht worden. Die DDR-Justiz ignorierte dabei die Ärzte, die ihren Patienten für haftunfähig hielten.

22 Tage hatte sich der im Oktober 1989 gestürzte DDR-Staats- und SED-Chef wegen eines bösartigen Nierentumors an der Klinik behandeln lassen. Sein kritischer Gesundheitszustand sorgte letztlich dafür, dass Erich Honeckers Haft nicht lange andauerte: Schon am 30. Januar, um 16.50 Uhr, meldete die dpa: „Honecker ist frei“.

Der zuständige Haftrichter habe sich dagegen entschieden, einen Haftbefehl auszusprechen. Auch „unter Berücksichtigung der Schwere des gegen Honecker erhobenen Schuldvorwurfs“ – im Raum standen Hochverrat, Amtsmissbrauch und Korruption – stehe „der Gesundheitszustand des Beschuldigten einer Inhaftierung“ entgegen, hieß es. Ein Gutachten attestierte Honecker zudem Vernehmungsunfähigkeit. DDR-Ministerpräsident Hans Modrow hatte schon zuvor gefordert, eine Begnadigung oder Haftverschonung Honeckers „wohlwollend“ zu prüfen. Und der SPD-Politiker Egon Bahr erklärte, den Schwerkranken in ein Gefängnis zu schaffen, „mag zwar Rachegelüste befriedigen und schlechte Gewissen entlasten“, aber „mit einem normalen Rechtsstaat hat das nichts zu tun“.

Das Ehepaar Honecker hatte unterdessen noch ein anderes Problem: Nach dem Mauerfall mussten der einst starke Mann der DDR und seine Frau, ehemals Ministerin für Volksbildung, ihr Haus in der Waldsiedlung Wandlitz verlassen. Damit waren die Honeckers Ende Januar 1990 quasi obdachlos. Ausgerechnet ein evangelischer Pfarrer und SED-Gegner aus Brandenburg nahm die beiden bei sich auf.

Als Honecker im April 1990 in das sowjetische Militärhospital in Beelitz verlegt wurde, hatten deutsche Strafverfolger keinen Zugriff mehr auf ihn. Im März 1991 flogen die Honeckers ungehindert nach Moskau. Er wolle nach Deutschland zurückkommen, betonte Honecker, jedoch nur, wenn „dieser ungesetzliche Haftbefehl“, der noch bestand, aufgehoben werde. Doch das geschah nicht.

Auf Druck der Bundesregierung mussten die Honeckers Moskau Mitte 1992 verlassen. Margot durfte nach Chile zu ihrer Tochter, Erich Hone-



Erich Honecker (2. v.r.) wird 1990 in der Berliner Charité verhaftet. In Begleitung seiner Frau Margot verlässt er das Krankenhaus. © picture alliance / akg-images / Peter Hebler

cker wurde dagegen nach Deutschland ausgeliefert. Am 12. November 1992 begann vor dem Berliner Landgericht der Prozess gegen den inzwischen an Leberkrebs erkrankten Honecker. Dabei ging es nun auch um seine Verantwortung für den Schießbefehl an der Grenze und die Mauer-Toten. Der Angeklagte übernahm die politische Verantwortung, erklärte sich aber „frei von juristischer oder moralischer Schuld“. Im Januar 1993 wurde das Verfahren gegen Honecker eingestellt. Der Prozess, dessen Ende der inzwischen 80-Jährige wohl nicht mehr erleben werde, sei mit der Menschenwürde unvereinbar, entschied das Berliner Landesverfassungsgericht. Noch am selben Tag flog Honecker zu seiner Familie nach Chile, wo er am 29. Mai 1994 starb. **Benjamin Stahl**

AUSBLICK

So geht es weiter

Am Mittwoch, dem 29. Januar 2025, wird der Deutsche Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedenken. Die Gedenkstunde steht in diesem Jahr im Zeichen des 80. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Im Rahmen der Veranstaltung werden Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie der Holocaust-Überlebende Roman Schwarzmann eine Rede halten. Schwarzmann, 1936 in Berschad in der Oblast Winnyzja in der Ukraine geboren, überlebte als siebenjähriger Junge das Ghetto von Berschad.

In der Sitzungswoche vom 27. bis 31.

Januar 2025 stehen zudem Beratungen zur generationengerechten Rentenpolitik, Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft sowie ein Bericht über die Lehren aus dem Einsatz in Afghanistan auf der Tagesordnung. Außerdem soll über die Migrationspolitik, Antisemitismus an deutschen Schulen und Hochschulen und über die Beteiligung der Bundeswehr an Missionen der Europäischen Union sowie der Vereinten Nationen, unter anderem im Südsudan, debattiert werden.



© Deutscher Bundestag / Xander Heilm

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthemen vom 29. – 31.1.2025

Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus (Do), Generationengerechte Rentenpolitik (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

www.bundestag.de/mediathek:

Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.

leicht
erklärt!

Eine Gefahr aus dem Internet

Falsche Nachrichten und Bilder



Worum geht es?

Im Internet gibt es viele Dinge zu lesen.

Doch nicht alles davon ist wahr.

Oft gibt es im Internet auch das:
gefälschte Nachrichten und Bilder.

Das kann sehr gefährlich sein.

Das englische Wort dafür ist:
Fake News

Das spricht man etwa so aus:
Fäik Njus.

Fake bedeutet gefälscht.

News bedeutet Nachricht.



Wir verwenden dieses einfachere Wort
dafür:

Falsch-Nachrichten.

Diese Fragen werden in diesem Text
beantwortet:

- Was sind Falsch-Nachrichten?
- Was für Falsch-Nachrichten gibt es?
- Warum gibt es sowas?
- Warum sind sie gefährlich?
- Wie erkennt man sie?
- Was kann man gegen Falsch-Nachrichten tun?

Was sind Falsch-Nachrichten?

Manchmal sind Nachrichten falsch, die man im Internet findet.

Es kann das sein:

Die Nachricht ist aus Versehen falsch.

Es kann aber auch das sein:

Die Nachricht ist mit Absicht falsch.

Mit Falsch-Nachrichten sind die gemeint, die mit Absicht falsch sind.

Es sind also Lügen.

Viele davon findet man in sozialen Medien.



So heißen zum Beispiel diese Medien: Facebook, X, Instagram, TikTok, Telegram.

Soziale Medien heißen sie deshalb:

Dort ist man nicht alleine.

Man kann zum Beispiel das machen:

- Sich gegenseitig Nachrichten schicken.
- Texte kommentieren.
- Zeigen, dass man Texte mag, lustig oder traurig findet.

Die anderen Leute in diesen sozialen Medien sehen das dann.

Viele nutzen Apps an ihrem Handy, um die sozialen Medien zu lesen oder anzuschauen.



Was für Falsch-Nachrichten gibt es?

Falsch-Nachrichten sind nicht immer nur Texte.

Es gibt unterschiedliche Formen von Falsch-Nachrichten.

Das sind die wichtigsten davon:

1. Texte

Oft sehen Falsch-Nachrichten wie echte Nachrichten aus.

So wie von richtigen Zeitungen im Internet.

In den Texten stehen dann aber Lügen.

Zum Beispiel wird behauptet, dass ein Politiker etwas Bestimmtes gesagt hat.

Doch das ist dann oft komplett erfunden.

Oder die Aussage wurde verändert.

Oder wichtige andere Aussagen fehlen, die eigentlich dazu-gehören.



2. Bilder

Oft passiert es auch, dass Bilder gefälscht werden.

Dann sind Dinge darauf zu sehen, die gar nicht wahr sind.

Manchmal werden dafür Dinge aus Bildern entfernt oder hinzugefügt.

Es gibt aber auch Bilder, die ein Computer erfunden hat.

Denn Computer-Programme werden immer klüger.

Das schwierige Fach-Wort für diese Technik heißt so:

Künstliche Intelligenz.

Die Abkürzung dafür ist KI.

Mit KI kann man Bilder leicht fälschen.



3. Videos

Manche KI-Programme sind schon so gut, dass sie das können:

Videos erstellen, die echt aussehen.

Auf solchen Videos kann man dann zum Beispiel das sehen:

Eine Person tut etwas sehr Böses.

Doch in Wahrheit ist das nie passiert.

Oder es sieht so aus, als sei etwas an einem anderen Ort passiert als in Wahrheit.



Oft sind Falsch-Nachrichten auch eine Mischung aus diesen Dingen.

Zum Beispiel, wenn jemand in einem Video Lügen erzählt.

Oder wenn zu einer Nachricht ein Bild dazu getan wird, das etwas ganz anderes zeigt.



Warum gibt es Falsch-Nachrichten?

Es gibt verschiedene Gründe, weshalb Falsch-Nachrichten gemacht werden.

Das sind häufige Gründe:

1. Falsch-Nachrichten wegen Hass

Manche Menschen machen Falsch-Nachrichten, weil sie andere Menschen hassen.





Sie wollen diese anderen Menschen beleidigen.

Sie wollen, dass auch andere Leute diese Menschen hassen.

Der Hass kann gegen eine bestimmte Person gerichtet sein.

Oft ist aber auch eine ganze Gruppe gemeint.

Zum Beispiel Flüchtlinge.

2. Falsch-Nachrichten wegen Politik

Oft geht es bei Falsch-Nachrichten um Politik.

Zum Beispiel passiert das:

Es werden Lügen über Politiker und Parteien erzählt.

Parteien sind Gruppen von Politikern mit ähnlichen Meinungen, die zusammen-arbeiten.

Das ist das Ziel von solchen Falsch-Nachrichten:

Die Leser sollen eine bestimmte Meinung bekommen.



Zum Beispiel soll das passieren:

Die Leser sollen bestimmte Parteien nicht mehr wählen.

Oft kommen solche Falsch-Nachrichten aus anderen Ländern.

Das ist der Grund:

Die Regierungen von den anderen Ländern wollen, dass bei uns viele Menschen eine bestimmte Meinung haben.

3. Falsch-Nachrichten wegen Geld

Oft werden falsche Nachrichten auch darum geschrieben:

Die Leute wollen damit Geld verdienen.

Internet-Seiten können Geld damit verdienen, wenn das passiert:



Viele Leute klicken auf die Artikel von der Seite.

Denn auf der Internet-Seite gibt es auch Werbung.

Und wenn viele Leute die Werbung sehen, wird mehr Geld an die Seite bezahlt.



Damit viele Leute auf die Artikel klicken, passiert das:

Die Nachrichten werden sehr aufregend geschrieben.

Und es werden manchmal Dinge dazu erfunden, die gar nicht wirklich passiert sind.

Warum sind Falsch-Nachrichten gefährlich?

Richtige Nachrichten sind darum wichtig:

Alle Leute können erfahren, was wirklich passiert.

Und dann können sich die Leute eine eigene Meinung bilden.

Wenn sie nun aber viele falsche Nachrichten lesen, passiert das:

Die Leute bekommen eine andere Meinung, weil sie die Lügen glauben.

Und Lügen können sehr schlechte Laune machen.

Vielleicht spüren die Leute sogar Hass auf andere Menschen.

Und sie wählen vielleicht andere Parteien.

Oder sie haben Sorgen, die sie gar nicht haben müssen.

Manche tun dann wegen Hass anderen Leuten sogar weh.

Hass und Lügen sind also gefährlich für unser Zusammen-Leben.



Wie erkennt man Falsch-Nachrichten?

Es ist oft nicht leicht, eine falsche Nachricht oder falsche Bilder zu erkennen.

Wenn man im Internet etwas liest, kann man sich dafür diese Fragen stellen:

- Berichten auch andere über die gleiche Sache?
- Hat die Internet-Seite einen bekannten Namen?
- Hat die Nachricht eine bekannte Person geschrieben?
- Kann man auf der Internet-Seite herausfinden, wem sie gehört?



Wenn das so ist, dann ist die Nachricht eher wahr als gelogen.

Das muss aber nicht so sein.

Und oft sind diese Fragen schwer zu beantworten.

Wenn man nicht sicher ist, dann macht man am besten das:



Jemanden anderen fragen, ob die Nachricht wahr sein kann.

Oder man schaut danach:

Hat jemand anderes überprüft, ob die Nachricht wahr ist?

Das kann man im Internet unter diesem Begriff finden:
Fakten-Check.

Was kann man gegen Falsch-Nachrichten tun?

Wer eine Falsch-Nachricht entdeckt, der kann das machen:

Die Nachricht als Lüge melden.



Das geht bei fast allen sozialen Medien.

Manchmal wird die Falsch-Nachricht dann gelöscht.

Oft kann man die Falsch-Nachrichten aber trotzdem weiter sehen.

Wenn man weiß, wer die Falsch-Nachricht gemacht hat, kann man auch das machen: es der Polizei sagen.

Besonders wichtig ist das dann:

Es wird damit gedroht, dass bestimmten Personen Gewalt angetan wird.

Kurz zusammengefasst



Es ist nicht alles wahr, was im Internet steht.

Manche Sachen sind gelogen.

Das nennt man dann Falsch-Nachricht.

Oft werden im Internet diese Dinge gefälscht:

- Texte
- Bilder
- Videos



Es gibt verschiedene Gründe, weshalb im Internet gelogen wird.

Aber das Ergebnis ist immer genauso:

Andere Leute glauben diese Lügen.

Und das ist gefährlich für unser Zusammen-Leben.

Das ist der Grund dafür:

Oft geht es in den Falsch-Nachrichten um Hass.

Wenn mehr Leute andere Menschen hassen, passiert das:

Es gibt viel mehr Streit.

Es kann mehr Gewalt geben.

Oft geht es bei Falsch-Nachrichten auch um Politik.

Das passiert besonders oft vor Wahlen.

So wie jetzt grade in Deutschland.

Denn im Februar wird ein neuer Bundes-Tag gewählt.



Manche Falsch-Nachrichten sollen nämlich dafür sorgen:

Die Leute sollen eine andere Meinung bekommen.

Und andere Parteien wählen als sonst.

Das ist aber nicht erlaubt.

Trotzdem gibt es oft Falsch-Nachrichten.

Deshalb ist es wichtig, darauf aufzupassen:

Ist eine Nachricht im Internet wahr?

Wie man das macht, das haben wir in diesem Text beschrieben.

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom NachrichtenWerk der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / imageBROKER / Thomas Baur. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 4-5/2025 Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Februar 2025.